

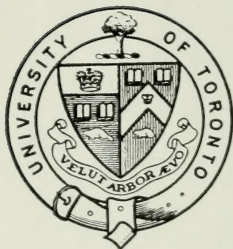
3 1761 07463967 5

HD


654

G76

1911a



PURCHASED FOR THE
UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY
FROM THE
CANADA COUNCIL SPECIAL GRANT
FOR
MEDIEVAL STUDIES



Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Toronto

HISTORISCHE STUDIEN

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING

DR. PHIL.

HEFT XCVI

MARKGENOSSENSCHAFT UND GROSSGRUNDHERRSCHAFT
IM FRUEHEREN MITTELALTER
VON DR. PHIL., IUR. ET SCIENT. POLIT. GEORG GROSCH.

Berlin 1911

Markgenossenschaft und Grossgrundherrschaft im früheren Mittelalter

Eine staats- und rechtsgeschichtliche Untersuchung

von

Georg Grosch

Dr. phil., iur. et scient. polit.

BERLIN

1911

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz

1965



HD
654
G76
1911a

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Inhaltsangabe

Prof. D. Dr. phil. et iur. G. von Below

in Dankbarkeit und Verehrung gewidmet.

Inhaltsangabe.

	Seite
Einleitung	1
Erstes Kapitel. Die Markgenossenschaft und die Dorfsiedlung .	27
Zweites Kapitel. Die Großgrundherrschaft: Die Villenverfassung	73
Drittes Kapitel. Das magisterium und das freie Handwerk . .	119
Viertes Kapitel. Der Handelsverkehr und das Marktwesen . .	155

Einleitung.

In unsrer Zeit, in der sich eine wirtschaftliche Wandlung größten Stiles vollzieht, die von sozialem Ringen, von steter sozialer Bewegung durchzogen wird, und in der Staat wie Recht so manche Neubildungen aufzuweisen haben und immer mehr noch erfahren werden, da ist es nur natürlich, daß man den Blick richtet auf die Vergangenheit, um erkennen zu können, was in der Gegenwart vor sich geht, und wie die Zukunft bestimmt werden soll. Zu den großen Problemen, die sich heutzutage darbieten, zu den schweren Fragen, die aufgerollt sind, hat die Wissenschaft Stellung zu nehmen und für ihr Teil zur Klärung beizutragen, zur Beantwortung und Lösung, soweit sie dies nach ihrem Wesen vermag, zu helfen. Es sind insbesondere die Staats- und Rechtswissenschaft und die damit im innigen Zusammenhang stehenden, freilich noch jungen Disziplinen der Nationalökonomie und Soziologie, die in der angegebenen Richtung vorgehen müssen.

Soll freilich hierbei ein Erfolg erzielt werden, dann ist ein Durchforschen der früheren Epochen nicht zu umgehen. Nur indem man in Erfahrung bringt, wie die Gegenwart geworden ist, kann man zu den wirtschafts-, den sozial- und rechtspolitischen Fragen, zu der ganzen heutigen Evolution, die in ruhiges Fahrwasser gelenkt werden muß, den richtigen Standpunkt wählen. Andernfalls wird man über vage, in der Luft schwebende Vorschläge nicht hinauskommen. Die Wissenschaft hat also hier eine eminent praktische Aufgabe; aber gleichzeitig bleibt sie ihrem eigentlichen und so köst-

lichem Bestreben treu: der Wahrheit zu dienen, die Menschheit zum Wahren zu führen.

Aus dieser Erkenntnis heraus wollen wir also in die historischen Wandlungen der Wirtschaftsweise und in die sozialen Bewegungen der früheren Epochen hineinleuchten, freilich — da sich auch hier in der Beschränkung nur die Meisterschaft erweisen kann — zunächst bloß, insoweit solche sich auf unserm vaterländischen Boden vollzogen haben; nur wo ein ganz direkter Zusammenhang mit fremden Völkern oder Staaten besteht, soll darauf eingegangen werden.

Die Niederschläge jener früheren Evolutionen, welche letztere wir also aufzuhellen unternehmen, finden sich in den rechtlichen Institutionen, ja als Verfassung und Recht. Der Staat samt seinem Recht ist gewissermaßen die Kristallisation der in der Wirtschaftsweise vor sich gehenden Umwandlungen und der sozialen Auswirkungen. Darum kann die Rechtswissenschaft, soweit sie historisch gerichtet ist, nicht zu einwandfreien Ergebnissen kommen, wenn sie nicht die rechtserzeugenden Kräfte mit durchforscht.

Zwar hat die Arbeitsteilung auf wissenschaftlichem Gebiet, die sich in der Ausbildung der Nationalökonomie und dem Auftauchen einer besonderen Gesellschaftswissenschaft (Soziologie) kundgibt, ihre gute Berechtigung. Der Vertreter der Rechtswissenschaft soll sich auch nicht mit deren speziellen Aufgaben befassen; aber er soll nicht nur das Ergebnis der wissenschaftlichen Tätigkeit der Nationalökonomien und Soziologen, soweit es sein Arbeitsgebiet berührt, kennen zu lernen, sich bemühen, sondern er soll selber an die Themata herangehen, die seine Disziplin direkt mit umfaßt; er soll nicht nur die Gesetze interpretieren, das Recht, wie es ist, systematisch darstellen, sondern er soll das Recht im Zusammenhang mit dem ganzen Gesellschaftsleben der Menschen erforschen; er soll mithin insbesondere die Vergesellschaftung nicht außer acht

lassen, also den Staat, sein Werden und sein Wesen, behandeln, mit einem Worte: Rechts- und Staatswissenschaft betreiben.

Diese Aufgabe hat zumal, wer historische Untersuchungen auf diesem Gebiete vornimmt; wird solches von ihm verabsäumt, so gelangt er nur zu einer Aufzeichnung eines Durcheinanders von Normen, aber nimmermehr zu einer genetischen Darstellung von Staat und Recht.

An diese wollen wir, wie bereits dargelegt, uns nicht in vollem Umfange hier machen, sondern nur soweit es Deutschland angeht, also deutsche Staats- und Rechtsgeschichte in Angriff nehmen. Um uns aber unser Vorhaben zu erleichtern, sollen zunächst die Grundlinien der gesamthistorischen Entwicklung in dieser Beziehung gegeben werden. — —

Ueber die Vergesellschaftung der Menschen hat sich Kant prinzipiell dahin geäußert: „Der Mensch hat eine Neigung, sich zu vergesellschaften, weil er in einem solchen Zustande sich mehr als Mensch, d. i. die Entwicklung seiner Naturanlagen, fühlt. Er hat aber auch einen großen Hang, sich zu vereinzeln, weil er in sich zugleich die ungesellige Eigenschaft antrifft, alles bloß nach seinem Sinne richten zu wollen und daher allerwärts Widerstand erwartet, so wie er von sich selbst weiß, daß er seinerseits zum Widerstande gegen andere geneigt ist.“

Dieser Antagonismus durchzieht in der Tat überhaupt das Gesellschaftsleben des Menschen. Von Natur aus sicher dazu veranlagt, in Vereinzelung zu leben, hat der Mensch sich zur Geselligkeit durchgefunden; während der Naturzustand das bellum omnium contra omnes auch für den Menschen war, hat er sich doch mittels der Vergesellschaftung zum Rechtszustand durchgerungen. Der Mensch ist nicht φύσει ξῆρον πολυικόν, sondern er ist dies erst geworden, bewußt: die Vergesellschaftung ist die Großtat des Geschöpfes Mensch, auf der das spezifische Mensch-

tum basiert. Gezwungen durch die Not, „und zwar die größte unter allen, nämlich die, welche sich Menschen untereinander selbst zufügen, deren Neigungen es machen, daß sie in wilder Freiheit nicht lange nebeneinander bestehen können“, haben sich die Menschen vergesellschaftet, haben sich die unter der Autorität des Mannes stehenden Familien zusammengeschlossen.

Der Zweck des gesellschaftlichen Lebens ist das auf Bedürfnisbefriedigung gerichtete Zusammenwirken der innerhalb der Gemeinschaft Stehenden; durch die Vergesellschaftung wollen die einzelnen ihre Lebenszwecke völlig erfüllen, ihre Bestrebungen vollständig durchführen. Die Form ist die zwangsweise durchgeführte Regelung ihres Neben- und Miteinanderlebens in Frieden.

Jede Gemeinschaft von Menschen hält in ihrem Innern den Frieden aufrecht: das ist ihr Charakteristikum. Ursprünglich entschied die rohe Gewalt, das „Recht“ des Stärkeren, woraus das *bellum omnium contra omnes* resultierte. Das gerade wird innerhalb einer Menschengesellschaft vermieden. In dieser leben und wirken die Menschen friedlich nebeneinander und betreiben ohne stete Störung, bezw. Bedrohung gewalttätiger Art ihre Lebensgeschäfte. Indem sie so selber die Befriedigung dessen, was sie bedürfen, am besten erlangen, und indem sie selber nach aller Möglichkeit schaffen und streben, fördern sie auch die Gemeinschaft. Somit stehen der einzelne und die Gesellschaft im innigsten Konnex. Diese ist der einzelnen wegen da, sie hat im Interesse jedes einzelnen ihren Bestand aufrecht zu erhalten. Der einzelne hinwiederum gleicht außerhalb der Gesellschaft einem losen Blatte im Winde; es ist für ihn ein Erfordernis, daß er in einer solchen befriedeten Gemeinschaft stehe; er ist Mensch nur innerhalb einer solchen.

Freilich, sehr langsam haben sich diese Gemeinschaften gebildet, nur allmählich hat sich der Mensch der Ver-

gesellschaftung gefügt und sich ihr angepaßt. Die Entstehung derselben liegt im Dunkel; soweit historisches Licht auf diese Verhältnisse fällt, finden wir überall den Menschen als Gesellschaftswesen.

Doch müssen wir nicht nur logisch und soziologisch einen Zustand annehmen, in dem die Menschen, als gesonderte Familien, in stetem Kampf miteinander gelebt haben, sondern schon aus der einfachen Erwägung heraus, daß wir sonst aus früheren Zeiten etwas wissen müßten. Denn unser geschichtliches Wissen hängt mit der Vergesellschaftung aufs innigste zusammen, es reicht aber nicht allzu weit; folglich ist auch die Vergesellschaftung des Menschen nicht sehr weit zurückzudatieren. Daß wir jetzt überall den Menschen als geselliges Wesen antreffen, dafür haben wir die Erklärung, daß sich die Gattung Mensch eben nur als gesellschaftliches Lebewesen erhalten konnte. Die Menschen, die im Naturzustande blieben, sind verschwunden, sind vor denen gewichen, die sich vergesellschaftet hatten.

Die Keimzelle aller Vergemeinschaftung ist die Familie. Einzelne Familien, in denen der Vater der über alles gebietende Herr ist, hausen nebeneinander; sie fügen sich gegenseitig alle mögliche Unbill zu; es besteht ein „struggle for life“, ein Kampf um die besten der natürlichen Futterplätze, indem nur die Kräftigsten leben bleiben. Es ist dies der Naturzustand der Gattung Mensch, dessen Möglichkeit sich sicher nicht bestreiten läßt, wenn wir von metaphysischen Spekulationen absehen.

Dieser Naturzustand ist vom Menschen überwunden worden.

Bei der Nahrungssuche scharf man sich gelegentlich „zu kleinen Rudeln oder zu größeren Herden zusammen, bald trennt man sich wieder, je nachdem die Weide oder der Jagdgrund ergiebig ist. Aber diese Vereinigungen werden nicht zu Gemeinschaften; sie erleichtern dem einzelnen nicht die Existenz“ (K. Bücher). Es ist das die Horde, eine

Anzahl von einzelnen, vielleicht eine Familie darunter, die sich zusammenfinden und -trennen, wie es sich gerade gibt. Bis zu dieser Stufe, die über die individuelle Nahrungssuche nicht hinausgeht, gelangen auch manche Tierarten; sie hat mithin noch nichts, was dem Menschen eigentümlich wäre.

Dagegen das nächste Stadium! Es ist das die Epoche der Sippe, wie wir sie mit dem germanischen Namen bezeichnen wollen; mit ihrer Konstituierung hebt die Menschheitsgeschichte an, beginnt das Menschtum, die Kultur.

Unter Sippe ist zu verstehen eine Vereinigung von Familien, die gemeinschaftlich die Wirtschaft betreiben, deren Männer zu Schutz und Trutz zusammenstehen und unter der Leitung eines gemeinsamen Oberhauptes die äußere Regelung des Gemeinschaftslebens festsetzen und aufrecht erhalten. Sie ist also eine organisierte Menschengesellschaft.

Die Horde charakterisiert sich nur als Uebergangsstufe; dagegen stellt die Sippe eine echte Vergesellschaftung dar. Man kann sie als eine Erweiterung einer Familie ansehen, wenigstens hat diese das Vorbild dazu gegeben, die Sippe gilt als eine große Familie. Nur hat sie eben die Besonderheit, daß nicht einzelne, sondern Familien in ihr zusammengeschlossen sind, woraus dann die mannigfachsten Konsequenzen sich herleiten.

Zur Erklärung dieses Zusammenschlusses hat man den Begriff eines Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Ueber ihn urteilt noch Kant, er sei kein Faktum, sondern eine bloße Idee der Vernunft, die aber ihre unbezweifelte (praktische) Realität habe. Indes, die Vergesellschaftung der Menschen ist eine bloße Tatsache; ohne vertragsmäßige Festsetzung ist sie entstanden. Erst zu ihrer Aufrechterhaltung ist das Recht geschaffen worden; ohne Recht keine Gesellschaft und umgekehrt. Das Recht ist der Inbegriff von Regeln, deren Beobachtung von den zu einer Gemeinschaft Zusammengeschlossenen erzwungen wird, um die Aufrecht-

erhaltung ihrer Gesellschaft zu gewährleisten. Der Komplex der Rechtsnormen bildet das Minimum dessen, was eingehalten werden muß, daß die betreffende Gesellschaft ihre Integrität bewahre.

Ein Bild von der Sippe gewinnen wir, indem wir die so konstituierten Gemeinschaften betrachten, die sich unter höherer (Stammes- und Staats-) Verfassung noch erhalten haben, vor allem aber, wenn wir die reinen Sippen ins Auge fassen. Die Sippe ist eine Institution, die sich über die ganze Erde verbreitet findet, in allen Zonen und bei allen Rassen, eben das erste Stadium menschheitlicher Vergesellschaftung, durch das jede Gemeinschaft hindurch muß, ehe sie zu einer höheren Stufe gelangen kann.

Hier tritt auch die fundamentale Gegensätzlichkeit ein zwischen Mensch und Tier. Dieser Unterschied besteht — rein empirisch — darin, daß das letztere sich der Natur und ihren Bedingungen nach Möglichkeit anzupassen sucht, während der Mensch infolge des Zusammenschlusses mit Seinesgleichen, also gestützt auf die Vergesellschaftung, die Natur meistert.

Es gibt auch Zusammenrottungen von Tieren, von denen aber keine eine Gesellschaft *stricto sensu* darstellt. Denn bei ihnen allen fehlt der bewußte Zusammenschluß von Familien unter äußerer Regelung, mit dem Zwecke, das auf Bedürfnisbefriedigung gerichtete friedliche Zusammenwirken zu ermöglichen. Eins oder, wenn man will, zwei dieser Momente lassen sich bei den sogenannten tierischen Gesellschaften nachweisen, die durchaus nicht immer ein bloß zufälliges Beieinandersein von Einzelwesen sind. So haben wir im Ameisenbau und im Bienenstock sicherlich ein auf Bedürfnisbefriedigung gerichtetes Zusammenwirken von Individuen der betreffenden Gattung zu sehen; man könnte auch eine gewisse äußere Regelung in diesen sogenannten Tierstaaten prätendieren; jedoch sie bedeuten nicht einen Zusammenschluß von Familien, sondern mit Hinsicht auf die Fort-

pflanzung sind sie bloße Familien, somit keine Gesellschaften. Und gerade das Zusammenschließen von Familien ist es, das bei den höheren Tieren die Vergesellschaftung unmöglich macht; „die Kämpfe zwischen den Männchen, die Bedürfnisse der Erziehung stören und lockern diese Gesellschaften.“

Dagegen sind bei den durch Menschen gebildeten Gemeinschaften jene drei Kriterien nachzuweisen. Rein äußerlich betrachtet ist allerdings eine solche Gesellschaft eine Aggregation von bloßen Einzelwesen; aber geht man der Sache auf den Grund, so findet man, daß sie sich als ein Neben- und Miteinanderleben von Familien darstellt, „in fact, and in the view of the men who compose it, it is an aggregation of families“. Die Familie ist und bleibt die Grundlage des menschlichen Daseins und erscheint darum auch als solche im Gesellschaftsleben der Menschen; die menschliche Gesellschaft ist letzten Endes eine Familienvereinigung. Besonders in der Frühzeit der Menschheitsgeschichte läßt sich das deutlich ersehen aus den religiösen und rechtlichen Normierungen, die stets auf die Familie hinielen, ja, die sogar darauf angelegt sind, die Familiengründung zu erzwingen.

Das gilt auch für die nächsthöhere Stufe, für den Stamm. Was den Stamm von der Sippe unterscheidet, das ist der Umstand, daß jener nicht aus Familien nur besteht, sondern daß sich dazwischen noch eine Institution einschleibt: die Sippe, die wir hier, bei höherer Verfassung also, Clan nennen wollen. Die Lage ist demnach die, daß mehrere Familien unter einem Oberhaupt einen Clan bilden und mehrere Clans wiederum zu einem Stamm zusammengeschlossen sind. Der Stamm ist mithin eine organisierte Clanvereinigung.

Es herrscht über diese Perioden der Menschheitsgeschichte, über diese menschheitlichen Institutionen noch ein ziemliches Dunkel, das erst durch die vergleichende Geschichts- und durch die Gesellschaftswissenschaft aufgehellt

werden wird. Wir wollen uns mit der soeben gegebenen Charakteristik des Stammes begnügen; darnach stellt er mehr eine Uebergangsstufe dar, nämlich zum Staate.

Was den Staat als gesellschaftliche Bildung von seinen Vorstufen unterscheidet, das ist die enge Verknüpfung mit dem Gebiet. Die streifenden Horden und Sippen kennen das nicht; ebenso sind die Stämme noch unstet und schweifen landauf landab, wandern häufig in ihrer Gesamtheit in andere Gegenden. Dagegen ganz anders beim Staate.

Eine Menschengesellschaft ist dann als Staat zu charakterisieren, wenn sie als solche auf bestimmt abgegrenztem Gebiet sässig geworden ist. Der Staat ist „eine auf einem abgegrenzten Teil der Erdoberfläche sesshafte, mit einer herrschenden Gewalt versehene und durch sie zu einer Einheit zusammengefaßte Vielheit von Menschen“ (G. Jellinek), von Familien.

Der Staat leistet alles besser als seine Vorinstitutionen, aber im Grunde ist er eine Gesellschaft ganz wie Sippe und Stamm. Die hauptsächlichsten Modifikationen emanieren aus der Verknüpfung von Gesellschaft und Gebiet, weiter aus dem damit im Zusammenhang stehenden Umstand, daß die bewohnbare Erde — vornehmlich auch mittels der Kolonisation von seiten der Staaten — im Besitz von diesen ist.

Zunächst herrschte zwischen ihnen der Naturzustand, ganz wie zwischen den Menschenfamilien der Urzeit. Aber ein solcher konnte auf die Dauer nicht bestehen. Die Staaten waren ja gerade dadurch entstanden, daß die Menschen den Naturzustand überwunden hatten; den Staaten war es darum gewissermaßen immanent, auch außerhalb ihrer Grenzen das Recht (Völkerrecht) walten zu lassen, da es innerhalb derselben geschah.

Auf diesem Weg ist man fortgeschritten; und die Menschheit ist zurzeit dabei, die Befriedung der Staaten durchzuführen, die Staatenorganisation in die Wege zu leiten, die Staaten g e m e i n d e aufzurichten. Der Staat ist nicht

die Vollendung menschlicher Vergesellschaftung, sondern deren Bekrönung, das Ziel menschheitlicher Entwicklung überhaupt wird die organisierte Staatengesellschaft sein — „eine tröstende Aussicht in die Zukunft, in welcher die Menschengattung vorgestellt wird, wie sie sich endlich doch zu dem Zustande emporarbeitet, in welchem alle Keime, die die Natur in sie legte, völlig können entwickelt und ihre Bestimmung hier auf Erden kann erfüllt werden“ (Kant). —

Nachdem wir nunmehr einen Ueberblick über die Stufen der universalen Wirtschafts- und sozialen, der Staats- und Rechtsgeschichte gewonnen haben, ist es noch notwendig, bevor wir zu den eigentlichen Untersuchungen übergehen, uns über die Methode klar zu werden, die angewendet werden soll.

Es ist der Rechtswissenschaft, und zwar von einem ihrer berufenen Vertreter, nämlich von Andreas Heusler, der Vorwurf gemacht worden, sie setze über der anatomischen Seite, d. h. der Untersuchung des äußeren Baues des Organismus, die physiologische, nämlich die ineinandergreifenden Funktionen der Organe und die für das Gedeihen wirksamen Kräfte zu sehr hinten, oder mit anderen Worten, er beschuldigt sie, „daß sie in der genauen Feststellung der Rechtsbegriffe und in der konsequenten logischen Entwicklung der Rechtssätze die Rechtsidee zu erschöpfen glaubt, dagegen der Untersuchung der Kräfte, die sie in Bewegung und Tätigkeit setzen, aus dem Wege geht und den Zusammenhang des Rechts mit dem ganzen Kulturleben und den Einfluß des letzteren auf die Wirksamkeit und Existenzfähigkeit der Rechtssatzungen außer Betracht läßt.“

Die Berechtigung dieses Vorwurfs wird sich schwerlich bestreiten lassen; wir haben oben von der Aufgabe der Rechts- und Staatswissenschaft gesprochen und dargetan, daß es gerade das Bestreben eines Vertreters dieser Disziplin sein muß, den von A. Heusler gemachten Vorwurf zu widerlegen.

Am wenigsten noch ist er den Germanisten zu machen. Diese hatten den großen Vorzug, daß ihnen das Recht wie der Staat, worum sie sich mühten, nicht etwas Mumienhaftes war wie den Romanisten — trotz der Rezeption —, sondern daß sie selber in dem Volke lebten, dessen Rechtsleben sie wissenschaftlich behandelten. Sie interessierte deshalb nicht bloß der Abschluß, das zuletzt Niedergelegte, nein, auch das Werden; sie konzentrierten ihre Tätigkeit nicht nur auf die Herausarbeitung der Rechtsbegriffe und die Exegese der Rechtsnormen, sondern sie gruben dem Recht nach bis zu seinen historischen Wurzeln, beobachteten seine Entstehung, verfolgten seine Wandlungen und seine Beziehungen zum Wirtschaftsleben, sie gewannen erst so den Boden für die Wissenschaft, den diese bestellen muß.

Indes, über die Ansätze ist man nicht hinaus-, insbesondere ist das Staatsleben bislang zu kurz gekommen. Für unsere Disziplin handelt es sich demnach darum, das Manko zu tilgen, das man ihr nachgewiesen hat; das gilt für die deutsche Staats- und Rechtsgeschichte — „das unentbehrliche Fundament der gesamten deutschen Rechtswissenschaft“ — in besonderem Maße. Sie vornehmlich hat den Kräften nachzugraben, die beim Werden des Rechts tätig sind, die die Rechtsideen gewissermaßen zum Hervorwachsen bringen, und „den Zusammenhang des Rechts mit dem ganzen Kulturleben und den Einfluß des letzteren auf die Wirksamkeit und Existenzfähigkeit der Rechtssatzungen“ zu untersuchen.

Das kann indes nur geschehen, wenn man die Grundlagen, nämlich die Wirtschaftsweise und das soziale Leben mit durchforscht. Denn das Recht schwebt nicht in der Luft, es entwächst dem festen Boden des menschlichen Wirtschafts- und sozialen Lebens, eine Ansicht, die sporadisch bereits in den Schriften deutscher Rechtsgelehrter zu finden ist (z. B. R. Sohm: „Die wirtschaftliche Entwicklung steht mit der rechtlichen in untrennbarer Wechselbeziehung. Wie

sie ihrerseits der Bildung des Rechts die Bahn weist, so empfängt sie wiederum durch die rechtliche Ordnung Gestalt, Eigenart, bestimmte geschichtliche Erscheinung“; R. Stammler: „Die wissenschaftliche Durchführung der Rechtsgeschichte besteht in dem Begreifen des Rechts aus vorausgegangenen sozialen Phänomenen her“; L. Spiegel: „Mit der Erforschung des Gesetzesrechts hat die Rechtswissenschaft ihre Aufgabe eben erst begonnen. Sie muß das Recht auch noch als soziale Erscheinung erfassen und mit den Mitteln der Sozialwissenschaft erforschen. Die Entstehung des Rechts ist ein sozialer und kein juristischer Prozeß“).

Eine solche Untersuchung muß sich ferner erstrecken auf das gesamte Gebiet des Rechts, nicht etwa bloß auf das Privatrecht; es muß eben Staats- und Rechtsgeschichte getrieben werden. Diese darf sich nicht damit begnügen, die einzelnen Rechtsregeln in ihrer geschichtlichen Bedingtheit aufzusuchen, sie muß das gesamte Recht innerhalb der einzelnen Zeiträume darstellen. Dazu gehört, daß sie auch die Verbände, die die Menschen konstituiert haben, in ihrem historischen Leben sondiert, zumal ohne sie ein Recht überhaupt nicht möglich ist, denn nur: „ubi societas, est, ibi ius“; ohne jene sind die Rechtsregeln historisch gar nicht zu erfassen. Die Staats- und Rechtsgeschichte hat auch den Staat und seine Gliederung zu betrachten, ja, sie hat davon auszugehen, um dann bis zur Geschichte der einzelnen Rechtsinstitute fortzuschreiten; es handelt sich also, wie es K. Fr. Eichhorn ausgedrückt hat, um die Geschichte des äußeren und des inneren Rechts; nicht etwa um die politische Geschichte, wenn von Staatsgeschichte die Rede ist; um die Geschichte des Staates also als einer Rechtsinstitution, überhaupt der öffentlich-rechtlichen Institutionen.

Bei dem eigenartigen Werdegang des gesamten deutschen Rechts muß die Geschichte der letzteren sogar den

größeren Raum einnehmen. Das deutsche Privatrecht nämlich ist durch die Rezeption des römischen Rechts in den Hintergrund gedrängt worden; ähnlich ist es dem Prozeßrecht von seiten des kanonischen Rechts ergangen; darum hat man diese Disziplinen als „*antiquitates iuris Germanici*“ behandelt. Dagegen war „das Staatsrecht des deutschen Reichs und seiner Territorien durch die Rezeption des fremden Rechts tatsächlich so gut wie gar nicht betroffen worden“; eine publizistisch-historische Schule betrieb darum diese Disziplin unter wesentlich praktischen Gesichtspunkten.

Indessen, diese Zerreißung darf nicht aufrecht erhalten bleiben. Unsere Bestrebungen zielen deshalb dahin: die ganze deutsche Staats- und Rechtsentwicklung soll untersucht, den Kräften soll nachgegangen werden, die diese Entwicklung bewirkten. Es ist dabei nur naturgemäß, daß wir unser Hauptaugenmerk richten auf die Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Institutionen, weil hierin das deutsche Recht am fruchtbarsten sich erwiesen hat.

In der Hauptsache soll diese Entwicklung nur während des staatlichen Lebens untersucht werden. Was vor diesem liegt, die Perioden der Sippe und des Stammes, sie sind einer vergleichenden Rechtsgeschichte, bezw. der Gesellschaftswissenschaft zur Untersuchung und Bearbeitung zu überweisen. Denn die Ueberlieferung in betreff dieser Zeiträume fließt so spärlich, daß nur durch Vergleichung mit denselben Zuständen anderer Menschengemeinschaften derselben Entwicklungsstufe ein richtiges Bild gewonnen werden kann.

Dagegen ist das, was wir vom deutschen Staate, schon in seinem ersten Zeitraum, und von der Entwicklung des Rechts — des privaten wie des öffentlichen — erfahren können, soviel, daß wir ihn samt seinem Recht in das Licht kritischer historischer Betrachtung ziehen können. Nur zum bessern Verständnis, um eine etwas dunkle Seite völlig auf-

zuhellen, sollen Streiflichter auf die Institutionen anderer Staaten geworfen werden.

Unsere Untersuchung wollen wir „sub specie evolutionis“ vornehmen: das soll unsere Methode sein. Also unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung betrachten wir die Staats- und Rechtsgeschichte.

Der Entwicklungsgedanke geht auf Leibniz zurück, der bemerkt hat: *In cumulum etiam pulchritudinis perfectionisque universalis operum divinorum, progressus quidem perpetuus liberrimusque totius universi est agnoscendus, ita ut ad maiorem semper cultum procedat*; er ist für die Naturwissenschaften in glänzender Weise von Darwin verwertet worden und ist auch für die Geisteswissenschaften durchaus nicht von der Hand zu weisen. Im Gegenteil, er muß in diesen ebenfalls vollgültige Verwendung finden. Freilich kann dies nur geschehen, indem man die Eigenart ihres Objekts in steter Erwägung hält, immer den fundamentalen Unterschied berücksichtigt, der sie von den Naturwissenschaften trennt.

Das ist nämlich das *punctum saliens*: in der Entwicklung der Menschheit geschieht nichts mit Notwendigkeit, sondern alles durch Leistungen des Menschen — „Männer machen die Geschichte“ —, sei es nun als Taten einzelner, der Großen, oder als Wirkungen von Gesamtheiten. Daran scheitert deshalb jeder Versuch, Gesetze der Menschheitsgeschichte aufzustellen, denn jedes bewußte Tun oder Wirken hat ein Individuelles, das der Regel spottet.

Der Begriff, den man mit Fug und Recht der Natur entgegensetzt, die Kultur, sie charakterisiert sich eben dadurch, daß die Naturnotwendigkeit ihr fehlt. Hier folgt nicht Wirkung auf Ursache, sondern hier steht alles unter der Zweckbestimmung.

Wohl aber zeigt sich auch hier Entwicklung; auch in der Kultur der Menschheit findet solche entschieden

statt, läßt sich von einem historischen Vorwärtsschreiten, von geschichtlichen Fortschritten sprechen. Von einer Indianersippe bis zum modernen Staat ist ein weiter Weg; und so auch ein Unterschied zwischen den einzelnen: der Feuerländer ist von dem abendländischen Kulturmenschen völlig verschieden.

Diese Unterschiede, die ohne weiteres in die Augen springen, führen uns auf den Entwicklungsbegriff zurück. „Entwicklung ist jene Aenderung, die vom Einfachen zum Komplizierten führt“ (G. Jellinek). Unter Entwicklung verstehen wir das Differenzieren innerhalb der gesellschaftlichen Gruppen der Menschen, sowie das stete Sichausweiten derselben; das Endziel ist die Vergesellschaftung der ganzen Menschheit mit möglichst weitgehender Differenzierung innerhalb derselben.

Die bisherige Kultur muß der Universalhistoriker sub specie evolutionis erforschen und darstellen. Freilich ist das ein Werk, das der Zukunft vorbehalten ist. Es bedarf dazu vorerst noch recht zahlreicher Vorarbeiten, die die historischen Einzeldisziplinen der Geisteswissenschaften aufnehmen müssen; schon in ihrem eigenen Interesse, nämlich um vorwärts zu kommen.

So auch die Staats- und Rechtsgeschichte.

Um nun die gesteckte Aufgabe uns zu erleichtern, wollen wir zunächst die beiden Institutionen, die für das frühere Mittelalter so charakteristisch sind, herausheben, nämlich die Markgenossenschaft und die Großgrundherrschaft. Wir wollen sie wie Fäden hineintauchen in das Staatsleben und die anderen deutschrechtlichen Institutionen sich an ihnen gewissermaßen kristallisieren lassen. Nicht ohne Grund, denn sie sind tatsächlich die beiden Gegenpole, um welche die frühmittelalterliche Rechtsentwicklung sich dreht.

Es ist ein Gemeinplatz, die Geschichte sei und bleibe stets ein Fragment. So plausibel dies auf den ersten Blick

erscheint, ein solcher Irrtum liegt darin. Nicht die Geschichte ist ein Fragment; sie ist lückenlos, ist in stetem Flusse dahingerauscht. Wohl aber ist unser Wissen von ihr ein Stückwerk, weil die Ueberlieferung fragmentarisch ist; und je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, umso mehr ist es der Fall, bis sie endlich ganz versiegt.

Doch das ist ja die Aufgabe der Wissenschaft, nach Möglichkeit durch ihre Forschung die Lücken auszufüllen, das musivische Bild, dem ganze Teile fehlen, zu ergänzen, indem Steinchen nach Steinchen aus der Tradition eruirt und an die rechte Stelle gebracht, so die Vergangenheit dargestellt wird.

Das wollen wir im Auge behalten, wenn wir nun daran gehen, zunächst für das frühere Mittelalter, um noch einmal auf die Worte Heuslers zurückzukommen, die Kräfte zu untersuchen, die die Rechtsidee in Bewegung und Tätigkeit setzen, und den Zusammenhang des gesamten Rechts mit dem ganzen Kulturleben, sowie den Einfluß des letzteren auf die Wirksamkeit und Existenzfähigkeit der Rechtssatzungen zu erforschen, und zwar: *sub specie evolutionis*.

Erstes Kapitel.

Die Markgenossenschaft und die Dorfsiedlung.

Als der fränkische Staat, wie ihn Chlodovech begründet hatte, seinen Herrschaftsbereich über die germanischen Stämme ausdehnte, da wurden hierher die spezifischen franko-gallischen Institutionen mit ihrem starken Einschlag vom römischen Verfassungs- und Rechtsleben übertragen.

Wenn auch die Stürme der Völkerwanderung über Gallien dahingebraust waren und so manches in Schutt und Asche gelegt hatten, die wirtschaftlichen Grundlagen waren geblieben, die sozialen Verhältnisse hatten im allgemeinen zunächst weiter Bestand; und die Franken rückten hier in Gallien in die aus der Antike überkommenen Zustände ein. Da sie im Vergleich zur übrig gebliebenen gallo-römischen Bevölkerung recht schwach waren, konnten sie gar nicht daran denken, ihre Wirtschaftsweise, ihre Verfassung, ihr Recht, kurz den ganzen Komplex dessen, was sie als eine besondere Gemeinschaft charakterisierte, den Unterworfenen aufzunötigen. So griffen sie zu dem Notbehelf, diese ihre Gemeinschaft in dem eroberten Lande aufrecht zu erhalten, ganz wie es die andern germanischen Stämme in den von ihnen eroberten Provinzen des Imperium Romanum taten oder wenigstens versuchten.

Sie bildeten eine eigene Körperschaft gleichberechtigter Genossen, gewissermaßen eine Herren- und Kriegerkaste. Sie lebten nach ihrem eigenen Stammes-, nach fränkischem Recht, während sie den Einheimischen ihr römisches Recht beließen; sie führten also das Personalitätsprinzip durch und behielten ihre Verfassung, die, eine Heeresverfassung, rein auf den Krieg zugeschnitten war, bei.

Aber wie die Vandalen und Sueben und die andern

Stämme, selbst die so hervorragenden Goten allmählich in der einheimischen Bevölkerung aufgingen und den Romanen nur zur Blutauffrischung dienten, sonst verhältnismäßig wenig Spuren von ihrem Dasein und Schaffen hinterließen, so wurden die Franken ebenfalls in den Strudel der weitaus höheren, freilich bis ins Mark zerfressenen antiken Kultur hineingerissen, also durch das gleiche Schicksal wie jene bedroht.

Nur der Umstand, daß sie mit Germanien in Verbindung blieben, das zu einem Kräfte-reservoir für sie ward, verhinderte, daß auch sie hinabgezogen wurden in das trübe vergiftete Meer der verderbten Antike. Sie vermochten sich in ihrer Eigenart zu bewahren, ja sie gelangten — freilich erst nach geraumer Zeit — sogar dazu, die schier übermächtige gallo-römische Kultur dahin umzugestalten, daß sie ihnen auf den Leib paßte. Nicht wie die Kelten vor Jahrhunderten, die keinen Uebergang gefunden, sondern mitten in den Wirbel hineingeraten waren, auch nicht wie ihre germanischen Mitstämme in den Mittelmeerländern, die nur zum Kulturdünger wurden, erlagen sie; nein, sie nahmen das, was sie verstanden, dem sie sich anzupassen vermochten bei Wahrung ihrer Selbständigkeit, aus der Antike herüber und vermischten es mit dem, was sie schon besaßen, und zwar in so glücklicher, so gesunder Mischung, daß sie nicht nur einen eigenen Staat mit originaler Kultur begründeten, vielmehr auch bald daran gehen konnten, solches auf Germanien zu übertragen und dieses Land für den Fortschritt zu wecken.

Die Eroberung war — sehen wir von den Sachsen vorläufig ab — verhältnismäßig rasch gelungen. Das durch die Abwanderung ziemlich entvölkerte Land, in dem die einzelnen Stämme in scharfer Sonderung voneinander hausten, wurde eine leichte Beute für den geschlossenen Frankenstaat. Und durch Vermittlung der Franken, ja durch deren teilweise Nötigung sickerte mehr und mehr in dem

germanischen Boden ein, was die historische Entwicklung Germaniens außerordentlich förderte.

Freilich, nicht alles war gut, was über den Rhein herüberdrang; so vor allem nicht die eine Institution, die sich in Gallien in voller Ausprägung vorfand und erhielt: die Großgrundherrschaft. Es bestand der schroffe Gegensatz zwischen dem grundbesitzenden Adel Galliens und einem landlosen Proletariat. Die Großgrundherren hatten Leute zur Verfügung, neues Ackerland durch Rodung zu gewinnen, also die Möglichkeit immer reicher an Grundbesitz zu werden; dagegen wurden die, welche nur auf ihrer Hände Arbeit angewiesen waren, mit grundherrlicher Abhängigkeit bedroht, weil sie nicht ihrerseits allein in den Wald hinein zu roden vermochten und noch überdies die öffentlichen Lasten sie niederdrückten.

Für Germanien darf man diese Gefahr nicht gering veranschlagen. Die Ausbreitung jener Institution untergrub den Germanen die Grundbedingungen ihrer Existenz: Eigen und Freiheit; es war dies um so bedrohlicher, als die Großgrundherren die einflußreichsten im Staate waren, dieser demgemäß die Großgrundherrschaft begünstigen mußte, die ihn bald vollständig zu überwuchern drohte. Die widerstrebenden Elemente in Westfranzien wurden mehr und mehr von der Bewegung mitgerissen, und durch die Rückwirkung auf die Verhältnisse diesseits des Rheins drohte auch Germanien von derselben Entwicklung — in peius — überflutet zu werden. Damit steuerte die Gesamtkultur auf denselben toten Punkt zu, auf den die Antike geraten war.

Indes, eine andere Institution, die die Germanen inzwischen ausgebildet hatten, und auf die sie sich gerade gegenüber der hereinbrechenden Großgrundherrschaft stützten, war imstande, die unheilvollen Wirkungen der letzteren zu paralysieren: die Markgenossenschaft.

Was zunächst die Bezeichnung: Mark anlangt, so ver-

stand man darunter von jeher und bei allen germanischen Stämmen das Zeichen, die Marke; und dann die Bedeutung eines durch Grenzzeichen, durch Marken also, bezeichneten Gebietes; was innerhalb dieser Grenzzeichen war, das hieß die Mark. Das geht aufs klarste hervor aus den alemannischen Gesetzesbestimmungen, in denen die Grenzzeichen und das durch sie abgegrenzte Gebiet alternierend gebraucht werden.

Mark ist das von einer Anzahl freier Männer, die eine Genossenschaft bilden, in Besitz genommene Gebiet; zum Zeichen der Besitznahme setzen sie die Marken, bezeichnen sie die Grenzen ihres Gebietes mit besonderen Marken ganz ebenso, wie dies die Begründer von Klöstern für den dazu gehörigen Bezirk tun.

Gebiet und Genossenschaft finden sich in den Urkunden erwähnt als vicinium und den Ableitungen davon, und zwar überall, wo auf dem Festlande Germanen sich sessig gemacht hatten; die Angelsachsen haben dafür den Ausdruck geburscipe oder geburnscipe, Bauernschaft; das sind die Benennungen für die Markgenossenschaft, die wir dahin charakterisieren können: es ist eine Anzahl Genossen, die ein von ihnen in Besitz genommenes und zum Zeichen dessen mit Grenzmarken versehenes Gebiet gemeinsam inne haben.

Die Markgenossenschaft ist eine über das ganze, von den Germanen überflutete oder bewohnte westliche und mittlere Europa verbreitete Institution; und die Markgenossen sitzen als gleichberechtigte, freie Männer, eben als Genossen zusammen; „die vollberechtigten Inhaber einer Feldmark“, sagt richtig G. L. von Maurer, „bilden innerhalb dieser Mark eine wahre Genossenschaft“.

Nachdem wir so das Vorhandensein dieser Institution konstatiert haben, wollen wir uns zunächst ein plastisches Bild von ihrem Substrat entwerfen; dann erst werden wir an die Erörterung ihres juristischen Charakters und an die

ihrer Bedeutung für das Recht, damit für den Staat und die Kultur überhaupt gehen.

Wir können da als Ausgangspunkt unsere Gegenwart nehmen, denn noch heute geben die bestimmende Grundlage für das soziale Leben des platten Landes in Westfalen die Gehöfte, die einzelnen Bauernhöfe ab. Eine Anzahl solcher, etwa 20—70, machen eine Biurskop, eine Bauernschaft aus. Diese hat sich, ganz ebenso wie der Name, aus der Frühzeit unserer Geschichte bis auf den heutigen Tag erhalten. Wir haben damit eine treffliche Illustration zu einer Markgenossenschaft, die um so wertvoller ist, als es sich hier um Einzelgehöfte handelt. In der Hauptsache findet sich diese Siedelungsart in Westfalen, wo — nach O. von Gierke — Stammesneigungen den Anlaß gaben, und in den Alpen, wo die Terrainverhältnisse es erzwangen.

Die verbreitetere Siedelungsart, die man geradezu als das Typische der deutschen Besiedlung anführt, ist aber das Dorf. Das geschlossene Dorf, das sich aus einer größeren Anzahl von Gehöften, durchschnittlich gleichfalls etwa 20—70, zusammensetzt. Allerdings darf man sich den Gegensatz nicht zu schroff vorstellen; auch hier sind die einzelnen Höfe den natürlichen Bodenverhältnissen angepaßt, Gärten liegen dazwischen, ihre Lage ist eine recht zusammengewürfelte, und weit ziehen sie sich teilweise an der gemeinsamen Straße hin. Immerhin liegen sie doch bedeutend näher zusammen als die der erwähnten Bauernschaft in Westfalen und sind in der Regel mit Zaun und Graben umhegt; einen Begriff davon vermag uns jedes Dorf zu geben, das seinen ursprünglichen Charakter noch einigermaßen gewahrt hat.

Ein volles Bild gewinnen wir, wenn wir uns die Begründung eines solchen Dorfes, und zwar von wilder Wurzel veranschaulichen, wie sie im früheren Mittelalter häufig vorkam, nachdem diese Siedelungsweise einmal gang und gäbe geworden war.

Eine Anzahl Genossen schied mit ihren Angehörigen und der Fahrhabe aus der bisherigen Gemeinschaft aus. Der Gründe hierfür gab es mancherlei; vielleicht gelegentliche Streitigkeiten, die sich so am besten beilegen ließen; oder aber, und das vor allem, wenn der Anteil der einzelnen in der bisherigen Mark zu knapp wurde, diese sich auch nur schwer vergrößern ließ, wenn sie nämlich von Bergen eingeschlossen oder von Sumpfland begrenzt war.

Die Abgewanderten nahmen Oedland unter den Pflug oder rodeten in den Wald hinein. Solchen zumal gab es genug, denn noch im späteren Mittelalter findet sich im Dithmarschen und in Hessen — ganz wie übrigens in England und Irland — die Sage, daß ein Eichhörnchen durch das ganze Land oder doch wenigstens sieben Meilen weit hüpfen könne, ohne den Boden zu berühren. Alles Land, welches noch nicht in Anbau genommen, bzw. mit Marken bezeichnet war, das war — wie man es heute ausdrückt — freies Gut und lag zur Rodung für die ausgeschiedenen Markgenossen offen.

Das erste war, daß diese die Stätte für die Anlegung des Dorfes auswählten, inmitten des Landstriches, den sie zum Anbau oder für die Rodung bestimmt hatten; sie ließen sich daselbst nieder und nahmen von da aus die Besiedlung, die Gewinnung von Ackerflur vor.

Was das Wohndorf anlangt, so veranlaßt dabei nur die Hauptstraße, die die Ortschaft durchschneidet, eine gewisse Reihung der Gehöfte; sonst bildet es ein buntes Netz von krummen und winkligen Zugängen und wahllos zerstreut liegenden Höfen ohne bestimmten Aufriß und Plan. Also nicht wie die slawischen Dörfer in der Form von Rechtecken oder fächerförmig wurden die germanischen angelegt, sondern als Haufendörfer, gewissermaßen als ein willkürlich zusammengeschobenes Einzelhofsystem.

Für gemeinsame Zwecke, wie Versammlung der Bewohner, Viehtränken und ähnliches mehr ließ man überdies

noch einige Plätze, vor allem den unter der Dorflinde, von der Bebauung frei.

Jeder Genosse hatte sein Gehöft, nämlich Wohnhaus mit dem dazu gehörigen Hofraum; Gesindewohnung und Stall, wenn nicht diese im Hause selbst waren, wie noch heute im niedersächsischen Bauernhaus, weiter ein Keller, zur Aufnahme der Früchte, im Winter den Bewohnern des Gehöfts als Zufluchtsort gegen die Kälte dienend, umschlossen den Hof; dazu hatte jeder, es war davon schon die Rede, noch ein Stück Gartenland gleich an der Wohnung.

Diese Hofstelle — man findet sie als *hof, toft, bool, curtis, mansus* angeführt — wurde dem einzelnen Genossen zu freiem Sondereigen zugeteilt. Sie wurde von ihm umzäunt und mit einer besonderen Marke versehen, ein Zeichen, das auch an das Gerät angemalt und dem Vieh eingebrannt wurde: zur Kenntlichmachung des Eigentümers.

Also durch Anbringung von *caracteres*, von Marken machte man sein Eigentum an dem Gehöft geltend; und an diesem war Eigentum deshalb möglich, weil man die Gebäude als Fahrhabe behandelte, was bereits K. W. Nitzsch erkannt hat; denn er führt aus, es sei uralter germanischer Brauch, daß das fahrende, d. h. das bewegliche Eigentum mit einer aus geraden Linien bestehenden Marke bezeichnet wurde, welche dem Geschlecht, der Sippe als Erkennungszeichen diente; „zu der fahrenden Habe gehörte auch das Haus“. Dies galt rechtlich selbst dann noch, als Nachwirkung von der Nomadenzeit her, nachdem man endgültig sessig geworden war und sein Haus nicht mehr zum Weiterwandern abbrach.

Hatte jeder der Genossen sich seine Hofstelle ausgewählt, dann wurde zur Rodung des zum Unterhalt der gesamten Familien nötigen Ackerlandes geschritten: die Hauptarbeit begann. Damit keiner der Genossen zu kurz käme, wurde die gesamte Ackerflur unter Berücksichtigung der Bodenqualität in eine Anzahl größerer Feldstücke, Ge-

wanne, geteilt; jedes von diesen wurde wieder unter Zuhilfenahme eines Meßseiles in gleichgroße und der Zahl der Genossen entsprechende Streifen geschieden. Daraufhin fand eine Verlosung dieser Parzellen statt; unde nâh, so heißt es bei Notker, keuuórfenem lôzze tēilta er daz lânt, mit mâtseîle, also man nû tuôt mit ruôto.

So wenigstens stellt sich die Sache dar, nachdem man die Ackerflur erst einmal beschafft hatte; und der Rechtsbrauch ergab sich einfach aus dem Vorgehen der Genossen. Diese rodeten gemeinsam; darum hatte jeder ein Anrecht auf ein gleiches Stück, bezw. auf denselben Anteil an den Feldern. Durch die Verlosung wurde bewirkt, daß zu jeder Hofstelle in jedem der Gewanne ein gleiches Feld wie zu den anderen gehörte.

Der gesamte Komplex dieser für ein Gehöft bestimmten Felder gehörte zur Hufe, die demnach nicht in einem zusammenhängenden Ackerstück bestand, nein, sich aus Feldern — wir haben heute davon noch den Begriff — zusammensetzte, die über die ganze Dorfflur zerstreut waren, und deren Größe insgesamt, dem durchschnittlichen Bedürfnis einer Familie entsprechend, etwa dreißig Tagewerk betrug. Und diese „Ackerverlosung bezog sich nicht auf die Personen, sondern auf die Haushaltungen. Söhne, die noch auf der Hofwere des Vaters lebten, blieben unberücksichtigt, auch wenn sie längst in Thing und Heer als Vollgenossen aufgenommen waren.“ Sie hatten indes bestimmte Anwartschaft darauf; mit ihrer Familiengründung gelangten sie ohne weiteres dazu: es mußte ihnen eine Hofstelle nebst dem dazu gehörigen Ackerland angewiesen werden. Damit kamen sie aus der Munt des Vaters, wurden vollgültige Markgenossen.

Wie die Mark echtes Eigentum der Genossenschaft, also eines Teiles der Stammesgenossen war und nur sie ein ausschließliches Anrecht auf die Mark hatte, weil sie sich diese, namentlich die Feldmark beschafft hatte mit eigener Mühe, durch die Anstrengung der zu der betreffenden Mark-

genossenschaft gehörenden Männer, ganz so mußte an den Grundstücken, die der einzelne unter ihnen sich selber rodete, ohne die Hilfe der übrigen in Anspruch zu nehmen, ein ausschließliches Eigentum desselben wieder entstehen. Dieses Sondereigen an Aeckern und Wiesen konnte sich verhältnismäßig rasch durchsetzen.

Denn die Germanen fanden ja in den von ihnen überfluteten Gebieten das Grundeigentum bereits vor; und da sie einfach — in der Regel zwei Dritteile — vom Besitz ihres hospes übernahmen, so gingen sämtliche daran haftende Rechte auf sie über, mithin auch das Eigentum an Grund und Boden. So finden sich beispielsweise bei den Burgundern Vorschriften, die über den Verkauf von Grundstücken handeln; demnach war das Grundeigentum bereits ausgebildet.

Zur Zeit der Abfassung der *lex Salica* war es bei den Franken schon soweit vorgeschritten, daß die Brüder das Pflugland, die *terra* erben, während die Töchter oder Schwestern noch davon ausgeschlossen sind, denn: *de terra vero nulla in muliere hereditas non pertinebit*.

Das volle Erbrecht der Frauen auch an Grundstücken konstituierte ein Kapitular Chilperichs, ungefähr aus den Jahren 573—575; hier wird normiert: hinterläßt einer Söhne, so erben diese das Grundeigentum, wie es die *lex Salica* festgesetzt hat; sind sie aber vor dem Erblasser gestorben, dann sollen dessen Töchter in derselben Weise die Ländereien erhalten wie die Söhne, wenn solche dagewesen wären; stirbt einer und hinterläßt keine leiblichen Abkommen, sondern einen Bruder, so erbt dieser die *terrae*; und nicht die *vicini*; fehlt ein Bruder, dann erhält die Schwester des Verstorbenen das Ackerland. Es sollen mithin die männlichen und weiblichen agnatischen Verwandten die ganze Erbschaft, einschließlich des Grundeigentums antreten, wenn auch mit Vorzug der männlichen Anverwandten gleichen

Grades vor den weiblichen, und nicht mehr die Nachbarn, die Markgenossen.

Am Erbrecht erkennen wir das Eigentum. Grund und Boden ist in Sondereigen übergegangen, wird vererbt wie die Fahrhabe und fällt nicht mehr in die Hände der vicini, nicht mehr an die Markgenossenschaft zurück. Da sich nunmehr eine Vererbung auch an weibliche Verwandte vorfindet, so ist daraus auf ein voll durchgebildetes Eigentumsrecht zu schließen nicht nur an der hereditas, der Fahrhabe, nein auch an der terra oder den terrae, am Ackerland. So bildet sich der neue Begriff des Allods, des Erbes, welches das Acker- und Wiesenland in sich faßt.

In Germanien entstand das Eigentumsrecht am Ackerland teilweise wohl durch das Eindringen der fränkischen Institutionen oder auch durch Herübernahme der gesetzlichen Festsetzungen jener andern in das Römerreich eingedrungenen Stämme; in der Hauptsache jedoch originär. Und der Entstehungsgrund war in diesem Falle derselbe, der zur Ausbildung des Eigentums unter den Menschen überhaupt geführt hat.

Schon in grauer Vorzeit, in den frühen Stadien der Vergesellschaftung mußten dem einzelnen die mit eigener Mühe und Gefahr erworbenen Gegenstände, auch die Geräte und Waffen, die er sich mit vieler Arbeit und Anstrengung angefertigt, sie mußten ihm als ein nur ihm Angehöriges erscheinen, auf das kein andrer ein Anrecht besaß. Zumal was der Mann mit Einsatz von Leib und Leben, freilich ebenso, was er im Schweiße seines Angesichts erworben, das galt ihm wie ein Stück von ihm selber. Das Eigentum ist nämlich nicht Diebstahl, wie man neuerdings behauptet hat; nein, „die geschichtliche Quelle und der sittliche Rechtfertigungsgrund des Eigentums ist die Arbeit“. Die Ausbildung des Eigentums und seines Rechtes ist eine der Großtaten der Menschheitsgeschichte. Es wurde dadurch der Egoismus des Menschen davon abgelenkt, den Besitz

des Genossen zu begehren und dazu angestachelt, möglichst viel sich selber zu beschaffen, weil er es in Ruhe besitzen, genießen, vererben konnte — worauf übrigens die ganze Kultur nunmehr beruht.

Auf die eben genannte Weise ist auch die Ausbildung des Grundeigentums in Germanien vor sich gegangen.

Hier konnte es sich umso leichter durchsetzen, als Eigentum schon bestand, nämlich an der Fahrhabe; auch an den Gebäuden, die als Fahrhabe behandelt wurden. An der Ackerflur entstand es deshalb, weil man die von einem einzelnen vorgenommene Rodung (*bifang*, *captura*, *apprisio*, *proprius*, *novale*, *clausura*, *saeptum*) als dessen ausschließlichen Besitz anerkennen mußte; er hatte seine Arbeitskraft darauf verwendet; es war nur recht und billig, daß man ihm auch den Genuß allein zugestand.

Da ist vor allem eine Traditionsurkunde aus dem Jahre 801 der Erwähnung wert. Ein gewisser Hildirad übergibt seine Rodung, die er als „eigenes Erbe“ sich beschafft hat; dieser Besitz wird beschrieben; ausgenommen wird von diesem Landstück nur ein kleiner Teil, den ein anderer, Folcbert mit Namen, einst unter den Pflug genommen hat, der mithin diesem gehört. Das durch Rodung gewonnene Land wird rechtlich dem ererbten gleichgestellt; was man sich als Ackerflur selber erarbeitet hat, besitzt man also mit demselben Recht wie das Erbe; es wird einfach zu diesem gerechnet. Da ist doch sicherlich der Rückschluß erlaubt, daß das Erbe auf die gleiche Weise entstanden ist.

Daß der Bifang im Gebiet der Markgenossenschaft gewonnen wurde, das zeigt deutlich eine Tauschurkunde vom Jahre 861, wo ein solcher in der Mark eines Dorfes erwähnt wird, nämlich: in *commarca villae Dalaheim bifangum unum*; und ganz wie sein anderes Eigentum bezeichnete man es mit *signa*, mit Marken.

Es bildete sich demnach ein regelrechtes Eigentum an der Ackerflur aus, schon bald nach der Völkerwanderung;

und einmal durchgebildet gewann es rasche Verbreitung über ganz Germanien, da der Mensch in seinem bekannten Nachahmungstrieb sich das sofort aneignet, was ihm Vorteil gewährt. „Aber — das ist wirtschaftlich und infolge davon auch rechtlich maßgebend geworden — die Mark ist dadurch nicht aufgelöst oder auch nur geschmälert, das Sondereigen ist nicht aus der Mark ausgeschieden, so daß bloß noch Waldland und Weide das Markvermögen bildeten und nur in bezug auf sie die Markgenossenschaft bestände, sondern das Sondereigen bleibt nach wie vor Bestandteil der Mark.“ Es entstand ein nach unsern Begriffen ziemlich eingeschränktes Eigentum. Der Flurzwang hatte weiter Bestand, damit eine sogenannte uneigentliche Feldgemeinschaft; das Privateigentum am Ackerland unterlag Eingriffen infolge einer Art von Obereigentum der Genossenschaft.

Ganz uneingeschränkt bestand das Gemeineigentum an der danach benannten *Allmend* oder *Allmeinde* (bayr. *gemain*, fries. *hammerka*, dithm. *meenmark*, sächs. *meente*, nord. *almenningr*, lat. *commune*, *communitas*, *commarchia*).

Dies ist das allen gemeinsame Gebiet in dem Bereiche der Markgenossenschaft, an dem es weder Sondereigen noch Sondernutzung gibt. Die Allmende erstreckt sich über alles von der Markgenossenschaft in Besitz genommene Land, das nicht als individuelles Grundeigentum ausgeschieden ist; sie liegt zur Nutzung für die Genossen offen; „das Markrecht gibt zu allen Gemeinstücken legale Befugnis; jeder Markgenosse kann sich derselben innerhalb der Grenzen der natürlichen und positiven Gesetze, wann, wie und wo er wollte, bedienen; nur ist aber auch jeder auf sein eigenes Bedürfnis und lediglichen Gebrauch eingeschränkt.“

Man hat dies bestritten; insbesondere hat man behauptet, daß der Wald in Privateigentum gestanden habe, und daß man an einem Stück Wald die vollen Rechte des Eigentümers hatte, daß man es verkaufen konnte, ohne jemand um Erlaub-

nis fragen zu müssen, und ohne selbst den Miteigentümern davon zu sagen.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß Eigentum am Wald bestand. So haben die Klöster und ebenfalls der König ganze Waldungen. Es besitzen auch Private Waldparzellen, die sie veräußern können, da sie ihnen als Erbe, als echtes Grundeigentum zustehen. Freilich hatte es in der Regel damit seine besondere Bewandnis. Dort war es Besitz von Wald, der als Allmendeigentum anzusehen ist; der König und die Klöster hatten Eigentum daran — als Großgrundbesitzer — wie die gesamte Markgenossenschaft an der von ihnen in Besitz genommenen Allmende. Hier dagegen haben wir echtes Grundeigentum Privater; es handelt sich indessen nicht um ein Stück Urwald, sondern um einen Forst; und Forste wurden angelegt, sie wurden erst mit Hilfe von Arbeit geschaffen und angepflanzt und gingen aus diesem Grunde in das Eigentum derjenigen über, die dieselben bepflanzt hatten. Dieses Recht hat sich also ganz so wie das an der Ackerflur gebildet.

Das kam nicht allzuhäufig vor. Denn der Markgenosse brauchte keinen eigenen Forst; er konnte alles, was er nötig hatte, aus dem Gemeindewalde sich holen; er hatte die Marknutzung (*utilitas, usuagium, usuarium plenum, usus, omnis ususfructus, usus communis, usus publicialis*) oder die Waldnutzung (*utilitas silvatica, usuagium silvae, usuagium in boscho et plano*). Was den Gemeindewald anlangt, „so kann im allgemeinen dem einzelnen Markgenossen das Eigentumsrecht weder zu- noch abgesprochen werden. Die Rechte der Märker an der ungeteilten Mark haben sich vielmehr von jeher nach den ihnen an ihrem Haus und Hof in dem markberechtigten Dorfe zustehenden Rechten, deren Pertinenz sie waren, gerichtet“. Das Markrecht war damit nicht eine bloße Servitut, sondern ein wirkliches Anrecht der Markgenossen an der Allmende, die im Gesamtbesitz der Genossenschaft stand.

Das Gemeinland hatte, für sich selber, zunächst nur wenig Bedeutung; es gab solches ja genug für jede Markgenossenschaft, und irgendwelche Beschränkung — wie im späteren Mittelalter — brauchte nicht vorgenommen zu werden, weder mit Hinsicht auf Neurodungen noch in der herkömmlichen Nutzung der Allmende — dem Holzfällen und dem Weiden des Viehs, der Eichelmast der Schweine besonders, sowie der Jagd.

Doch ohne Anteil an der Allmende hätte überhaupt keiner bestehen können; die Benützung derselben gehörte unbedingt zum regelrechten Wirtschaftsbetrieb der damaligen Zeit, der einfach darauf zugeschnitten war. Nur hatte, wie bereits betont, die Allmende für sich allein nicht den geringsten Wert. Es wäre darum ganz sinnlos gewesen, hätte einer der Markgenossen bloß den auf ihn entfallenden Anteil aus der gemeinen Mark verkaufen wollen. Der eigene Genosse brauchte solchen nicht, denn er durfte ja nach seinem Bedarf das Gemeinland ausnützen; und ein Ausmäcker hätte nichts damit anzufangen gewußt, da der Anteil ideell war und dem etwaigen Antrage auf eine Realteilung nicht nur nicht entsprochen werden konnte, sondern ein solcher nach damaliger Anschauung überhaupt sinnlos war. Der Anteil des einzelnen an der Allmende war nicht Servitut des Betreffenden, er war Pertinenz des Hofes und teilte das Schicksal des letzteren, wie A. Heusler treffend bemerkt: „Wo das Sondergut, wo ein einzelner Hof in Rechtsverkehr gelangt, wird die Allmendnutzung als Zubehörde desselben aufgefaßt.“

Sie war unumgänglich notwendig für jede Einzelwirtschaft, sowohl für den Kleinbesitz wie für die Großgrundherrschaft. Sie diente in der Hauptsache zur Viehweide; sie gab das Bauholz, auch das für jeden Haushalt nötige Brennholz her; das Heumachen war ebenfalls erlaubt. Weiter hatten die Markgenossen freie Jagd und Fischerei in der

Mark, wobei zu bemerken ist, daß besonders die erstere immer noch von großer Bedeutung war.

Die Allmende lag also frei zur Benutzung für jeden Märker da; war jedoch durch Mühe und Anstrengung etwas daraus von einem beschafft oder erworben, durch Anbringung seiner Marke in Besitz genommen worden, so stand es in dessen Eigentum. —

Nun haben wir ein Bild von der Mark mit ihren drei Komplexen, in die jede gegliedert war: die Dorf-anlage, den Dorfetter; die Ackerflur nebst dem Wiesenland; und die Allmende.

Und solches Roden in den Wald hinein, das wir eben veranschaulicht haben, solche Gründungen von wilder Wurzel, die uns am besten die damaligen Verhältnisse verdeutlichen können, weil wir da alles sozusagen herauswachsen sehen, sie kamen im früheren Mittelalter äußerst häufig vor. Ist doch die ganze Verbreitung der Siedelungen der Germanen vom V. bis zum VIII. Jahrhundert eigentlich nichts anderes als eine stete Rodung dieser Art. Es hängt das zusammen mit der Wirtschaftsweise, zu der die Stämme in Germanien übergegangen waren.

Als die Völkerwanderung vorübergerauscht war, als kein Abfließen der Ueberschüssigen mehr stattfand, da mußten sich die Bewohner Germaniens bemühen, ihre Nahrung im Lande selber zu finden. Das war bei dem bisherigen Betrieb, bei dem eben eine Uebervölkerung entstanden war, nicht möglich.

In der Hauptsache waren die Menschen, die man als Germanen bezeichnet, deren vergesellschaftete Gruppen jedoch ohne jeden Zusammenhang weiter waren, Hirten und Jäger, also N o m a d e n gewesen. Die Viehzucht stand ihnen an erster Stelle, und nur nebenbei trieben sie eine Art Raub-bau auf Körnerfrüchte, besonders Hafer und Gerste, also auf reine Sommerfrucht. Das geht aus den durchaus ver-

ständlichen und zutreffenden Schilderungen von Cäsar und Tacitus klar hervor.

Dem entsprach die Physiognomie des Landes. Große sumpfige Urwälder, die einen äußerst reichen Wildbestand hatten, infolge ihrer ausgedehnten Eichen- und Buchenschläge sich auch zur Schweinemast vortrefflich eigneten, wechselten ab mit weiten Grasflächen, deren dünne Grasschicht als das beste Futter der damals bekannten Welt galt. Das Land wurde so ausgebeutet, wie es sich darbot. Die Tätigkeit der Bewohner beschränkte sich darauf, die günstigsten Viehweiden, die reichsten Jagdgründe aufzusuchen; und nur nebenbei, wie gesagt, trieben sie etwas Raubbau auf Körnerfrucht.

Indes, „unter dem Drang der Not entschließt sich der Mensch zu einer längeren und härteren Arbeit“; und in diese Notwendigkeit sahen sich die Germanen versetzt. Sie gingen zur regelrechten Feldbestellung über. Es war dies wohl zunächst die sogenannte *Waldfeldwirtschaft*; der Wald wird abgetrieben, auch niedergebrannt; das gerodete Land wird besät, bis der Ertrag nicht mehr lohnt; Düngung kennt man noch nicht; man läßt vielmehr das Land bald wieder liegen und sich erholen, benützt es als Weide, oder es siedeln sich wieder Holzgewächse an, die dann nach einer Reihe von Jahren wieder abgetrieben werden.

So geringfügig der technische Fortschritt erscheinen mag, wirtschaftlich bedeutet dies einen völligen Umschwung: der *Ackerbau* wurde nunmehr die vornehmste Aufgabe, und die Viehzucht, bei aller Wichtigkeit, die sie noch besaß, die sie gerade für den Ackerbau von neuem gewann, sie trat an die zweite Stelle. Noch mehr mußte die Jagd zurückstehen.

Der Germane war nicht mehr Nomade, der, oder vielmehr dessen Gewaltunterworfenen, Weiber und Kinder nur nebenbei Körner aussäten und einsammelten; er war zur Feldbestellung übergegangen, war zum Ackerbauer ge-

worden; er zog nicht mehr als Hirte umher, sondern wurde sässig, begründete als Bauer eine feste Siedelung, die inmitten des bestellten Landes lag.

Nun gab es wieder Land in Masse. Der ganze, geradezu sprichwörtlich gewordene Landhunger der Germanen war lediglich bei jener nomadischen Wirtschaftsweise entstanden; für den Ackerbauer bildete eigentlich ganz Germanien noch jungfräulichen Boden, der nur der Erschließung und Bestellung harnte.

Der Ackerbauer mußte freilich eine ganz andere Arbeit darauf verwenden; und indem er dies tat, war er auch genötigt, am selben Orte zu bleiben. Er kannte bald sein Land, wußte, wie er es am besten bestellte, und was für einen Ertrag es ihm abwarf. Nachdem er den Boden urbar gemacht, gab ihm dieser auch seinen Lebensunterhalt; so brauchte er seinen Sitz nicht mehr zu verlassen.

Dies involvierte ein Aufsteigen der Gesamtheit; damit war die Kultur der germanischen Stämme um ein beträchtliches Stück vorwärts gekommen.

Vom Standpunkt des bisherigen Nomadisierens, des freien Umherschweifens aus bedeutete indes die neue Arbeitsweise einen allgemeinen Verfall. Was bislang die Unfreien, die Knechte oder die sonstigen Gewaltunterworfenen hatten besorgen müssen, den — freilich sporadischen — Ackerbau, den also betrieb man jetzt allgemein. Unter das Sklavenjoch des Ackerbaus beugten sich alle die Männer, und damit verlor diese Arbeitsart das Knechtische, das ihr bis dahin angehaftet. Das mag bei den Stämmen, die in Berührung mit der römischen Kultur gekommen waren, bereits zur Zeit des Tacitus begonnen haben; im Innern Germaniens brach es sich dann langsam Bahn.

Die segensreichen Folgen zeigten sich gar bald. Denn ein Landstrich, der bis dahin kaum einer Nomadenfamilie Unterhalt geboten, genügte nunmehr für ein ganzes Dorf voll Menschen.

Zur vollen Wirkung mußte noch eines hinzukommen: die Ausbildung des Sondereigens am Ackerland. Das war durchaus nicht von nebensächlicher Bedeutung, denn „der erbliche Eigentümer allein wird sich die notwendigen Opfer auferlegen, um einen undankbaren Acker gründlich zu verbessern.“ Der einzelne, dem seine Felder erb- und eigentümlich zustanden, verwendete ganz andere Mühe auf dieselben, als wenn er sie lediglich durchs Los zugeteilt bekam und sie nach der nächsten Ernte schon wieder aufgeben mußte. Er hatte nun ein Interesse an dem dauernd guten Zustand seines Grund und Bodens; er verwendete seine ganze Arbeitskraft darauf, ihn immer ertragfähiger zu machen, und ging, um das Land nicht zu sehr auszusaugen, bald zum Fruchtwechsel über. Schließlich, da auch das nicht genügte, düngte er das Feld. Nun brauchte der Boden nicht lange Jahre zu ruhen, nachdem er ein bis zwei Jahre benutzt war; sondern der Bauer ließ das Ackerland, das er zur Fruchtgewinnung benützte, nach je zwei Jahren ein drittes als Brache liegen; die Dreifelderwirtschaft ward eingeführt mit dem regelmäßigen Turnus: Winterfrucht, Sommerfrucht und Brache, und demgemäß die Einteilung der gesamten Feldflur in drei Schläge oder Zelgen vorgenommen.

Die durch den Ackerbau notwendig gewordene Festsetzung auf bestimmtem Land, die feste Siedelung hatte die wichtigsten Aenderungen im Rechtsleben eo ipso im Gefolge.

Sollte der Ackerbauer seinen Lebensunterhalt auf dem begrenzten Gebiet finden können, dann bedurfte er vor allem Ruhe und Sicherheit vor äußeren Feinden. Er durfte nicht steten Angriffen ausgesetzt sein. Der Nomade konnte der Gefahr eines Ueberfalles aus dem Wege gehen, der Bauer dagegen war an seine Scholle gebunden. Wie ein ganz anderes Heimatgefühl — die Ansiedlung wird bezeichnet got. haims, an. heimr, ahd. heim, Notker kennt heimuodi — eine viel innigere Liebe an Haus und Herd und Acker-

land entstand, so auch eine viel größere Zähigkeit bei der Verteidigung gegen Feinde. Das verband die neue Gemeinschaft aufs innigste, machte die Genossen für einander opferwillig, schloß sie zu Schutz und Trutz aufs engste zusammen. Die Nomaden trennten sich leicht, einen etwaigen Zwist beendeten sie am einfachsten damit, daß sie auseinander gingen. Dagegen waren die Ackerbauer in erster Linie darauf angewiesen, sich miteinander zu vertragen.

Ihre Ansiedlung bildete gewissermaßen eine Welt für sich; und zwar eine friedliche. Die Mark war befriedet, Blutrache unter den Genossen bei schwerer Strafe verboten. Jeder hatte die Rücksichten auf den andern zu nehmen und streng zu beobachten, die er für sein Teil ebenfalls beanspruchte.

Ein ganz neues Recht entwickelte sich aus der wirtschaftlichen Wandlung, aus diesen veränderten sozialen Verhältnissen — als der Niederschlag davon.

Wenn der Nachbar seine Herde auf das anliegende Grundstück weiden ließ, das noch bestellt war, wenn er dem Genossen die Quelle abgrub, oder Früchte vom überhängenden Zweige aberntete, so war das ein Eingriff in das Recht des andern, der sich solches nicht gefallen ließ. Die innigere Berührung, das engere Zusammenhausen veranlaßte auch mehr Streitereien. Um diese beizulegen oder sie überhaupt nicht aufkommen zu lassen, war es nötig, daß die Genossenschaft allgemeine Normen aufstellte über das, was man durfte oder nicht durfte, an die ein jeder gebunden war, bezw. daß von Genossenschafts wegen im konkreten Falle das Recht gewiesen wurde.

Auf diese Weise war die Markgenossenschaft eine Organisation geworden, „die alle Teile zu ihren Organen machte, die ihr dienstbar waren, und alles, was für sich betrachtet Gegenstand und Widerstand von Einzelinteressen war, in Harmonie und Interesse des Ganzen auflöste“. Die rohe Eigenmacht wurde ausgeschaltet; wennschon die Selbsthilfe noch in weitem Maße gestattet, dem ein-

zeln die Bestrafung oder die Pfandnahme anheimgegeben war, so wurde sie doch in bestimmte Regeln gebracht und von der Genossenschaft aus erlaubt. Sollte nicht der Zwist in den Kampf von Mann gegen Mann ausarten, so mußte eine höhere Gewalt über ihn entscheiden, eben die Gesamtheit der Genossen. Diese prüften den Fall und gaben ihr Urteil, das für die Parteien bindend war; ebenso urteilten sie, wenn gegen die Normen der Genossenschaft, die gewohnheitsrechtlich bestanden, verstoßen wurde.

Und angesichts dieser Umstände will man wirklich behaupten, diese ursprünglichen Dorf- oder Markgenossenschaften hätten eine rein privatrechtliche Existenz gehabt, ohne selbst in ihrer ältesten Gestalt ein Organ öffentlicher Gewalt zu bilden, ohne je öffentlich-rechtliche Aufgaben und Zwecke zu verfolgen? Waren diese alten Marken, so fragen wir, tatsächlich keine dem Staatsorganismus dienenden politischen Bezirke des Staatsgebiets, sondern lediglich Privateigentum der Markgenossen, die eine rein privatrechtliche Genossenschaft bildeten? Gehörte alles, was das Markrecht und die Rechtsverhältnisse an und in einer Mark betraf, wirklich nur dem Privatrecht an?

Es heißt den einfachen frühmittelalterlichen Staat an dem so differenzierten Gegenwartsstaat orientieren, wenn man annimmt, diese Genossenschaften hätten ein neben der öffentlichen Gewalt völlig selbständiges, privatrechtliches Dasein geführt. Und es heißt die spätmittelalterlichen Zustände einfach auf das frühere Mittelalter projizieren, wenn man solches urgirt.

Dem widerspricht strikte die Kompetenz, die die Markgenossenschaft gehabt hat; denn „in einer autonomen Markgenossenschaft — das ist erst neuerdings wieder anerkannt worden — erstreckt sich der Kreis ihrer Angelegenheiten fast über das ganze Gebiet des Rechtslebens“.

Die Markgenossenschaft hatte nämlich das Recht, in

Markangelegenheiten zu gebieten und zu verbieten. Sie hielt zu diesem Zweck Versammlungen ab, bei denen jeder vollberechtigte Genosse zu erscheinen nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet war. Hier wurde über alles verhandelt, was die Mark und ihre Nutzung betraf.

Es wurde die Anzahl und die Art des auf die Weide zu treibenden Viehs festgesetzt; die Benützung der Feldmark, die Pflug- oder Aussaatzeit und die für die Ernte, denn es bestand Flurzwang, sowie die Beweidung des Brachlandes; und die Abwechslung der Acker- und Ruhejahre für die Gewanne wurde geregelt. Die Vorschriften, besser: die Anordnungen über die Anlegung von Wegen und Stegen und über deren Ausbesserung wurde erlassen. Auch die Aburteilung der Markfrevel wurde vorgenommen; was ein Genosse in der Mark überdrungen oder überfahren hatte, das wurde gebüßt. Ebenso wurde die Erhaltung und Wahrung der Markgrenzen besorgt, was den Anlaß gab zu dem Markbegang (ahd. marchgang, marchleita, lantleita), „der nicht bloß aus Anlaß von Besitzeinweisungen und Grenzuntersuchungen, sondern auch periodisch und dann feierlich, unter Beobachtung eines Rituals vorgenommen wurde, und selbst in christlicher Zeit zuweilen noch einen sakralen Charakter bewahrt hat“ (K. von Amira).

Außerdem aber wurden auch die leichteren Vergehen der Genossen, etwaige Raufereien und Schlägereien abgeurteilt.

Die Bußen, die fielen, und die sonstigen Gefälle aus der Mark gehörten der Gesamtheit.

Es bestand die Pflicht, etwaige Vergehen der Genossen zu rügen; geschah solches, und wurde ein Urteil darüber gefällt, so unterlag ihm bedingungslos jeder Markgenosse. Kein Streit, der zwischen den Genossen entstanden war, durfte von ihnen an ein fremdes Gericht gebracht werden, sondern nur an das eigene. Hier wurde der Markfriede aufrecht erhalten; ihm dienten auch die Markbeamten, die

gewählt wurden; sie handelten im Auftrag der Genossenschaft und vollzogen die von dieser gefaßten Beschlüsse. Darum waren ihnen die einzelnen Gehorsam schuldig, wurden im Weigerungsfalle bestraft und hatten jenen ihre Unterstützung zu leihen, falls sie deren bedurften.

Das galt zumal, wenn Fremde die Mark bedrohten; da hatten alle zum Schutze herbeizueilen und die Gegner nötigenfalls mit Waffengewalt zu vertreiben. Trafen sie einen Frevler bei handhafter Tat an, bei verbotenen Werk, gleichviel ob er In- oder Ausmärker war, so hatten sie ihn zu pfänden oder festzunehmen, also ganz wie die Markbeamten.

Wir haben „in der Organisation des Dorfes die ursprüngliche Form eines politischen Zusammenlebens der Volksgenossen“ vor uns, und ohne weiteres ist aus dem Angeführten zu ersehen, daß die Kompetenz der Markgenossenschaft eine öffentlich-rechtliche war. Sie umfaßte, können wir konstatieren, Gerichtsbarkeit, die Mark war Gerichtsbezirk.

Noch mehr. Ist es angesichts der aufgeführten Tatsachen etwa eine Uebertreibung, wenn A. Meitzen sagt, daß diese bäuerliche Ansiedlung einen kleinen Staat im Staate gebildet habe? In Germanien wenigstens? Um darauf eine befriedigende Antwort geben zu können, müssen wir auf die politische Gestaltung daselbst einen Blick werfen.

Die in Germanien sich sässig machenden Stämme waren damit auf dem besten Wege zur Staatenbildung; sie schienen sich in ebensoviele Staaten auswachsen zu wollen. Da kam der Eroberungszug der Franken dazwischen. Der Frankenstaat, der sich rasch innerlich festigte trotz mancher Störungen und Schwankungen, gliederte sich die germanischen Stämme und ihre Gebiete an und schob damit den staatlichen Sonderbildungen, wenigstens in Südgermanien, einen Riegel vor.

Doch alsbald begann der Norden, sich eigenartig zu entwickeln; vor allen anderen gingen die Sachsen ihre eigenen Wege, was man nicht nur in der nunmehr einsetzenden

sprachlichen Scheidung, zwischen Hoch- und Niederdeutsch, verfolgen kann. Diese freilich bildete das Hauptmerkmal; es gestalteten sich geradezu zwei Sprachen, deren Träger leicht zu verschiedenen Völkern werden konnten; „die Unterwerfung der Sachsen durch Karl den Großen hat es dann gehindert, daß Hochdeutsche und Niederdeutsche zwei Nationen geworden sind“.

Was der Sachsenschlächter, wie man den großen Karl darum bezeichnet hat, für diese spätere Zeit unterband, das hatten vordem die Merovinger schon für Süddeutschland getan: sie hatten die partikularistische Staatenbildung unterbrochen und ein großes Reich zusammengeschweißt, ein Werk, das Karl Martell durch die Abwehr der Muhammedaner sicherte, und das sein Enkel durch die Angliederung des kraftvollen Sachsenstammes krönte.

Freilich war die Einheit mehr eine äußerliche, denn im Grunde war Franzien, unter dem Einfluß der wenn auch zerrütteten, so doch noch bestehenden antiken Kultur, schon jetzt in so mancher Hinsicht durchaus verschieden von Germanien, das sich originär entwickelte.

Dort waren die Franken als Eroberer eingerückt, waren die Herren im Lande und bildeten, mit dem einheimischen Adel, eine eigene Kaste. Hier dagegen saßen die Germanen; sie wurden von den Eroberern als freie Volksgenossen angesehen, und ihre Institutionen wurden von jenen nach Möglichkeit geachtet. Die Franken gliederten die Germanen, die gerade zum Staatsleben sich durchrangen, einfach an und beließen ihnen zunächst ihre Eigentümlichkeiten, wie ja im Rechtsleben durchaus das Personalitätsprinzip galt. Was jenen selbst jenseits des Rheins recht war, das gestanden sie den Volksgenossen als billig zu.

Diese Verschiedenheit, auf der das historische Leben im Abendlande während des früheren Mittelalters basiert, muß man sich gegenwärtig halten, dann wird so manches,

was bislang unverständlich war, einleuchtend. Dies gilt namentlich für die Grundlagen der Staatseinrichtungen.

Die Franken kamen in das fremde Land als Krieger und behielten hier vorläufig ihre Heeresenteilung bei. Da ist ihr Fundament die Hundertschaft, denn größere Verbände konnten sie nicht gut aufrecht erhalten, dazu wohnten sie zu zerstreut. Diese Hundertschaft — hundari, alam. huntari, von den Franken durch centena übersetzt, daher mhd. zent — war die alte Heeresabteilung, eine Anzahl von Kriegsgenossen nunmehr, die in einem bestimmten Bezirk wohnhaft gemacht und zu einer Gemeinschaft organisiert waren. Diese wurde die Verfassungseinheit; und weil nicht nur Gericht, Verwaltung und Polizei, sondern ursprünglich auch Hoch- und Niedergericht ungeschieden waren, so war es die Hundertschaft, in der das ganze politische Leben zum Ausdruck kam.

Diese ursprüngliche Hundertschaft, die Versammlung der Kriegsgenossen, die zu ihr gehörten, hatte die Entscheidung von Streitfällen, ja die ganzen politischen Befugnisse, war der mallus, das placitum, von dem die lex Salica redet. An der Spitze stand der thunginus oder centenarius, ahd. hunno, der vom Volke, d. h. von den zur Hundertschaft gehörenden freien Franken gewählt wurde.

Darüber stand direkt der Staat, mit dem König an der Spitze. Dieser galt als oberster Richter, der, wo er hinkam, den Vorsitz im Gericht einnahm, dem das Gericht ledig wurde, und dessen Beauftragte, der sacebar und der Graf, die königlichen Rechte, insbesondere auf Bußen und Gerichtsgefälle geltend machten.

Doch der Staat hatte vorläufig immer noch als Hauptzweck seines Daseins den Angriffs- und den Abwehrkrieg. Das friedliche Leben spielte sich in der Hundertschaft ab, war aber nicht sonderlich rege. Der Zusammenhang mit dem sich zum Staate aus- und durchbildenden Stamm war ein ziemlich straffer; denn es war, darauf muß immer wieder hin-

gewiesen werden, Kriegsverfassung, die die Franken umschloß:

Der Staat selber war ähnlich konstituiert wie die Hundertschaft. Auch er hatte sein placitum, das März-, später Maifeld, wo das, was den Staat anging, in gleicher Weise geregelt wurde wie die Angelegenheiten der Hundertschaft in den Zusammenkünften ihrer Angehörigen. Auf dem Märzfeld wurde über Krieg und Frieden entschieden, es wurden Gesetze erlassen, die für alle Stammesgenossen Geltung haben sollten; und hier hatte der König die Stellung des *thunginus*.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse in Germanien.

Hier bildete sich ein wirkliches, echtes Staatsleben aus, sobald das Moment hinzukam, das begrifflich den Staat vom Stamm unterscheidet: die Selbsthaftigkeit auf bestimmtem Gebiet; denn „erst bei den Ackerbauern beginnt der vollendete Staat, der mit einem festen Territorium ausgerüstet ist“. Demgegenüber hatte der fränkische Staat noch etwas Vages, Unausgeglichenes, Unfertiges, er war auf Heeresverfassung gegründet.

Freilich die Fäden spannen herüber und hinüber, wie ja K. Fr. Eichhorn schon herausgefunden hat, daß man in den germanischen Einrichtungen eine zweifache Grundlage wahrnimmt; „ein Teil derselben — sagt er — ist sichtbar aus den Verhältnissen des Grund und Bodens, ein anderer aus der Kriegsverfassung hervorgegangen.“ Der anfänglich rein äußerliche Zusammenhang wurde mählich und mählich fester; und es fand ein Austausch der beiderseitigen Errungenschaften statt.

So drang die neue germanische Wirtschaftsweise, die reine Naturalwirtschaft über den Rhein hinüber. Die Franken kannten sie wohl von ihrer Heimat her, hatten sie in ihren Anfängen bereits geübt gehabt, ganz wie die Alamannen um die Mitte des IV. Jahrhunderts. Denn als Julian, der Apostat, 356 nach dem Elsaß kam, konnte er

seine Legionen mit germanischem Getreide versorgen; die rheinischen Römerstädte sollen wie Inseln aus germanischen Kornfeldern hervorgeragt haben. Inzwischen hatte sich die Wirtschaftsweise daselbst in der bereits geschilderten Art vervollkommenet, was die Franken sich zunutze machen konnten.

Freilich drang auch die so gefährliche Institution durch, die Großgrundherrschaft, der gegenüber es für die große Masse der Germanen galt, die Grundbedingungen ihrer Existenz zu wahren: Freiheit und Eigen. Zumal das letztere, da die volle persönliche Freiheit den Besitz von Grundeigentum, eines Allods voraussetzte.

Das war das Kriterium, das man im ganzen früheren Mittelalter aufrecht erhielt: der status des freien Mannes wird geradezu identifiziert mit seinem Erbe. Die Fahrhabe ist nebensächlich; wohl aber hängt die Freiheit, der volle status des Mannes am Erbe, nämlich den Ländereien, der für seine Familie genügenden Ackerflur.

Der beste Beweis hierfür ist, daß auch der Adlige ein freies Gut haben muß, auf Grund dessen er seine Vollfreiheit allein beweisen kann. Der Adlige ist als solcher nur ein bevorzugter, ein reicherer Freier; ganz wie bei diesem beruht bei ihm gleichfalls die Freiheit auf dem Besitz eines vollfreien Erbgutes, und „seine nobilitas verzehrt nicht die libertas, sondern stützt sich auf dieselbe und setzt sie voraus“. Das Allod, das der Adlige zum Beweise seiner Vollfreiheit braucht, sein Hantgemahl, es ist das nämliche, was auch der schlichte Freie inne hat.

Für diesen jedoch war es weitaus wichtiger, da er in der Regel nur wenig Benefizialbesitz — wir kommen noch genauer darauf zu sprechen — erhalten konnte, ihm auch sonst keine Emolumente aus einem Amt fielen, sondern er fast ausschließlich auf sein Allod angewiesen war. Daher auch die Vorsicht des Staates bei einer etwaigen Bestrafung; man ging sehr behutsam mit Zugriffen gegen das Allod vor.

Freilich durfte man hierin nicht zu weit gehen, sollte das Verbrechen nicht direkt gefördert werden. Das echte Eigen mußte einer Konfiskation unterstellt bleiben, nur gebrauchte man die Vorsicht, bloß den auf den betreffenden Uebeltäter entfallenden Anteil wegzunehmen, und zwar erst dann, wenn die Fahrhabe nicht dazu ausreichte; für die Ganerben schied man das Ihrige ab, insbesondere wurden die Kinder durch eine Untat des Vaters, durch dessen Herisliz, die Verletzung des Heerbannes, nicht gemindert, auch wenn dieser dadurch in Unfreiheit geriet.

Aus dem allen geht wohl zur Genüge hervor, daß das freie Eigen so recht im Mittelpunkt des Interesses stand. Und es ist nicht weiter verwunderlich, daß sich die ganze Institution der Markgenossenschaft mit demselben verknüpfte, in einer Weise, daß es zu dem Glauben verführt hat, sie sei reines Privatrechtsinstitut gewesen. Die alten Marken, behauptet A. Heusler geradezu, wären keine dem Staatsorganismus dienenden politischen Bezirke des Staatsgebietes, sie wären Privateigentum der Gemeinde und nur solches gewesen; Markrecht und alle Rechtsverhältnisse an und in einer Markgenossenschaft hätten dem Privatrechte angehört.

Für das spätere Mittelalter — und von diesem gehen die meisten Autoren aus — trifft dies zu; da ist unter Mark nur noch die Allmende zu verstehen, und die Markberechtigten treten, als Realgemeinde, wie man sie bezeichnet hat, nämlich als privatrechtliche Genossenschaft der Gesamtheit der Dorfbürger, der Personalgemeinde gegenüber, die nach Analogie der Stadtgemeinde als Verwaltungsgemeinschaft konstituiert ist.

Für das frühere Mittelalter dagegen! Da hatte die Markgenossenschaft eine ganz andere Bedeutung. Ursprünglich wohl in einem gewissen Gegensatz zum Staat stützten sich die Freien auf diese ihre Genossenschaft und begegneten damit der Großgrundherrschaft und ihren unheilvollen Wirkungen. Mit Hilfe der Markgenossenschaft und deren

Prinzip: einer für alle, alle für einen! hielten sie ihre ökonomische Freiheit fest. Sie beschafften gemeinsam für den Zuwachs an Menschen, an neuen Familien durch Rodung von Oed- oder Waldland diesen eine gesicherte Subsistenz; so wahrten sie sich — auch das ist öffentlich-rechtlicher Natur — damit ihre persönliche Freiheit und rechtliche Unabhängigkeit, was sich besonders im Gerichtswesen dokumentierte: sie wurden also nicht hörig oder halbfrei, geschweige denn in ihrer Gesamtheit verknechtet und versklavt.

Auf diesen Zusammenschluß deutet auch die Bezeichnung Dorf, abgeleitet nämlich von Trupp (wie russ. *derevnja*, skand. *trup*, ags. *thorpe*, frz. *troupe*, *troupeau*; lat. *turba*, *tribus*, umbr. *trifu*; ahd. ist übersetzt in *oppidis* mit in *trophom*, *municipii* mit *dorfes*, *praedia* mit *thorp*, *oppido* mit *thorf*, *territoria*, *loca* mit *dorf*). Es bezeichnet ursprünglich die Zusammenhäufung, nunmehr die Vergesellschaftung von Menschen zum gegenseitigen Schutze, und zwar auf bestimmtem Gebiete. Und eine gelegentliche Benennung dieser Dorf- oder Markgenossenschaften beweist, daß die Beziehungen ihrer Mitglieder soziologisch denen einer Familie ähnlich gewesen sind: direkt mit dem Namen Verwandtschaften werden sie belegt. Denn in diesem Sinne gebraucht die *lex Alamannorum* den Ausdruck *genealogiae* für Markgenossenschaften, wie gelegentlich *genealogia* und *vicus* ebenfalls in engster Beziehung erscheinen.

Bei der Aufnahme eines Fremden in die Markgenossenschaft kommt der geschlossene Charakter so recht zutage. Der Fremde bedurfte zur Niederlassung die Erlaubnis aller Genossen; keiner brauchte seine Aufnahme zuzugeben, wenn er nicht wollte; widersprach auch nur einer, mußte der Zugewanderte die Mark wieder verlassen; nur durch einstimmigen Beschluß aller Genossen erlangte er das Genossenrecht, die Genossenschaftsberechtigung. Freilich mußte ein etwaiger Einspruch binnen Jahr und Tag geschehen, denn

wenn jener unangefochten solange unter den Genossen verweilt hatte, war die Sache verschwiegen, und jener hatte die vollen Rechte eines *vicinus* erlangt. Erfolgte Widerspruch binnen der genannten Frist und reagierte der Zugewanderte nicht auf die Vorladungen, ohne daß ihn echte Not entschuldigte, mußte er gleichwohl das Dorf wieder verlassen. Letzten Endes wurde der Graf, also der Hochrichter, angegangen, zum Dorfe zu kommen und jenen mit Gewalt von da zu entfernen.

Dieses Zustimmungsrecht der Markgenossen erhielt sich lange, das ganze Mittelalter hindurch, auch nachdem die Bedeutung der Markgenossenschaft beträchtlich verblaßt war; nicht nur wenn es sich um die Niederlassung eines Fremden handelte, sondern später auch bei Verkauf von echtem Eigen in der Mark. Da mußten die Genossen gleichfalls zugezogen werden und ihre Zustimmung geben, woraus sich die eigentümliche Uebertragung von Grundeigentum ergibt, die vor allem stets vor Gericht, in aller Oeffentlichkeit erfolgen mußte.

Ueberhaupt ist die strengste Kontrolle über den Genossen und seinen Besitz, unbeschadet des durchgebildeten Grundeigentums, die Regel; sie ist eben öffentlichen Rechts und geht sogar soweit, daß die Anlegung von Zäunen als genossenschaftliche Angelegenheit betrachtet wurde, die nur in Gegenwart, bezw. unter Zustimmung aller Genossen vorgenommen werden durfte. Und bei einem Verkauf von Erbe hatten sie nicht nur das Zustimmungs-, nein, sie besaßen ein Vorkaufsrecht, das sogenannte Näherrecht oder die Marklösung. Es rührte her noch aus dem ursprünglichen Gesamteigentum der Genossen an allem Grundeigen der Mark; als letzter Ausfluß blieb demnach, und zwar wieder mit öffentlich-rechtlicher Wirkung, „daß keiner sein Gut einem Fremden ohne Einwilligung der Genossen verkaufen konnte und diese immer das Vorkaufsrecht hatten.“

Dem unbedingten Gehorsam, der Unterwerfung unter die Genossenschaft stand jedoch ein Vorteil gegenüber, der alles aufwog: es hatte jeder Genosse die Gewißheit, daß er nie ohne Grundeigentum war. „Die Mitglieder der Markgenossenschaft hießen darum auch Beerbte, viri hereditati; dieser Ausdruck ist bezeichnend: die Teilnehmer am Erbgut. Der freie Mann war niemals ein Enterbter; er hatte ein Recht auf einen verhältnismäßigen Anteil des gemeinsamen Gutes“ (E. de Laveleye).

Im späteren Mittelalter half man sich, um denselben Grundsatz aufrecht erhalten zu können, einfach damit, daß man die Unbeerbten aus der Genossenschaft ausschloß, die nunmehr eine rein privatrechtliche Institution geworden war, an Bedeutung gegen die Personalgemeinde zurückstand. In der Periode aber, in der die Markgenossenschaft ihre eigentliche Blüte hatte, im früheren Mittelalter sorgte sie dafür, daß ihre Zugehörigen ihr Erbe hatten, daß die Grundbedingung für ihren unverminderten status erfüllt war.

Hier setzte am meisten die Gefährlichkeit der Großgrundherrschaft ein: daß sie, zumal in Zeiten von Mißernte und Hungersnot, die Leute, die nicht selbständig fort kamen, veranlaßte, unter ihre Fittiche zu flüchten. Sie konnte ihnen auskömmlichen Unterhalt gewähren, für sie sorgen, freilich auch nicht mehr. Eine Bereicherung derer, die von einer Großgrundherrschaft abhängig waren, die war unmöglich, denn alles gehörte der Herrschaft. Rechtlich besaßen die Fiskalinen, um zunächst diese generelle Bezeichnung zu gebrauchen, nichts; vom öffentlichen Verkehr waren sie völlig ausgeschlossen; sie lebten von der Hand in den Mund. Dabei hatten sie dafür einen sehr hohen Preis entrichtet: ihre Vollfreiheit. Und je mehr Hintersassen und Knechte eine solche Herrschaft hatte, um so bequemer konnte sie Rodungen von wüstem Land vornehmen lassen, um darauf wieder Hörige anzusiedeln.

Nicht der Mangel an Oed- oder Waldland bot Schwierig-

keiten, sondern die Arbeit, die aufgewendet werden mußte, es urbar zu machen und in ertragfähigen Zustand zu bringen. Man darf sich das nicht zu leicht vorstellen, denn es galt, für jede Familie das zu beschaffen, was man mit dem gemeinsamen Namen: Hufe belegte.

Es gehörte zu ihr alles das, was eine Familie durchschnittlich zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse ihrer Glieder, sowie der Knechte und Mägde, soviel sie deren besaß, nötig hatte. Das war ein Dreifaches: vor allem das Acker- und Wiesenland; dann das Gehöft; und endlich das Nutzungsrecht an der Allmende, das der Wichtigkeit wegen zuweilen besonders aufgeführt wird.

Der Name: Hufe ist dunkel; aber nicht mit Unrecht hat man behauptet, daß damit zunächst das Ackerland bezeichnet wurde und erst in übertragener Bedeutung der Gesamtbesitz einer Familie, soweit er als Liegenschaft, bezw. Pertinenz dazu zu charakterisieren ist. Denn das Wichtigste war, daß man Ackerland besaß; an diesem hing die ganze Existenz, alles andere bildete gewissermaßen die Pertinenz. Jede Familie brauchte etwa dreißig Tagewerke, ungefähr soviel, daß die Arbeit eines Ackerbauers mit einem oder zwei Knechten in Anspruch genommen wurde. Es kamen auf die Hufe aber auch zwanzig und vierzig Morgen oder Joch, was mit der Verschiedenheit der Bodenqualität in Zusammenhang stand.

Das gilt auch für die nach dem Einzelhofsystem angesiedelten Bauern.

Diese letzteren darf man sich nicht etwa als Großgrundherren vorstellen; nein, „von den Einzelhöfen aus haben sich keine großen Gutsherrschaften gebildet, auch der Einzelhof ist im ganzen nicht über das Normalmaß der Hufe hinausgewachsen.“ Ganz wie bei der geschlossenen Siedlung teilte sich auch hier die Hufe in Hofstätte, Ackerflur und Allmende; und diese Einzelhöfe waren ebenfalls zu Markgenossen-, zu Bauernschaften zusammengeschlossen. Von

einer Feldgemeinschaft und den daraus resultierenden Erscheinungen war hier keine Rede, doch standen auch hier die Weiden und Waldungen in Gemeineigentum, gab es auch hier eine Allmende. „Die Bewirtschaftung der Felder pflegte daher bei Dörfern mit Feldgemeinschaft nach Fluren oder Schlägen, den Anordnungen der Dorfschaften gemäß, zu geschehen, bei Hofanlagen dagegen nie nach Fluren, sondern vielmehr statt der Dreifelderwirtschaft nach der sogenannten Koppelwirtschaft, ohne allen genossenschaftlichen Zwang.“

Die Divergenz beider lag also in der Bewirtschaftung; auch da wurde sie verhältnismäßig früh auf ein geringes Maß reduziert mit der Durchbildung des Grundeigentums in der Dorfgenosenschaft. Sonst war die Genossenschaft der Einzelhofeigentümer genau so konstituiert wie jene.

Es ist bereits davon die Rede gewesen, welche Kompetenz die Markgenossen in ihrer Gesamtheit hatten. Vor allem war es die Erhaltung des Friedens in der Mark, wofür man gemeinsam sorgte, und womit Gerichtsbarkeit in allen markgenossenschaftlichen Angelegenheiten verknüpft war. Dem Gericht stand ein erwählter Vorsitzender vor, in der Regel Schultheiß genannt, der Schuld-Heischer, der also die Gerichtssprüche ursprünglich auch durchführte, soweit nicht der Selbsthilfe Raum gegeben war. Das Urteil fanden die Genossen; und zwar alle, die zu diesem Zweck als Gericht zusammentraten, den Umstand bildeten.

Schöffen kamen erst allmählich auf. Es hing das mit dem immer intensiver werdenden Gerichtsbetrieb zusammen, was einmal Leute erforderte, die sich genauer mit dem Recht vertraut machten, die Rechtssatzungen kannten und einige Uebung in der Rechtsprechung sich erwarben, und was weiter als wünschenswert erscheinen ließ, daß die Genossen nicht zu jeder Gerichtssitzung kommen mußten, weil ihre Arbeit darunter litt.

Das Wesen dieser Markgenossenschaften widersprach nicht den Zwecken eines gesunden Staatswesens; im Gegen-

teil, sie gewährten einem solchen erst das notwendige Substrat. Nur mußte der Staat es verstehen, sie in die Verfassung einzugliedern; und das geschah in der Tat. Der Staat erkannte sie an; er beließ ihnen, was er, ohne seinen Bestand in Frage zu stellen, ihnen lassen durfte, denn allzu-große Freiheit der Unterglieder hätte den Verband gesprengt. Von Staats wegen wurde nur darauf gesehen, daß sie sich als Organe des Ganzen fühlten und dementsprechende Funktionen verrichteten. Kurz, sie wurden zu Institutionen des öffentlichen Rechts in dem frühmittelalterlichen Ackerbaustaate, wurden als solche anerkannt und behandelt.

Was der Staat ihnen, als Gegengeschenk gewissermaßen, brachte, war durchaus nicht zu unterschätzen: er garantierte ihnen den Frieden, den sie zu ihrem Gedeihen so dringend nötig hatten, und gegen etwaige Verletzungen gewährte er ihnen die Machtmittel, die er selber besaß.

Auch in Franzien hatte eine ähnliche Entwicklung Platz gegriffen. Hier standen, wie bereits dargelegt, an der Spitze der Gerichtsgenossenschaften, der *centenae* die Thunginen, an deren Wahl der König keinen Anteil hatte. Doch trat bald an die Stelle des thunginus oder centenarius der vom König ernannte Exekutivbeamte des Gaus, der Graf; zunächst sekundär; bald aber, mit der strafferen Durchbildung des Staatswesens, wurde der Graf der ordentliche Gerichtsbeamte, sein Bezirk wurde als Gau der Hochgerichtsbezirk, und die Hundertschaft sank zu einer Unterabteilung desselben herab. Damit waren auch die Hundertschaften in die Staatsverfassung eingegliedert.

Diese Errichtung der Grafschaftsverfassung war besonders dadurch ermöglicht worden, daß der König nach germanischer Anschauung als oberster Richter galt. An dem Gericht der Hundertschaft hatte er nur insofern Anteil, das heißt wenn er nicht selber den Vorsitz führte, als sein Beauftragter, eben der Graf (*garafio*, *grafio*, *gravio*, *graphio*,

d. i. der Diener; lat. comes) die Bußen für ihn einnahm, die einen wichtigen Teil seiner Einkünfte bildeten, da Steuern bei den Germanen verpönt waren. Gegen das Urteil im Hundertschaftsgericht gab es eine ‚reclamatio ad regis definitivam sententiam‘, ein stringenter Beweis, daß der König der oberste Richter war; und weiter hatte — ein Ausfluß der gleichen Anschauung — der Beauftragte des Königs die Vollziehung des Urteilsspruches zu überwachen. Hier hatte das merowingische Königtum mit dem Erfolg eingesetzt, den wir eben skizziert haben. Es war ihm solches um so leichter gelungen wegen des besonderen Charakters des Frankenstaates; „denn der auf Krieg und kriegesischen Raub angewiesene Staat wird seine Kräfte viel straffer konzentrieren, das Individuum in höherem Maße in den Dienst der Gesamtheit stellen, strengere Ueber- und Unterordnungsverhältnisse ausbilden als ein von Nachbarn wenig bedrohter, durch Naturalwirtschaft den Bedarf seines Volkes deckender Ackerbaustaat“ (G. Jellinek).

In jener Lage befand sich — ganz wie die übrigen germanischen Staatswesen auf römischem Boden — der fränkische Staat. Und er gliederte die Hundertschaften fest in seine Verfassung ein; er beließ ihnen den genossenschaftlichen Charakter, den sie als Heeresabteilungen von Anfang an hatten, aber die Selbständigkeit, die sie sich in den nicht zum eigentlichen Heerwesen gehörenden Angelegenheiten erworben hatten, wurde ihnen genommen: der Graf, vom König ernannt, löste den Thugin ab.

Das ordentliche Thing hält nunmehr dreimal im Jahre der Graf; zu ihm müssen alle erscheinen, die im Gau gerichtspflichtig sind. Zu den gebotenen Gerichten des Grafen müssen außer den Schöffen nur die Parteien und die Zeugen kommen. Das letztere gilt für das Gericht des centenarius, des Hunno ausnahmslos.

Diese beiden Gerichte sind hinsichtlich ihrer Kompetenz scharf von einander geschieden.

Im Gericht des Centenars kann niemand zum Tode oder zum Verlust seiner Freiheit verurteilt werden; es wird hier auch nicht um Grundeigentum oder um Sklaven gestritten. Ueber diese schweren Fälle darf nur in Gegenwart des Grafen oder eines königlichen missus geurteilt werden. Also über das Leben und den status des Freien wird nur im Grafengericht entschieden, während dem Gericht des Centenars vice versa die geringeren Sachen vorbehalten sind. Jenes ist Hochgericht, in dem über Leben und Existenz der Freien geurteilt wird, dieses Niedergericht, für die leichteren Streit- und Straffälle: die grundsätzliche Scheidung der Gerichte im ganzen Mittelalter.

Und nicht nur hinsichtlich der Kompetenz waren die beiden Gerichte geschieden, sondern auch inbetreff ihres Amtsbereichs. Die Grafschaft umfaßte mehrere Hundertschaften, „der Staatsorganismus schloß mit der Hundertschaft ab“. — —

Die Grafschaftsverfassung wurde auch auf Germanien übertragen; und zwar unter Berücksichtigung der Verhältnisse, die sich hier herausgebildet hatten: was nämlich die Hundertschaft für Franzien, das war die Markgenossenschaft von Anfang an für den Osten.

Es war nur vernunftgemäß in dieser Frühzeit staatlicher Entwicklung, daß man die vorhandenen Gebilde bei der Uebertragung der Grafschaftsverfassung benutzte. Und Germanien war nun einmal mehr ein Ackerbaustaat; innerhalb der Markgenossenschaft spielte sich das gesamte öffentliche Leben ab; sie war die Grundlage für den Staat der naturalwirtschaftlichen Epoche.

Dem wurde Rechnung getragen bei der Konstituierung der Grafschaftsverfassung. Die eigentlich befremdende Erscheinung, „daß an jeder Hundertschaftsmalstatt die Kompetenz für sämtliche Rechtssachen aus der ganzen Grafschaft begründet war,“ sie beweist, daß die unzehrigten Unter-

bezirke ursprünglich die Bezirke schlechthin waren. Das gilt für die centena im Westen und ebenso für die Markgenossenschaft im Osten; beide Institutionen wurden gerade mittelst der Grafschaftsverfassung identisch ausgestaltet.

Es war also nicht bloß möglich, daß hie und da Hundertschaft und Markgenossenschaft zusammenfielen, und für das Recht gleichgültig, weil zufällig; nein, die beiden waren durchgängig identisch, nachdem die Grafschaftsverfassung eingeführt war. Finden sich doch zuweilen die gleichen Benennungen; so in Friesland die Bezeichnung Hundertschaft (in den Zusammensetzungen Cammingehunderi, Waldrammishuntari, Hattinhuntari). Nur müssen wir freilich berücksichtigen, daß im frühmittelalterlichen Staate manches Althergebrachte sich neben dem Neuen noch weiter erhielt, weil er eben nicht so zentralisiert war wie der Gegenwartsstaat, nicht an allen Stellen und Stätten gleichmäßig seine Gewalt entfalten konnte; das Institut der missi redet da eine deutliche Sprache.

Für Franzien sind wir also zu dem Ergebnis gelangt: das Reich zerfällt in pagi — später unterscheidet man wieder pagi maiores und minores — oder comitatus; an der Spitze steht der comes, der Graf, der ordentliche Richter, der, da Verwaltung und Gerichtsbarkeit noch nicht getrennt sind, neben den Funktionen des Blutrichters, überhaupt des Richters über die Hochgerichtssachen auch die der obersten Verwaltung auszuüben und den Heerbann zu leiten hat.

Jeder comitatus zerfällt wieder in cèntenae, die alten Hundertschaften des Heeres, über die ein centenarius als Niederrichter bestellt ist.

Germanien dagegen war in der Entwicklung zum Ackerbaustaate begriffen, als hierher die fränkische Grafschaftsverfassung verpflanzt wurde. Sie wurde organisch durchgeführt. So erhielt der Graf hier dieselbe Kompetenz wie dort, wie in den Gebieten links des Rheins. Damit sank

die bislang alles umfassende Gerichtsgewalt der Markgenossenschaft zur niederen Rechtspflege herab. Der Schultheiß verlor dasselbe, was auch der Thungin hatte aufgeben müssen; er wurde Niederrichter wie der centenarius, der Hunno.

Auch die Abgrenzung der Gerichtssprengel ward ähnlich durchgeführt.

Dies geschah einmal dadurch, daß man als Niedergerichtsbezirk den der Markgenossenschaft beließ; und weiter, daß man mehrere von ihnen zum Höchgerichtsbezirk des Grafen, zur Grafschaft, zum Gau zusammenlegte. Die Terminologie in den Urkunden gibt hierfür ein beredtes Zeugnis; nur muß man sich vor Augen halten, daß unter den nach den einzelnen Stammesteilen verschiedenen Bezeichnungen die gleichen Institutionen zu verstehen sind.

Wir finden also in Germanien durchgehends den Gau oder die Grafschaft als Hochgerichts-, die Mark als Niedergerichtsbezirk.

Mark und Dorf waren anfänglich identisch. Doch trat — und zwar verhältnismäßig früh, infolge der raschen Urbarmachung des Landes — insofern eine Aenderung ein, als Tochttersiedlungen gegründet wurden. Diese Begründung von Tochterdörfern wurde — es sei nur an das von uns angeführte Beispiel einer solchen von wilder Wurzel hingewiesen — hauptsächlich von den Markgenossenschaften vorgenommen, wensschon auch die Großgrundherrschaft manche in die Wege leitete. Sie konnte zur Teilung der Mark führen, indem das neue Dorf sich völlig vom Mutterdorfe loslöste, also eine selbständige Markgenossenschaft bildete. Er wurde dann ein entsprechender Teil der Allmende der neuen Markgenossenschaft überwiesen, was um so leichter geschehen konnte, als die alten Marken sehr groß waren. Doch häufig wurde nur das neugerodete Feld als Sondereigen abgezweigt, im übrigen bildeten das alte und

das neue Dorf nebst den etwa dazwischen lagernden Einzelgehöften eine Markgenossenschaft.

Das blieb auch dann, wenn nicht nur eine neue Siedlung, nein, wenn eine ganze Anzahl solcher innerhalb der alten Mark errichtet wurden. So hat beispielsweise schließlich die Mark Oberursel, auch hohe Mark genannt, aus neunundzwanzig, rund um den Feldberg herumliegenden Ortschaften und außerdem aus mehreren Einzelhöfen, Mühlen und Waldschmieden bestanden. Die Wetterau, ein Grafengau, zählte sieben solcher Markgenossenschaften mit je zwölf oder mehreren Ortschaften.

Eine ähnliche Ausdehnung hat auch die Markgenossenschaft auf dem Hunsrück gehabt: es gehörten achtzehn Dörfer zu diesem Hundertsrück, wie er eigentlich heißt. Und diese Markgenossenschaft ist insofern noch besonders interessant, als ihre Spuren sich bis in die Neuzeit herein erhielten; erst in der durch die französische Revolution bewirkten Umwälzung sind die Einheitsreste verschwunden, ja, die ökonomische Zusammengehörigkeit besteht in dem weltabgelegenen Talkessel teilweise heute noch fort. Es läßt sich aufs deutlichste nachweisen, daß nicht nur Waldgemeinschaft bestanden hat, sondern daß die einzelnen Dörfer, „wie verschieden sich auch die Grund- und Landesherrschaft gestaltet hatte, durch gemeinsame Weidebezirke zu einem Ganzen verwoben waren“. Geradezu durchschlagend ist der Zustand der Verhältnisse des Ackerlands. Eine wirtschaftlich gemeinsame Landbenützung zwischen elf Gemeinden ist in fünfzehn Fällen überliefert; noch zu Beginn des XIX. Jahrhunderts hat in allen hierher gehörigen Ortschaften Flurzwang und Gemenglage geherrscht; wir finden Ackerlandverlosungen, und „die Urbarmachung von Wildland und die Niederlassung bedurfte — trotz der Leibeigenschaft der Untertanen — noch im XVIII. Jahrhundert der Genehmigung der Gemeinde.“ — —

Als beim Uebergang vom früheren zum späteren Mittel-

alter die Zentralgewalt des Deutschen Reichs mehr und mehr verfiel, da spürte man das bis in die letzten öffentlichen Sprengel. Zwar der Unterschied zwischen Hoch- und Niedergericht wurde noch festgehalten, aber die Bezirke wurden andere. Die früheren Niedergerichte (*placita minora*, Hundertschafts- oder niedere Landgerichte) wurden zu Hochgerichten und befaßten sich darum nicht mehr mit der niederen Rechtspflege; deshalb bildeten sich unter ihnen neue Niedergerichte. Die Tendenz in der Gerichtsverfassung ging überhaupt dahin, an die Stelle der Einheitlichkeit Vielgestaltigkeit zu setzen. In der niederen Rechtspflege erreichte man darin das Aeüßerste: es kann soweit, daß jede Ortschaft ihr „Ingericht“ hatte, ja, daß ein Dorf in mehrere Niedergerichte zerfiel.

Die Marken nun „haben sich, ganz unabhängig von der Grafschaftsverfassung, auch nach dem Untergang der Gauverfassung noch erhalten und sind öfters in das Gebiet verschiedener Herrschaften und Territorien gefallen.“ Den Grafschaften haftete ja von vornherein etwas Gewillkürtes an; sie waren mehr künstliche Gebilde, als — gleichsam bodenständig — herausgewachsen aus dem völkischen Getriebe. Gau, noch aus der alten Zeit teilweise herührend, eine Abteilung des sich sässig machenden Stammes, und Grafschaft deckten sich häufig nicht. „Mag es schon von Anfang an vorgekommen sein, daß die Grafschaft nicht an den alten Gau angeschlossen wurde, so ist die ursprünglich vorhandene Identität im Laufe der Zeit vielfach hinweggefallen. Größere Gaue wurden unter mehrere Grafen verteilt; Abteilungen des Gaus, etwa größere Hundertschaften, erhoben sich zu Grafschaften und wurden nunmehr selbst als Gaue bezeichnet. Auch geschah es, daß ein Graf über mehrere Gaue gesetzt wurde“ (H. Brunner).

Die Grafschaftsverfassung wurde in ihrem Wesen und Kern angegriffen, als die Immunitäten aus dem Grafschaftsverband herausgenommen wurden. Weiter wurden

an Kirchen Grafschaften aus einem Gau, die wohl zu diesem Zweck erst abgegrenzt wurden, geschenkt; und diese Grafschaften unterschieden sich von den Immunitäten, die es zur vollständigen Exemption aus dem Staatsverband gebracht hatten, nur durch den Namen. Durch das Vorgehen der Kirche wurden die weltlichen Großen gleichfalls veranlaßt, sich möglichst viele Grafschaften anzueignen und diese erblich zu machen.

Doch über diese Entwicklung — in peius — bald das Nähere. Zunächst wollen wir uns noch einmal zusammenfassend die Verhältnisse vergegenwärtigen, die wir bisher für das frühere Mittelalter festgestellt haben.

Der Staat zerfiel also in Gaue, bzw. Grafschaften als Hochgerichtsbezirke, und diese wieder in Hundertschaften oder Markgenossenschaften als Niedergerichtssprengel. „Den Märker richtete die Mark, den Gaubewohner der Gau; alle richtende Gewalt wurde von der Gerichtsgenossenschaft freier Männer unter dem Vorsitz eines erwählten — oder ernannten — Oberen ausgeübt“ (J. Grimm).

Auch nur ein oberflächlicher Blick in die frühmittelalterlichen Rechtsaufzeichnungen kann einen sofort davon überzeugen, daß die Freiheit der einzelnen in ökonomischer wie in politischer Hinsicht durchaus nichts Seltenes war. Denn es begegnen allenthalben Normen für Freie, und zwar für schlichte Vollfreie.

Ein tieferes Eindringen, und man steht sofort vor der Tatsache, daß das frühmittelalterliche Recht auf dem Gegensatz von Freiheit und Unfreiheit basiert. Und aufs strengste wird daran festgehalten, daß nur der Vollfreie Träger des Rechts und vollgültiger Mark-, damit zugleich Staatsgenosse ist, daß der Hörige ebensowohl wie der Knecht geminderten oder überhaupt keinen status öffentlich-rechtlicher Natur haben.

Weiter beweist die Häufigkeit, mit der Freie allenthalben in den Rechten und den sonstigen Urkunden

genannt werden, daß sie nicht ein verschwindendes Häuflein Großgrundherren dargestellt, sondern daß sie die Masse des Volkes gebildet haben.

Das Kriterium der Freiheit war, einmal, daß man keine Leibabgaben zu entrichten hatte; wer solche bezahlen mußte, der war nach frühmittelalterlicher Auffassung nicht vollfrei. An dieser ist der Versuch gescheitert, Steuern zu erheben, insbesondere das römische Steuersystem einzuführen, weil das Steuerzahlen, formell wenigstens, nach Entrichtung von Leibabgaben aussah. Nur zu Geschenkleistungen verstand man sich dem Könige gegenüber, die ihm auf seine Bitten hin gewährt wurden.

Ferner mußte der Vollfreie ein freies Gut haben; es mußte ihm gehören und durfte keinem zinsen. Die Bedeutung, die dem freien Gut beigelegt wurde, erhellt daraus, daß darüber nur im Grafengericht geurteilt werden konnte; andererseits konnten auch nur die ohne Beistand oder Vertreter um ihr Erbe streiten, die als vollwichtig im Grafengericht galten: das waren eben die Vollfreien mit echtem Eigen; Frauen und Kleriker brauchten ebenfalls einen, der ihre Sache vertrat, ganz wie die Hintersassen. „Wohl gibt es verschiedene Geburtsstände, Adel, Freie und Knechte; allein der König lebt nicht anders als der Freie, der Freie nicht anders als der Knecht; und keiner hat vor dem andern mehr voraus, als daß der König das meiste Land, der Freie ein mäßiges Hofgut, der Knecht gar nichts besitzt. Der Grund und Boden macht den ganzen Reichtum aus; er ist darum der Maßstab des Vermögens und die Voraussetzung der politischen Rechte. Auch die Verfassung des Volkes ist auf ihn gegründet: es bestimmt sich die Wehrpflicht und der Anteil an der mitherrschenden Landgemeinde — d. i. Markgenossenschaft — danach, ob jemand das erforderliche Ackermaß hat“ (W. Arnold).

Wir haben es mit Ackerbauern zu tun; und da deren Existenz in der Hauptsache auf dem Grundeigentum be-

ruhte, so fixierten sie die Bedeutung desselben auch rechtlich, stellten sie es in den Mittelpunkt des ganzen Rechtlebens, basierten sie auf den privaten Grundbesitz den öffentlichen status des Mannes.

Andrerseits genügte ihnen, und zwar handelt es sich wiederum um die große Masse des Volkes, ihr Besitz an Grund und Boden nebst seinen Pertinenzen für den ganzen Lebensunterhalt vollkommen. Die Hufe war ja darauf zugeschnitten, eine Familie zu ernähren. Aus diesem Grunde statuierte man das sogenannte Beispruchsrecht Erben bei Immobilienveräußerungen. Die Existenz der ganzen Familie hing am Grundeigentum; und so band man den Wirt, den Herrn desselben an die Zustimmung seiner Erben, gab diesen das Recht der bisprake, des Einspruchs. Die Familie sollte in ihrem Bestande gesichert bleiben; das geschah dadurch, daß man ihr das Immobilienvermögen schützte gegen etwaige Verschleuderung, daß die Veräußerung desselben von ihrer Zustimmung abhängig gemacht ward.

Ueberhaupt hängt die scharfe Trennung von Grundeigentum und Fahrhabe und die eigenartige Behandlung des ersteren im deutschen Recht, die sich sogar zum Teil bis in unsere Gegenwart herein erhalten hat, mit der Bedeutung zusammen, die man dem Grundbesitz im früheren Mittelalter auch rechtlich beimaß, weil er solche für jede Familie ja tatsächlich hatte.

Diese brauchte nichts von auswärts; es war — daraufhin ist mit Nachdruck hinzuzeigen — eine tauschlose Wirtschaftsweise herrschend; das Hauswerk überwog weitaus, wie wir noch des näheren dartun werden. Was gebraucht wurde zur Befriedigung der Bedürfnisse einer Familie, die eben recht einfach waren, es wurde in der eigenen Wirtschaft erzeugt; man war nicht auf den Bezug von „Waren“ angewiesen.

Und der Sitz des Grundeigentums — ein weiterer Beweis für die Wichtigkeit desselben — begründet den Wohn-

sitz, die Heimat. Aufs innigste ist der deutsche Ackerbauer mit seinem Grundeigen verknüpft; wohnen ist für Notker darum gleich anbauen: ein stringenter Beweis für die Wichtigkeit der Feldflur (*inhabita terram: pûe an déro erdo*). Der Freie steht und fällt mit seinem Grundbesitz. Wird er im fremden Lande, wo er wegen eines *beneficium* oder sonst in Geschäften sich aufhält, wegen irgend einer strittigen Sache angesprochen, so soll er sich daselbst vor Gericht verteidigen. Handelt es sich aber um seinen *status*, d. h. wird er wegen seiner Freiheit oder wegen seines Erbes angegangen, dann soll er deswegen nur in seiner Heimat schwören; und der ihn darum belangt, soll ihm in die Heimat folgen, um da den Eid entgegenzunehmen.

Der Betreffende fand hierselbst volle Unterstützung gegen seinen Kläger bei seinen Nachbarn, seinen Mitmärkern, die ihn ja genau kannten. Nicht nur zu gemeinsamem Hausbau, zu gemeinsamer Rodung taten sie sich zusammen, sondern sie leisteten sich jedwede Unterstützung, die möglich war.

Wo also jemandes Erbe lag, wo er wirtschaftete, da war seine Heimat, wo er seinen Ackerbau trieb, da war seine Markgenossenschaft. Und über dieser seßhaften Markgenossenschaft baute sich sozial der frühmittelalterliche Ackerbaustaat auf. Er war die Zusammenfassung der Markgenossenschaften zu einem organisierten Staatsganzen; diese waren das Substrat für ihn, darum auch von größter Bedeutung für das Rechtsleben. Ursprünglich war die Markgenossenschaft der einzige Gerichtsbezirk. Dann wurden mehrere zu einem höheren, dem des Grafen zusammengefaßt. Das war notwendig, um der sich durchsetzenden Differenzierung, dem Scheiden der Rechtssachen in schwere und leichte, gerecht zu werden. Die schweren Sachen wurden nun im Höchstgericht der Grafen abgeurteilt, die leichten im Niedergericht; dies blieb die Markgenossenschaft unter ihrem Schultheißen, Zender oder

Hunno; und mehrere Markgenossenschaften wurden zu einem Hochgerichtssprengel, zum Landgericht der Grafen zusammengefaßt.

Ein freier Bauernstand wirtschaftete in Germanien; und er machte die Hauptmasse des Volkes aus. Hierin lag ein Hauptfortschritt gegen die antike Wirtschaftsweise mit ihrem Latifundienwesen; und daran scheiterte die Großgrundherrschaft, als sie nach antikem Vorbilde von Franzien her sich auszubreiten begann; an dem Damm jener Genossenschaften zerschellte die Flutwelle des privaten Egoismus, wensschon sie manche Verwüstungen hinterließ.

So war es die Markgenossenschaft, welche ihren Mitgliedern ökonomische und damit persönliche und politische Selbständigkeit sicherte; und die freien Bauern wurden zum Rückgrat des ganzen Staates. Die geschichtliche Entwicklung überhaupt, und somit auch die rechtshistorische während des sogenannten früheren Mittelalters, der ersten Periode deutschen Staatslebens, sie beruhte auf dieser durch die Markgenossenschaft gewährleisteten Freiheit der deutschen Ackerbauer.

Zweites Kapitel.

Die Großgrundherrschaft: die Villenverfassung.

Den deutschen Bauern war es also gelungen, als Markgenossen ihre ökonomische Selbständigkeit und damit ihre persönliche Freiheit und politische Unabhängigkeit zu wahren. Aber nicht hatten sie es erreichen können, die Großgrundherrschaft selber zu eliminieren. Denn auch in Germanien faßte sie festen Fuß und gewann mehr und mehr Verbreitung.

Darum standen hier Freibauerngut und Großgrundbesitz in scharfer Sonderung einander gegenüber, in einer Weise, daß die Traditionsformeln sie geradezu begrifflich auseinander halten. Dieses Nebeneinanderbestehen von Großgrundherrschaft und Bauernbesitz hat man aber übersehen; und man hat der ersteren auch für Germanien einen alles beherrschenden Einfluß zugeschrieben, indem man direkt behauptete, daß sich fast der ganze deutsche Bauernstand im Mittelalter im Zustand der Hörigkeit befunden habe. Doch vorhanden ist sie auch in Deutschland; und wir werden bald sehen, daß sie für die Landschaften rechts des Rheins und für deren Bewohner ebenfalls große Wichtigkeit erlangte.

Die Grundlage ihrer Verfassung, der Villenverfassung, ist das bekannte *capitulare de villis*. Mit der Durchführung von dessen Bestimmungen wurde der große Grundbesitz zur organisierten Herrschaft über Land und Leute, zur Großgrundherrschaft.

Die *villa* oder *curtis* soll lediglich dem Eigenbedarf des Besitzers dienen; was ein Mensch in seinem Gehöft oder auf seinen *villae* hat, das soll sich auch auf den königlichen vorfinden. Es soll also die königliche Groß-

grundherrschaft nichts anderes sein wie eine private Wirtschaft.

Ohne weiteres folgt daraus, daß die Bewirtschaftung nach dem Gutdünken des Eigentümers geregelt wird. Das ist privatrechtlich, dagegen läßt sich nichts einwenden. In der Tat ist der *iudex* der oberste Wirtschaftsbeamte der Grundherrschaft; alles, was mit der Bewirtschaftung der villa zusammenhängt, liegt ihm ob.

Hätte sich die Tätigkeit des *iudex* und seiner *juniores* lediglich darauf beschränkt, wäre der Grundbesitz trotz seiner Ausdehnung in den Schranken des Privatrechts gehalten worden, dann hätte sich nicht an ihn jene unselige Einwirkung auf den Staat und das öffentliche Leben geknüpft; denn zumal in Frankreich wurde mit Hilfe dieser Institution der Staat zersetzt, das öffentliche Recht korumpiert, und wurden die Staatsbürger zu Grundholden vernechtet.

Bei jener wirtschaftlichen Tätigkeit des *iudex* oder Amtmanns (von *ambaht*, *ambactus*) ist es nämlich nicht geblieben; der *iudex* hat, worauf schon sein Name hinweist, ganz die Kompetenz des Grafen für seine villa und der maior, auch *villicus* genannt, die des Schultheißen zugeteilt bekommen. Und zwar vom König selber; konstituierend hierfür ist das *capitulare de villis*, durch das schlechterdings jede Beziehung zum öffentlichen Recht, jede direkte Unterstellung unter den Staat für die villa und ihre Beamten gelöst wird. Die königliche villa wird dem Staate eximiert; sie bildet fortan einen *pagus* für sich, und zwar einen *pagus* im Privateigentum. Die Grafenrechte über diesen *pagus* erhält der *iudex*, der nicht die mindesten Beziehungen zum Staate unterhält, sondern lediglich seiner Herrschaft verpflichtet ist.

Wie sein Name besagt, hat er die Gerichtsbarkeit auszuüben; es wird normiert, er solle dafür sorgen, daß die Hintersassenschaft in Frieden lebe; deshalb solle er häufig

Gerichtstage ansetzen. Er soll darauf achten, daß die Leute sich nicht an das Pfalzgericht zu wenden brauchen, indem er jene Tage auch einhält, unabhängig richtet und keine Geschenke annimmt. Seine Kompetenz erstreckt sich auf die schweren Sachen, insbesondere Diebstahl, Raub und Zauberei.

Ihm untersteht in dieser Hinsicht die ganze villa und ihre Bewohner, nicht nur Knechte und Hörige, sondern auch die Freien, welch letztere nach dem Recht abgeurteilt werden, nach dem sie leben. Ein Unterschied bleibt insofern, als die Unfreien den *fredus* nicht zahlen, sondern dafür Prügelstrafe empfangen, während, wird wörtlich bestimmt, die Franken, die Freien also, die auf den villae verweilen, was sie auch begangen haben, nach ihrem Gesetz verbessern sollen; und was sie als Friedensgeld geben müssen, soll zum Vorrat der villa kommen, nämlich Vieh oder andere Wertsachen. Will ein Auswärtiger etwas von der villa oder deren Bewohnern, so ist hierfür der *iudex* allein zuständig; an ihn muß man sich beispielsweise wenden, wenn ein fremder Knecht auf das Gebiet der villa geflohen ist.

Da Gericht und Verwaltung noch ungetrennt sind, so liegt, ganz wie dem Grafen, die letztere dem *iudex* gleichfalls mit ob; nicht nur die privatwirtschaftliche; er übt ebenso die öffentliche, im vollen Umfang; so bestimmt er insbesondere über die Maße in seinem Dienstbereich und über die Körbe, die als Gemäß dienen; und zwar sollen sie nach denen der Pfalz geacht sein.

Dabei ist und bleibt er privater Beauftragter der Grundherrschaft; er unterliegt der Befehlsgewalt des Königs und der Königin oder untersteht den Ministerialen der Hofhaltung, dem Seneschall und Schenk, da die villae samt ihren Emolumenten zu deren Ressort gehören.

Die villa ist somit völlig dem öffentlichen Recht entrückt, ist eine vollständige *Immunität*, für die jede Verbindung mit dem Staate gelöst ist; denn der einzige für

sie verantwortliche Beamte, der *iudex*, untersteht nicht mehr der Gewalt des öffentlichen Richters, er ist vielmehr selber Graf im privaten *pagus*, der *villa*, und über deren Bewohner.

Gewiß, im Kriegsfall, da kommt etwas zutage, was nach öffentlichrechtlicher Verpflichtung aussieht. Der *iudex* kann im Heere oder auf der Wacht sein; er soll Kriegskarren in der *villa* herstellen lassen und sie für Kriegszwecke verproviantieren; auch Fässer mit Eisenreifen zu demselben Zwecke anfertigen lassen. Aber das alles geschieht *privatim* für die Herrschaft, die in unserem Falle der König selber ist. Die private Stellung der *villa* wird dadurch nicht alteriert; ja, sie ist überhaupt von jeder öffentlichen Last entbunden. Denn wenn Gesandte oder Gesandtschaften zur Pfalz ziehen oder zurückkehren, dann soll nicht etwa die *villa* sie beherbergen, außer wenn ein spezieller Befehl des Königs oder der Königin vorliegt; vielmehr sollen, heißt es ausdrücklich, der Graf von Amts wegen oder jene Menschen, die es seit alters getan haben, für die Gesandten bzw. die Gesandtschaft Sorge tragen, sowohl wegen der Beipferde als auch für das Uebrige, damit jene gut und sicher zur Pfalz kommen und zurückkehren können.

Gerade hierin erweist sich aufs schlagendste der öffentlichrechtliche Charakter, der der Markgenossenschaft innewohnt: auf ihr ruht nämlich jene Last, von der die *villa* befreit ist. Diese ist somit eine rein privatrechtliche Institution, ist Besitz, der als solcher keine Aufgabe öffentlicher, staatlicher Natur hat, zum mindesten nicht unmittelbar.

Dafür ist auch ein Beweis, daß keiner der Untergebenen des *iudex*, keiner seiner *iuniores*, irgendein öffentliches Amt verwaltet; weder der *maior* oder *villicus*, der Niederrichter der *villa*, noch die Dekane, Kellner-, Gestütsbeamten, Förster oder Zöllner.

Das *capitulare de villis* mit den von ihm geschaffenen Institutionen, die also nicht nur den Wirtschaftsbetrieb um-

fassen, bildet den Ausgangspunkt für die Entwicklung der Großgrundherrschaft. Ohne Zweifel eine Musterleistung für diese Zeit staatlichen Lebens, dieses capitulare des großen Kaisers. Aber seine Wirkungen waren nicht seinem geistigen Wert entsprechend. Es legalisierte die Zustände, die in Franzen sich herausgebildet; es machte zunächst die villae des Königs zu vollen Immunitäten, riß die Großgrundherrschaften des Königs völlig aus dem Grafschaftsverband heraus.

Die Immunität ist ein Erbstück aus römischer Zeit; ihr Inhalt ist — negativ ausgedrückt — die Befreiung von öffentlichen Zugriffen der Staatsbeamten und von öffentlichen Lasten überhaupt; und — positiv — was dem Staat an Friedensgeldern und dergleichen gebührt, das wird dem betreffenden Inhaber der Immunität geschenkt.

Gerade das letztere war das Erstrebte: alle Einkünfte und Gefälle aus seinem Eigentum wollte der Besitzer in voller Ausdehnung selber erheben und genießen. Es sollte die Immunität in jeder Hinsicht mit der gesamten Hinterlassenschaft uneingeschränktes privatrechtliches Eigentum darstellen, an das kein anderer irgendwelchen Anspruch machen, ja, das überhaupt kein Fremder betreten durfte. Auch nicht der öffentliche Beamte, der infolge seiner richterlichen Tätigkeit die Friedensgelder bezog. Dem sollte ein Ende gemacht werden, und zu diesem Zwecke mußte die ganze Grundherrschaft aus dem öffentlichen Verbande gelöst und die bisherigen öffentlich-rechtlichen Befugnisse zu privaten Berechtigungen umgeprägt werden. So hat schon in der merowingischen Zeit „die Immunität sich weit genug über das hinaus ausgedehnt, was als ihr Ursprung angesehen werden muß. Aus einer Freiheit von Abgaben und Leistungen ist sie zu einem Inbegriff von Hoheitsrechten für die Besitzer geworden“ (G. Waitz).

Karl der Große machte allerdings den Versuch, das völlige Herausgleiten der Immunitätsherrschaften aus dem

Staatsverband zu verhindern, indem er drei öffentliche Leistungen für die Immunität nicht aufgab: nämlich Heerdienst, Wachtdienst und Hilfe beim Brückenbau; darauf also sollte sich die verliehene Freiheit nicht erstrecken; auch einiges andere, wie Straßenbau, wird gelegentlich ausgenommen; ebenso werden die Jahrgeschenke an den König aufrechterhalten.

Aber Karl selber durchlöcherte schon dieses Prinzip, und noch mehr geschah es von seinen Nachkommen.

Man erließ nach und nach die öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen, hatte man doch die wichtigste Staatsfunktion gleich von Anfang und definitiv aus der Hand gegeben: die Gerichtsgewalt; „eben dies aber gab am meisten solchen mit Immunität ausgestatteten Besitzungen den Charakter besonderer, von dem übrigen Körper des Reiches abgetrennter Gebiete oder Herrschaften“.

Damit nämlich hat die villa ihren juristischen Charakter völlig geändert; jede Tätigkeit der *agentes publici* ist nunmehr ausgeschaltet, die Immunität völlig unabhängig von der öffentlichen Gewalt. Alle die subtilen Unterscheidungen von älterer und jüngerer, von engerer und weiterer Immunität, sie enthalten den bloßen Gradmesser dafür, ob es der betreffenden Grundherrschaft gelungen ist, die völlige Immunität zu erlangen, oder ob sie infolge irgendwelcher höherer Einflüsse oder ihrer eigenen Unbedeutendheit sich mit weniger begnügen mußte.

Die Tendenz einer jeden geht nämlich dahin, selber einen *pagus* zu bilden, ihr Gebiet samt seinen Bewohnern aus dem Grafschaftsverband loszulösen und gewissermaßen einen privaten Staatsbezirk darzustellen. Das ist das Bestreben der Großen des fränkischen Staates und einer jeden Kirche; und die Karolinger verleugnen ihre Herkunft nicht: sie führen als Könige durch, was sie als Optimaten erstrebten, haben sie doch in ihrer Herrscherstellung am

meisten Gelegenheit, solchem Bestreben bis zum äußersten nachzugehen. Der Beweis dafür ist das capitulare de villis.

Mit dessen Durchführung war das exemte Königsgut jeder Einwirkung von seiten der ordentlichen öffentlichen Richter, war dem öffentlichen Recht überhaupt entzogen. Es diente freilich weiterhin wenigstens mittelbar dem Staatsleben, da es sich in der Hand des Königs befand. Nur war nunmehr der Gegensatz zwischen Privatbesitz des Herrschers und öffentlich-rechtlichen Emolumenten — und daran krankte das deutsche Kaisertum während seines ganzen Bestehens — verwischt. Jedoch indirekt, wie schon angedeutet, dienten die königlichen villae dem öffentlichen Leben, da ihr Besitzer ihren Ertrag im Staatsinteresse verwandte.

Doch ein ganz anderes Gesicht gewann das gleiche Bestreben, wenn andere Personen ihm nachgingen, wenn sie dasselbe erreichen wollten, was der König für sich und das Krongut durchgeführt; denn bei einem etwaigen Gelingen war die betreffende Herrschaft aus dem Staatsverband losgerissen.

Und dem König folgten die Standesgenossen der Karolinger, die Großen des Reichs nach. Vor allem die Grafen waren es, die sich bestrebten, ihren Amtssprengel zur Großgrundherrschaft umzugestalten. Ansässig waren sie ja daselbst, denn unter Chlothar II. war die Bestimmung getroffen worden, daß keiner als Richter in einem fremden Gau oder Ort bestellt werden dürfe, damit er, wenn er sich in irgendeiner Sache verfehle, aus seinem Eigentum Entschädigung leiste. Diesen Umstand benützten die Grafen, die ihnen anvertraute Macht zu mißbrauchen und die Freien ihres Gaus zur Fronarbeit auf ihrem Eigentum heranzuziehen.

Dagegen ging jedoch Karl der Große mit Energie vor. Es ward festgesetzt, daß die Freien weder den Grafen noch deren Stellvertretern Gehorsam leisten sollten, wenn diese sie zu Feldarbeiten oder ähnlichen Diensten und zu Prästationen von Abgaben zwingen wollten. Nur zu den

Fron den des öffentlichen Rechts, Straßen- oder Brückenbau, Beherbergung von Gesandtschaften und dergl., waren die Freien verpflichtet.

Insbesondere die Kirche wehrte sich lebhaft dagegen, daß man ihre Leute zu dergleichen zwingt, wie es die iuniores der Grafen oder andere Diener der Staats, auch mächtige Vasallen der Grafen sich erdreistet hätten; denn dadurch würden die Leute dermaßen bedrückt, daß sie ihren Herrschaften davonliefen und die Ländereien dann öde dalägen. Gegen die öffentlichen Fron den sträubte sich die Kirche noch nicht, obwohl auch da die genauen Bestimmungen, in denen ihre Pflicht normiert wird, darauf hindeuten, daß sie sich von diesen Lasten zu emanzipieren strebte.

Denn gerade die Kirche, die ja schon so große Freiheiten auf ihrem weiten, weiten Besitz erlangt hatte, sie war es, die jede sich bietende Gelegenheit begierig aufgriff, für ihr Eigentum dieselben Rechte durchgehends zu erlangen, die der König für seine villae festgesetzt.

Was nämlich von den Großen des Reichs zu sagen ist, das gilt a fortiori von den Kirchen, den Instituten der katholischen Kirche. Diese war es vornehmlich, die als Trägerin der antiken Tradition die Großgrundherrschaft wieder in Blüte gebracht, bzw. erhalten hatte. Sie konnte das um so mehr und war — vice versa — um so mehr dazu veranlaßt, als sich ihr Besitz in ganz enormem Maße entwickelt hatte.

Sie brauchte für die sich stetig mehrende Zahl der Kleriker, Mönche und Nonnen auch weiten Grundbesitz, und so finden wir solchen im Eigentum der einzelnen Anstalten. So besaß beispielsweise das Kloster St. Vandrille — um 650 gestiftet — in der ersten Hälfte des VIII. Jahrhunderts gegen 7000 Mansen; St. Germain-des-Près bei Paris um 800 etwa 8000 Mansen. Infolge der Art des Erwerbs — nämlich in der Hauptsache erlangten die Kirchen und Klöster durch

Schenkungen und Vermächtnisse ihren Besitz — erstreckten sich diese Besitzungen bei manchen über das ganze Reich; so verfügte St. Martin in Tours über welche in den drei Teilreichen; das Eifelkloster Prüm hatte Eigentum selbst in der Bretagne, und das von St. Denis reichte gar bis nach England hinüber.

Allerdings war die Kirche einmal gehörig geschröpft worden, nämlich von Karl Martell bei seinem Kampfe gegen die Araber; für diese Zeit konstatiert H. Brunner, daß kirchlicher Grundbesitz die ökonomische Grundlage des fränkischen Heereswesens gebildet habe. Da die Muhammedaner nicht nur den Staat, sondern vor allem die katholische Kirche selber bedrohten, hatte diese sich das zunächst gefallen lassen. Doch kaum war jener Karl tot, da holte sie sich wieder, was sich irgend beibringen ließ. Und daß sie großen Erfolg hatte, dafür sind nicht nur die beiden Synoden von Estinnes und Soissons ein Beweis, sondern mehr noch ihr Besitz und ihre Machtstellung in der Folgezeit.

Wennschon im einzelnen Abweichungen vorkommen mochten, im großen und ganzen haben die geistlichen wie die weltlichen Großen für ihre Besitzungen die Institutionen des capitulare de villis durchgeführt: Frankreich zerfällt bald in eine Anzahl Großgrundherrschaften, die allmählich alles Staatliche aufsaugen. Und das ganze spätere Mittelalter steht im Zeichen dieser Entwicklung — in peius —, die man vom Standpunkt einer reinlichen Scheidung von öffentlichem und privatem Recht, vor allem eines gutgeordneten starken Staatswesens nur beklagen kann.

Es ist eine fable convenue, daß das frühere Mittelalter einen Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Recht nicht gekannt habe. Diese Ansicht hat ihren Grund darin, daß im Verlauf der Entwicklung die Großgrundherrschaft jene Bedeutung gewann.

Man hält es teilweise sogar für bedenklich, „öffentliche Dienste und ein grundherrliches Arbeitssystem einander

gegenüberzustellen“. Demgegenüber braucht nur auf die Heeres- und Gerichtsverfassung hingewiesen zu werden, und das Gegenteil tritt klar zutage. Dasselbe gilt für den öffentlichen Brückenbau, der unter Königsbann vorgenommen, und zu dem auch die Kirche zugezogen wird, und von ähnlichen Werken. Von dem öffentlichrechtlichen Charakter der Markgenossenschaft war schon die Rede. Auch das Münzwesen, der Markt und sein Verkehr, die Zollerhebung — wir werden später noch genugsam darauf eingehen —, es sind das alles Materien, die der staatlichen Regelung unterliegen, die freilich mehr und mehr dem Staate entzogen und schließlich ganz zu privaten Berechtigungen gestempelt werden.

Wir haben hier die Wirkung und müssen uns nach der Hauptursache umsehen. Das war die Kirche und ihre Verfassung. Der Segen, den das Christentum über die Germanen ausgoß, er wurde durch die Kirche ganz wesentlich abgeschwächt. Und seltsam, gerade die Kirche, die so gerne für den inneren Frieden, auch für den äußeren tätig war, sie tat alles, die den Frieden am besten verbürgende starke Staatsgewalt zu schwächen, teilweise ganz auszuschalten; sie stärkte dagegen die zentrifugalen Elemente, deren mächtigstes sie selber darstellte. Die Kirche will völlig exempt von der öffentlichen Gewalt, diese soll ihr aber zu Diensten sein, wenn sie ihres starken Armes bedarf: das ist das Ziel der staatsähnlich organisierten katholischen Kirche.

Die Immunität, ursprünglich als ein Schutz für die Schwachen gedacht, weshalb eine Verletzung derselben mit 600 Schillingen gebüßt wird, sie wird dahin korrumpiert, daß schließlich jede öffentliche Tätigkeit auf dem Immunitätsgebiet ausgeschaltet, jede Einwirkung der öffentlichen Beamten auf die Immunitätsleute verboten wird. Ueber ihre Zugehörigen, die Kleriker, urteilt ohnedies die Kirche allein — ein Prinzip, nach dem sich die zersetzende

feudale Gerichtsbarkeit über die Standesgenossen bildete. Dasselbe beansprucht sie auch hinsichtlich ihrer Hinterlassenschaft, der Kirchenhörigen, und sie erlangt es. Ja, sie will schließlich Delikte, wie Inzest, Verwandtenmord, Zinswucher, Meineid und die ganze Ehegerichtsbarkeit dem Staate überhaupt entziehen und vor das geistliche Forum bringen. Auch das hat sie dem geschwächten Staate später abgerungen.

Auf diese Weise ist es der Kirche gelungen, den Staat zu zersetzen. Schritt nach Schritt drängt sie den Staat aus ihrem Machtbereich heraus, und ein Hoheitsrecht nach dem andern entzieht sie ihm. Alles, was Emolumente abwirft, wird in den Privatbesitz überführt. Die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Recht, wofür die geistlichen Herren kein Verständnis besaßen, weil sie nur das Interesse der Kirche im Auge hatten, sie werden so gründlich durcheinander gebracht, daß sie bald nicht mehr zu erkennen sind. Das frühmittelalterliche Staatsleben, an sich kräftig, es wird auf diese Weise unterwühlt und bricht in allen Staaten der Christenheit, auch in dem führenden, dem Deutschen Reiche, zusammen.

Am schlimmsten erging es dabei den Freibauern. Der kleine freie Grundbesitz verschwand in Frankreich völlig, trotz der Vorsorge, die ihm Karl der Große zeitweise dadurch angedeihen ließ, daß er die öffentlichen Verpflichtungen der kleinen Freien wesentlich erleichterte.

Die Immunität war ein verführerisches Lockmittel für diese; sie fingen sich in ihrem Garn, sie flüchteten sich darunter, um den Lasten des öffentlichen Rechts zu entgehen, büßten freilich damit auch ihre Unabhängigkeit ein, minderten ihre status. Ja, es kam vor, daß sie mit ihren Leistungen gegen den Staat einer Kirche überwiesen wurden und somit in deren Hörigkeit gerieten, und zwar durch den König selber. Kein Wunder, daß die Stifter ihre Immunität endlich

auch auf die erstreckten, die in der Nachbarschaft wohnten, ohne sich um ihren Einspruch weiter zu kümmern.

Aber, so könnte man einwerfen, es gab doch schon früh eine Art der Landleihe, die den Freien in seiner öffentlichen Stellung nicht minderte, das *beneficium* nämlich; und andere Leihen konnten Freie ebenfalls ohne irgendwelche Verschlechterung ihres status empfangen.

Die Benefizialleihe wurde in der Tat im weitesten Umfange verwendet. So erhielten die Beamten für ihre Dienste, wenn die aus ihrem Amte fließenden Emolumente nicht ausreichend erschienen, zur Ablohnung ihrer Tätigkeit Benefizien angewiesen, für die naturalwirtschaftliche Periode dasselbe, was die Bezahlung im Zeitalter der Geldwirtschaft ist.

Doch das war nur ein Surrogat des Eigentums, das dieses selber nicht zu ersetzen vermochte. Das wird klar erwiesen einmal dadurch, daß man es der Herrschaft zu entfremden und in echtes Eigentum zu verwandeln strebte. Weiter aber war es nicht als Erbe anerkannt. Wer also nur Benefizialgut besaß, der hatte seine volle ökonomische und damit auch politische Selbständigkeit nicht mehr inne.

Der Unterschied zwischen Lehngut und echtem Grundeigen, dem Erbe, wurde das ganze Mittelalter hindurch gemacht, ja reichte bis in das XIX. Jahrhundert sogar herein. Wenn auch das spätere Mittelalter, der veränderten Wirtschaftsweise entsprechend, andere Rechtsgrundsätze darüber aufstellte, für das frühere hatte der Gegensatz seine volle Bedeutung. Die Abhängigkeit in ökonomischer Hinsicht bot die Möglichkeit, einen abhängig gewordenen Freien seines Standes überhaupt zu entkleiden oder doch wenigstens die Kinder unfrei zu machen.

Auf solchen Prämissen bildete sich das Lehnswesen, der vielerörterte Feudalismus aus; „es erscheint die Grundherrlichkeit, bestätigt H. Brunner, als einer der Grundsteine, auf welchen der Lehnstaat sich aufbaute“.

Die Durchbildung desselben vollzog sich ganz allmählich, indem die Abhängigkeit vom Lehnsherrn immer strenger durchgeführt wurde. Ein Zwangsverhältnis war das Seniorat ja von Anfang an, das zutage trat, sobald die homines, darunter also auch die zu Hintersassen gewordenen Freien, mit der Staatsgewalt oder unabhängigen Freien in Berührung kamen. Der Senior wurde für Gesetzesübertretungen seiner homines verbindlich gemacht; er hatte die Vasallen — bezeichnenderweise von vassus, d. i. Knecht, abgeleitet — vor Gericht zunächst nicht gerade zu vertreten, mußte sie aber, wenn offiziell darum angegangen, doch stellen; nur mit seiner Vermittlung konnte ein homo von ihm durch die ordentlichen Richter oder durch andere Freie vor Gericht gezogen werden.

Dabei war die Abhängigkeit der Freien vom Senior ursprünglich ein rein dingliches Verhältnis, „es war dadurch also die persönliche Freiheit in ihrem wesentlichsten Recht, der Freizügigkeit, nicht beeinträchtigt“ (P. Roth).

Dem ward jedoch ein Ende bereitet: es trat zur dinglichen Verpflichtung wegen des dem freien Hintersassen überlassenen Gutes die persönliche gegen den Senior; damit büßte jener für die Lebenszeit des Seniors die Freizügigkeit ein. Der Grund war, daß eben immer mehr kleine Freie in das Vasallenverhältnis eintreten mußten, weil sie den zur wirtschaftlichen Existenz nötigen Grundbesitz nicht hatten und ihnen der betr. Senior immer schärfere Bedingungen — gerade infolge ihrer Notlage — auferlegen konnte, auch dem Vorbild, das die Kirche mit ihren Hörigen gab, von den weltlichen Großen eifrig nachgestrebt wurde.

Es hatte das die Folge, daß der bislang Volfreie auf die Stufe der Hörigkeit hinabgedrückt wurde. Er war nunmehr nicht bloß unfreien Besitzes, sondern auch geminderten Standes, selbst wenn er außerdem noch echtes Eigen besaß; „die staatliche Gleichberechtigung war das erste, was dem ausgebildeten Seniorat als Opfer fiel“.

Ein Senior erhebt sich nunmehr natürlich über seine *homines*, aber ebenso über alle unabhängigen Freien ohne Gefolgschaft. Das Seniorat ward um die Mitte des IX. Jahrhunderts zur voll anerkannten Institution. Der Besitzer der betr. Herrschaft war nunmehr Senior aller seiner Hinterlassen, der ehemals Freien wie der von Geburt Unfreien; die ersteren hatten ihre Vollfreiheit dabei eingebüßt; aber auch die schlichten Vollfreien waren den Seniores gegenüber gemindert.

In Frankreich wird der Rechtssatz: „*nulle terre sans seigneur*“ bis zur letzten Konsequenz durchgeführt. Der König wird bezeichnet als der Eigentümer des ganzen Landes, das wie ein Seniorat eingerichtet ist. Unter — eigentlich mehr neben — ihm stehen die großen Vasallen, die ihm durch Lehnseid verbunden sind. Allzusehr erhebt sich der König nicht über sie; denn einmal können sie auf ihrem Eigentum schalten und walten, wie sie wollen, ohne daß der König ihnen etwas dreinzureden hatte; und dann ist der König auch nur ein Großgrundherr, nur *primus inter pares*, wenschon er den größten Besitz hat.

Der ganze Staat ist also in Seniorate, in Großgrundherrschaften aufgelöst; nur durch die Lehnverbindung zwischen König und den großen Vasallen wird er noch aufrecht erhalten; das ist der dünne Faden, der das Staatsgefüge umschließt, das das schmale Band, welches den gelockerten Staat noch zusammenhält: wenn der König zum Kriege aufruft, sind ihm die Seniores zur Heeresfolge verbunden; alle anderen staatlichen Befugnisse sind auf diese, und zwar als private Berechtigungen übergegangen.

Nur in dieser laxen Ausprägung hatte der französische Staat die eine Hauptgrundlage seines Wesens, die Heereshoheit zu bewahren vermocht. Dem mußte sich deshalb auch die Kirche fügen. Während im VI. Jahrhundert zwei Geistliche, die zu verschiedenen Kriegsfahrten mitgezogen waren, auf einer Synode abgesetzt wurden und sich im

ganzen VII. Jahrhundert Kleriker als Teilnehmer an Feldzügen nicht nachweisen lassen, man eine Beteiligung am Kriegshandwerk seitens Geistlicher für so vollkommen ausgeschlossen hielt, daß man nicht einmal ein Verbot dagegen erließ, findet sich in der Karolingerzeit eine solche Beteiligung regelmäßig. Es erschienen die Kirchenvorsteher oder ihre Beauftragten, wenn jenen ein Privilegium geworden war, das sie für ihre Person davon befreite, mit den *homines*; das Tragen von Waffen war allerdings den Geistlichen dabei untersagt.

Es kamen doch wohl die Gründe der Staatsraison für diese Regelung des Heereswesens, für diese Verpflichtung der Kirchen in Betracht. Dem Staate wäre hinsichtlich seiner Wehrfähigkeit unendlicher Abbruch geschehen, hätte er auf die Teilnahme der Geistlichen verzichtet. Denn diese waren rechtlich Senioren, und mit ihrer endgültigen Befreiung wäre die ihrer *homines* ebenfalls in die Wege geleitet gewesen. Das durfte nicht geschehen, der Staat hätte sich sonst selber aufgegeben, wenn er nicht die Heereshoheit wenigstens einigermaßen aufrecht erhalten hätte. Und so fügte sich die Geistlichkeit diesem Zwange, um nicht das Seniorat zu verlieren. Die Kleriker führten ihre *homines* wenigstens dem Heeresaufgebot zu, wenn sie auch in den eigentlichen Kämpfen nicht mitstritten.

Der Staat fuhr freilich sehr schlecht dabei; „die alte solide Grundlage, urteilt richtig P. Roth, des germanischen Königtums schwand dahin, und in der zweifelhaften Anhänglichkeit einer über das Land zerstreuten geistlichen und weltlichen Aristokratie wurde kümmerlicher Ersatz gesucht, der in jedem Notfall sich als gänzlich unzureichend erwies.“ Je größer die Lehnseigenschaft an den weltlichen und kirchlichen Zentren der Großgrundherren wurden, um so mächtiger wurde die Stellung der Senioren, und um so kraftloser das Königtum und mit ihm der Staat. Das Zeit-

alter der Feudalität ist keine Epoche blühenden Staatslebens, sondern eine Periode sinkender Staatsgewalt.

Diese mehr für den Angriffskrieg geschaffene Form, denn ihr technischer Grund war, wie schon K. W. Nitsch betont, H. Brunner geklärt hat, die Notwendigkeit von Reiterheeren, sie blieb auch für die Landesverteidigung. Sehr zum Nachteil für die Vasallen, soweit sie ursprünglich Vollfreie gewesen waren. Ganz wie die von Geburt Unfreien, die sich dem Reiterdienste widmeten, wurden auch sie behandelt. Sie waren insgesamt — staatsrechtlich betrachtet — nicht mehr vollgültige Staatsbürger, sondern unterstanden dem Gebot und Gericht des Seniors, von dem sie ökonomisch abhängig waren. Die direkte Beziehung zum Staate war für sie gelöst.

Schlimmer noch stand es um den freien Ackerbauer, den man bei diesem System als Kämpfer und Krieger überhaupt nicht brauchte, und der infolgedessen besonders seinen öffentlich-rechtlichen status verlor, in vollständige Abhängigkeit geriet.

Ursprünglich war der Heerdienst eine persönliche, jedem Freien obliegende Verpflichtung gewesen. Dadurch kamen die kleinen Freien oft in eine schlimme Lage; Karl der Große suchte abzuheffen und bestimmte die Dienstpflicht nach dem Grundbesitz; „die Reformen Karls des Großen ließen die Grundlage der fränkischen Heerverfassung, die persönliche Dienstpflicht der Freien, fortbestehen und modifizierten sie nur zugunsten derjenigen, deren Armut eine Erleichterung der drückenden Last notwendig machte.“ Doch diese war im Grunde eine recht mäßige im Vergleich zu der Verpflichtung des großen Grundeigentümers, der ursprünglich gleichfalls nur persönlich dienen mußte; weder die Kirche noch die anderen Grundherren brauchten Dienstmannschaft zu stellen.

Das war die Veranlassung, daß sie immer reicher, die freien Bauern immer ärmer wurden, zumal auf diesen noch

andere öffentliche Lasten ruhten; um diesem zu entgehen, blieb jenen schließlich nichts anderes übrig, als sich den Reichen und den Kirchen zumal zu commendieren. Die letzteren mußten nun — vice versa — für die ganze Heereslast aufkommen; sie bildeten sich ein kriegerisches Gefolge, das nur für Kriegszwecke da war, während die Ackerbauer als Hintersassen für die Bedürfnisse des Seniors und seines Gefolges zu sorgen hatten: „am Ende von Karls Regierungszeit ist der Bauer auf diese Weise unkriegerisch und abhängig geworden“ (K. W. Nitzsch). Er wurde das Lasttier der Gesellschaft, der Knecht des Staates, was um so bedrückender für ihn war, als seinen schweren Pflichten keine Rechte parallel gingen. Denn er hatte aufgehört Staatsbürger zu sein.

Dem entsprach auch die Wandlung, die mit dem Fidelitätseide vorging. Ursprünglich war er wohl bei jedem Thronwechsel von allen Freien geleistet worden. Karl der Große sah streng darauf, daß möglichst alle, soweit sie das zwölfte Lebensjahr überschritten hatten, vereidigt wurden. Bei längerer Regierungszeit kam es vor, daß viele nachwuchsen; diese sollten von den missi nachträglich in Pflicht genommen werden.

Was dabei die abhängigen Freien betrifft, so galt der durch ihren Senior dem König geleistete Eid als für sie mitgeschworen. Es war indes nicht ausgeschlossen, daß die homines, soweit sie Freie waren, dem König ebenfalls den Treueid prästierten; sie wurden auch später sogar ausdrücklich noch für den König bzw. Kaiser in Pflicht genommen. Freilich, je mehr das Seniorat sich stabilisierte, um so mehr kam dies ab. Schließlich bestand nur noch die Pflicht gegen den Senior, die alle anderen, alle öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen konsumiert hatte.

Und in gleicher Stellung befinden sich die Senioren dem Könige gegenüber; „feudal law — ist richtig konstatiert worden — had given a proprietary character to political

power, had blended the conception of a sovereign with the conception of a landowner, and had confused a kingdom with an estate.“

Erst die Juristen der beginnenden Neuzeit schieden wieder die Lehnspflicht von der Untertanschaft dahin, „daß die Gehorsamspflicht — auf Grund jener — nicht eine einseitige, unbedingte, persönliche, sondern gegen Empfang des Lehngutes auferlegte, daher von dem Besitz desselben abhängige und mit seiner Aufgabe erledigte dingliche Pflicht war“. Die erstarkende Staatsgewalt mußte notgedrungen diese reinliche Scheidung durchführen; dabei ist es äußerst bezeichnend, daß deutsche Publizisten, z. B. von Haller, noch im Beginn des XIX. Jahrhunderts sämtliche staatlichen Verhältnisse privatrechtlich zu konstruieren versuchten, bezeichnend nämlich für das deutsche Staatsleben; freilich die Grundlage der Reichsgewalt vermochte man damit nicht zu erklären.

Hat der Staat, was also zunächst Frankreich anlangt, die eine Seite seiner Gewalt, die Heereshoheit, wenschon in solch prekärer Ausgestaltung zu bewahren vermocht, vornehmlich weil die Kirche hierin seine Funktionen zu übernehmen nicht imstande war, so ist ihm die andere, die Gerichtshoheit, völlig entzogen worden. Nur der König behielt insofern eine Ausnahmestellung, als in den Rechtsstreiten, in denen er selber Partei war, die Sache vor sein eigenes Gericht kam. Sonst war alles einheitlich geordnet, allerdings nicht so, wie es für ein geordnetes Staatswesen, für einen starken Staat unbedingt erforderlich ist: die Gerichtsbarkeit galt nämlich als Privatbesitz; die Gerichtsgewalt konnte veräußert, verpfändet werden; an ihr war eine Gewere möglich, sie war Sache des Privatrechtsverkehrs, eine unkörperliche Immobilie, wie man sie treffend genannt hat. Dahin hatte es die Kirche gebracht mit ihrer Tendenz, sich von der Staatsgewalt zu emanzipieren.

Aehnlich gestalteten sich die Verhältnisse in Deutsch-

land. „Des confins de la Pologne,“ führt A. de Tocqueville aus, „à la mer d'Irlande, la seigneurie, la cour du seigneur, le fief, la censive, les services à rendre, les droits féodaux, les corporations, tout se ressemble. Quelquefois les noms sont les mêmes, et ce qui est plus remarquable encore, un seul esprit anime toutes ces institutions analogues.“ Aber doch weist die deutsche Entwicklung ganz eigenartige Züge auf.

Die Zerspaltung des Frankenreichs war für den östlichen Teil ein Segen. Denn sonst wären hier dieselben Institutionen eingedrungen, wie sie sich im Westen ausgebildet, vermöge dessen Vorausgeeiltsein in kultureller Hinsicht. So aber konnte sich Deutschland anders und mehr seiner Beschaffenheit und der Charakteranlage seiner Bewohner entsprechend entwickeln.

Freilich die eine so wichtige Institution blieb den beiden Teilreichen gemeinsam: die Kirche; und sie war es, die auch den deutschen Staat in seinem innersten Wesen angriff. War sie hier anfänglich „arm, anspruchslos, reine Kulturanstalt, recht eigentlich eine Schöpfung der Pippiniden“, so änderte sich das bald. Noch unter Karl, dann besonders unter seinen Abkömmlingen in der östlichen Reichshälfte vermehrten sich die kirchlichen Besitzungen in einer Weise, daß man nur in der Vergrößerung des Kirchengutes, wie sie während der späteren Merowingerzeit in Franzien erfolgte, ein gleiches Beispiel dafür hat. Rapid, schier unaufhaltsam ging die Vergrößerung vor sich.

Die Kirche nun hatte hier dieselbe Hierarchie und die gleichen Institutionen wie im Westen, vornehmlich infolge des rücksichtslosen Vorgehens des Bonifatius; so bestrebte sie sich bald, ganz wie dort auch in Deutschland eine mächtige und möglichst unabhängige Stellung zu erlangen.

Zunächst hatten hier die Klöster die führende Stellung, da sie wie die Markgenossenschaften zu Neuordnungen vorschritten, aber auch sonst ihren Besitz zu vermehren ver-

standen. Dieser wurde geschieden in den für den Eigenbedarf des Klosters und seiner Insassen bestimmten Teil und einen andern, den der Abt verlehnte; an Lehnleuten war kein Mangel; vor allem „der adlige Ostfranke drängte sich in die Lehnsmannschaft dieser reichen Gutswirtschaften; er schenkte in nicht seltenen Fällen das, was er dem Walde abgerodet hatte, der Kirche, um ihr die Nutzung seiner Rodung zu überlassen“ (K. W. Nitzsch).

Die Macht der Aebte wurde von den Bischöfen in der nächsten Zeit nicht übertroffen. Erst unter den Ottonen änderte sich dies infolge der Politik des ersten Otto, der sich gegen die andrängende Laienaristokratie auf die Bischöfe zu stützen suchte. Der Verlauf der deutschen Geschichte hat diese Politik als verfehlt, als durchaus gefährlich für das Staatsdasein erwiesen. Unter Otto I., der die Kirche so fest in seiner Hand hielt, mochte es gehen; da diese aber ihren Vorteil so äußerst geschickt, mit der ihren Angehörigen eigenen Skrupellosigkeit in weltlichen Dingen verfolgte, so mußte sie bald eine dem Staate äußerst gefährliche Macht werden.

Die Ottonen waren ein frommes Geschlecht; besonders die weiblichen Mitglieder des sächsischen Kaiserhauses konnten sich gar nicht genug tun an Zuwendungen für die Kirche, an Gründungen von Klöstern; ja sie traten am liebsten selber in diese ein. Das wirkte natürlich auf die Männer zurück, die direkt auf Veranlassung der weiblichen Anverwandten ihre großen Schenkungen machten. So beschritten die Nachfolger Ottos I. gerne den Weg, den dieser — aus vermeintlicher Staatsraison — eingeschlagen hatte. Und nun vermochten es die Bischöfe, den Grund zu ihrer späteren Machtentfaltung zu legen.

Sie waren dazu gar nicht so schlecht vorbereitet. Entsprechend ihrer Stellung in der Hierarchie der katholischen Kirche war für sie auf den Konzilien von Laodicäa und Sardica bestimmt worden, daß man nicht in kleinen Dörfern oder

gar auf bloßem Ackerland Bischöfe einsetzen dürfe. Das befolgte man im Frankenreich wörtlich und hatte den Bischöfen als Sitz die noch aus der Römerzeit her bestehenden *civitates*, die größeren Ortschaften also angewiesen, in denen allerdings alles städtische Wesen abgestorben war, die indes umschant waren und von einer beträchtlichen Anzahl von Menschen bewohnt wurden. Man normierte geradezu in den Capitularien, daß Bischöfe in den einzelnen *civitates* sein sollten, und daß in einer *civitas* nicht zwei Bischöfe sein dürften, eine Bestimmung, die auch in das kanonische Recht überging (c. 14. X. de off. iud. (1, 31): *Prohibemus autem omnino, ne una eademque civitas sive dioecesis diversos pontifices habeat, tamquam unum corpus diversa capita quasi monstrum*).

So wird vom *pontifex civitatis* gesprochen; die *civitas* ist Sitz des Bischofs und steht in engster Verbindung mit ihm, heißt darum *civitas episcopi*, wie umgekehrt der Bischof nach seinem Sitz genannt wird.

Aber es findet sich auch ein *comes civitatis*; und wie der Bischof, soll auch der Graf in den einzelnen *civitates* den *missus* bei der Auswahl der Leute unterstützen, denen die Ausbesserung der Brücken obliegt.

Doch so eng, wie der Bischof, ist der Graf mit der *civitas* nicht verknüpft; nur kommt es vor, daß die *civitas* einen *pagus* bildet, was aber durchaus nicht durchgehends der Fall ist. Doch befindet sich wohl regelmäßig in ihr eine Gerichtsstätte, an der der Graf das ordentliche Thing abhält. Wird sie dann so groß, daß sie einen eigenen *pagus* bilden kann, dann richtet man die *civitas* als solchen ein; und dann wird der Graf *comes civitatis* genannt. Das geschieht im Laufe der Entwicklung immer häufiger, denn die *civitas* wird Sitz des aufkommenden Handelswesens und des Marktverkehrs.

Wie in Frankreich residierten in Deutschland die Bischöfe ebenfalls in den *civitates*, die ihnen noch vor der Reichs-

teilung zugewiesen worden waren; und wie ihre französischen Amtsgenossen bauten auch sie die Verfassung ihrer civitates aus: sie führten die Villenverfassung ebenso durch, wie es dort geschah, und zwar mit Mitteln, die im Lichte selbst frühmittelalterlicher Moralbegriffe als nichtswürdig erscheinen, zumal man es doch gerade mit den Trägern der Moral zu tun hat.

Es wurde unglaublich gefälscht. Die Kleriker benutzten den Umstand, daß das ganze Urkundenwesen in ihrer Hand lag, dazu, für sich herauszuschlagen, was sich irgend mit falschen Diplomen erreichen ließ.

Ganz hervorragend — cum grano salis — steht Worms in dieser Beziehung da.

Wir wollen hier nicht auf die Einzelheiten eingehen; es mag genug sein, wenn wir konstatieren, daß eine ganze Anzahl von Fälschungen zusammenkam. In dieser Art lag Methode, das muß man anerkennen; und die Früchte solchen Vorgehens erntete die Wormser Kirche unter den Nachfolgern Ottos I.; die Aussaat war herangereift und konnte bequem in die Scheuer gebracht werden. Entweder nämlich machte der Bischof auf Grund der erwähnten Fälschungen seine Rechte geltend, oder, wenn er auf Widerstand stieß, ließ er sich seine gefälschten Diplome vom Kaiser zusammenfassend bestätigen und ging dann, mit dem Schein des Rechts umgeben, vor. Fehlte noch etwas, das man vielleicht früher übersehen, oder an das man sich doch nicht herangewagt, so ließ man es sich gelegentlich noch dazu schenken; man erleichterte das, indem man wieder gefälschte Urkunden über eine Schenkung aus älterer Zeit vorlegte.

Daß die dadurch erlangte Machtstellung des Wormser Bischofs für die damalige Zeit nicht etwas schlechthin Gewöhnliches war, dafür zeugt, daß der Graf, also der ordentliche Richter, seine Funktionen weiter ausübte, trotz aller kaiserlichen Privilegien.

Beim Kaiser Heinrich II. beklagte sich nämlich Burchard,

Bischof von Worms, zugleich im Namen aller Priester und Aebte dieses Gaus, daß, wer immer aus der familia des Diebstahls, Zweikampfs oder einer ähnlichen Sache für schuldig befunden würde, möge sie nun schwer oder leicht sein, stets dem Grafen sechzig Schillinge büßen müßte. Er legte dann dem Kaiser alle die gefälschten Diplome vor, und auf Grund derselben entschied der letztere, jener solle das Eigentum seiner Kirche in Ruhe besitzen, und die Grafen sollten sich fürderhin nicht erdreisten, der familia ein Unrecht oder eine Unbilligkeit zuzufügen. Weiter ordnete der Kaiser an, wenn einer aus der familia eins von den genannten Verbrechen begangen hätte, solle er zu Händen des Bischofs an dessen Vogt die Buße zahlen; gerate er außerhalb der familia mit einem Fremden in Streit, solle der Vogt dem Grafen für ihn Rechenschaft geben; und wenn er einem Vollfreien ein Unrecht zugefügt, mit ihm gekämpft, oder wenn er außerhalb der familia einen Raub begangen, solle der Vogt in derselben Weise für ihn eintreten; hat jener aus umzäuntem Grundstück dabei etwas gestohlen, soll er das zurückgeben und überdies fünf Schillinge bezahlen; wenn außerhalb eines solchen, soll er es mit einer Unze büßen; jedenfalls dürfe die Wette nie mehr als fünf Schillinge betragen.

Die Grafen sollten keine Gewalt mehr über die familia haben, außer wenn einer im gesetzlichen Thing durch Urteil der Schöffen und den Eid Freier überführt würde, daß er gestohlen habe; würde einer bei handhafter Tat als Dieb ergriffen, solle er im Gewahrsam der Grafen gehalten werden, bis er durch Schöffenspruch im Thing abgeurteilt werden könne. Die Buße von sechzig Schillingen, die bislang mit Unrecht von den Grafen auferlegt worden sei, wird nur noch für die civitates publicae, also nicht für die der Bischöfe aufrecht erhalten.

Es handelt sich hierbei, wohlgemerkt, um die Altfreien, die in die familia des Bischofs eingetreten waren, bezw.

innerhalb derselben standen. Auch diesen gegenüber wurde also die Kompetenz der Grafen beträchtlich eingeschränkt; nur in gewissen Ausnahmefällen durften sie noch vor das ordentliche Gericht gezogen werden; und die Buße von sechzig Schillingen wird dabei ganz abgeschafft, damit nicht auf diese Weise zuviel vom Gute des Bischofs verloren gehe; denn ihm gehörte ja der ganze Besitz der familia.

Daß das wieder ein außerordentlicher Erfolg in dem Bestreben des Wormser Bischofs, das wir genügend charakterisiert haben, gewesen ist, dürfte ohne weiteres klar sein. Auf diese Weise nämlich kam das ganze Wormser Gebiet samt den darauf Angewesenen in den Besitz des Bischofs, und Burchard führte für dasselbe die Villenverfassung durch: er erließ das berühmte, sogenannte Hofrecht, für das man etwa das Jahr 1024 ansetzt.

Der Bischof war zu einer Neuregelung der Verhältnisse gezwungen, denn die Exemption aus dem Gerichtssprengel des Grafen hatte, wie aus der Einleitung der „*lex familiae Wormatiensis ecclesiae*“ hervorgeht, sehr zum Verfall der Sicherheit der Bewohner dieses Gebietes beigetragen. Darum ordnete der Bischof die rechtlichen Verhältnisse mit Zurateziehung des Klerus, der milites und der ganzen familia.

Also bloß die Kategorien von Leuten finden sich hier, die sich auf den geistlichen Großgrundherrschaften Frankreichs auch nur antreffen lassen: Kleriker; milites, d. h. vom Bischof belehnte Adlige, die ihm untergeben sind; und die familia, die Hintersassenschaft, wie man sie auf deutsch benennen kann. Ueber diese alle und über sein Landgebiet verfügt der Bischof; er ist der Senior, wie es wörtlich heißt, der auf seinem Gebiet ansässigen Leute.

Denn eine fundamentale Aenderung wird durch die *lex Burchards* durchgeführt, bzw. statuiert, ganz nach dem Vorbilde der Zustände in Frankreich: etwaige Freie, die im Wormser Gebiet ansässig waren, sie werden zu Fiskalinen, *fiscilini homines*, und werden mit Hörigen und Frei-

gelassenen zu der einen Klasse der Grundholden, der Fiskalinen eben, zusammengeschlossen. Jedwede Altfreiheit wird ausgemerzt oder unterdrückt, auch einfach geleugnet. Der Bischof ist Senior, damit Obereigentümer des Grund und Bodens; die darauf Ansässigen bilden seine familia.

Freie kennt gewiß die lex, aber nur außerhalb des bischöflichen Gebiets und Machtbereichs. Das tritt klar hervor in der Vorschrift über Erwerbungen eines Fiskalinen von einem Freien. Wenn nämlich einer aus der familia ein Grundstück oder einen Sklaven von einem freien Manne — solche gab es also hier — gekauft oder sich auf andere Weise erworben hatte, so durfte er darüber nicht nach freiem Ermessen verfügen; nicht einmal mit Zustimmung des Vogtes durfte er das Erworbene wieder veräußern, sondern nur gegen ein anderes austauschen oder es innerhalb der familia an einen Genossen verkaufen. Gut also, das einmal der villa des Bischofs zugeführt worden ist, darf ihr nicht wieder abhanden kommen; der Fiskaline, der es erworben, kann nicht frei darüber verfügen — es sei denn innerhalb der familia, aber das ist landrechtlich irrelevant —, er hat kein freies Eigentum mehr, und damit ist er selber hörig.

Die Verhältnisse liegen hier nicht im mindesten anders als in Frankreich zur Zeit Karls des Kahlen. Denn eine Bestimmung des Edikts von Pistis regelt eine Veräußerung des Grund und Bodens in derselben Weise wie unsere lex, nur daß dort mit Erlaubnis des magister ein Verkauf geschehen darf; das würde in unserem Falle einer solchen seitens des Vogtes oder besser des Meiers, des villicus, entsprechen. Das behält sich aber der Bischof für sich vor, wie er ja überhaupt souverän über Land und Leute verfügt und Gesetze für beides gibt, denen kein Vogt, Vizedom oder Ministeriale, noch sonst eine andere in der Gerichtsbarkeit tätige Person ein Neues im eigenen Namen hinzufügen darf; denn der Bischof regelt damit ja sein Eigentum.

Er ordnet nun die Verhältnisse seines Gebietes, ganz als

wäre es eine Grafschaft, wie es ähnlich bereits durch das capitulare de villis für die königlichen villae durchgeführt war.

Die Stellung, die da dem iudex eingeräumt ist, wird in Worms dem advocatus, dem Vogt zugewiesen. Freilich erstreckt sich dessen Kompetenz nicht mehr über echtes Eigen, weil es solches hier nicht gibt; vielmehr wird die Rechtsprechung über strittiges Eigentum wie strittige Schuld, ebenso die Entscheidungen über versessenes Recht, sowie überhaupt die leichten Sachen, sie werden dem Niederrichter — minister, ministerialis wird er genannt nach der Stellung, die er dem Bischof gegenüber einnimmt — zugeteilt.)

Die Leute nun, die auf der Großgrundherrschaft ansässig sind, werden nun nicht zu völlig Unfreien, zu Knechten. Solche gibt es tatsächlich hier, und an deren Stellung wird zunächst durch die erwähnten Vorgänge nichts geändert: sie sind und bleiben, um ihre rechtliche Lage zu charakterisieren, Objekte des Privatrechts, diese Dagewarden, wie sie in Worms heißen. Sie werden wie Grundstücke verkauft und vererbt; verheiratet man sich mit einem oder einer solchen, so folgen, ganz wie im Landrecht, die Kinder der ärgeren Hand; und wenn einer als Dagewarde angesprochen wird, so muß er sich dagegen wahren und seine Stellung erweisen.

Abgesehen von diesen bilden alle übrigen die Klasse der Fiskalinen, der Grundhörigen. Sie leben im allgemeinen nach den Normen des Landrechts, das man in das sogenannte Hofrecht übernommen hat; dieses reproduziert, wie O. von Gierke richtig bemerkt, das ältere Landrecht innerhalb der Hofgenossenschaft; doch steht es im Belieben des Seniors, jederzeit Aenderungen daran vorzunehmen.

Von den freien Markgenossen unterscheiden sich die Fiskalinen in den zwei Hauptpunkten: einmal, daß sie kein freies Eigen mehr haben, denn das ganze Gebiet gehört dem Bischof von Worms; die Hintersassen dürfen Grundbesitz über die familia hinaus nicht veräußern — wie sich

übrigens schon bei Ansegis die Bestimmung findet: *ut nec colonus nec fiscalinus possint alicubi traditiones facere*; und weiter, daß sie ihr Recht nicht mehr im Grafengericht suchen dürfen, nicht mehr im Niedergericht des Schultheißen urteilen und streiten, sondern in dieser Hinsicht dem Vogt und dem Meier, überhaupt den Beamten des Bischofs unterstehen; deren Gerichte haben privatrechtlichen Charakter; darum beziehen der Staat bzw. seine Organe, die ordentlichen Richter, keine Emolumente daraus, sondern solche fließen nur dem Bischof und seinen Leuten oder dem Vogt zu.

Diese Fiskalinen haben demnach eine eigentümliche staatsrechtliche Stellung: innerhalb der villa sind sie frei, nach dem sogen. Hofrecht sind sie ungeminderten Standes, verkehren untereinander wie die Markgenossen unter sich; diesen aber und dem Staate gegenüber sind sie Hörige, haben sie einen niedrigeren status als die Vollfreien, denn sie gehören zum Privateigentum des Bischofs. Dadurch schon dürfte sich diese Halbfreiheit, wie K. Lamprecht diesen seltsamen Zustand genannt hat, als eine Mißbildung des öffentlichen Rechts erweisen; und es ist charakteristisch, daß in Deutschland die Kirche — Worms ist nur ein Beispiel unter vielen — diese Zersetzung der öffentlichen Institutionen in die Wege leitet und durchführt. Sie entzieht mehr und mehr dem Recht des Staates, indem sie selber ein pseudostaatliches Leben auf ihrem Besitz begründet; und sie untergräbt den weiteren Fortschritt der gesamten Kultur, indem sie den Freien ihre Eigenschaft als vollgültige Staatsgenossen entzieht, sie aus Trägern des öffentlichen Rechts zu halbfreien Grundholden disqualifiziert. Das lehrt mit erschreckender Deutlichkeit das Recht, das Burchard für die familia Wormatiensis ecclesiae erlassen hat.

Auch dieses „Hofrecht“ bedeutet wieder einen Ausgangspunkt, eine Etappe, die die anderen geistlichen Großen baldmöglichst zu erreichen streben. Alle kirchlichen An-

stalten, zumal die anderen Bistümer, wollen für sich dieselben Rechte, wie sie der Bischof von Worms festgestellt hat. Und was man vom Kaiser nicht auf redliche Weise erlangen kann, das verschafft man sich durch gefälschte Diplome — auch darin dem Vorbild nacheifernd und es sogar teilweise noch übertreffend.

Das tat vor allen anderen Würzburg, und hier war es namentlich Adalbero, der 1045 auf den bischöflichen Sitz erhoben wurde, „der ohnedies zu den hervorragendsten Streitern in dem großen Konflikte — zwischen Bischöfen und Aebten -- des Jahrhunderts zählt“. Auch in dem andern, gerade um die Mitte des XI. Jahrhunderts anhebenden Kampf der Bischöfe steht er mit an erster Stelle: die Bischöfe zielen nämlich darauf hin, völlig die weltliche Gewalt zu erlangen.

Daß Adalbero ausgezeichneten Erfolg hatte, das bezeugt Adam von Bremen, der im Jahre 1068 dahin gekommen ist und 1069 als *magister scholarum* aufgeführt wird. Er sagt, die Bremer Kirche könne als reich gelten; der Bremer Erzbischof brauche den Mainzer und Kölner nicht zu beneiden; einzig der Würzburger Bischof sei es, von dem man sage, daß er in seinem Bistum keinen als Gleichberechtigten habe, da er selber mit allen Grafschaften seiner Diözese belehnt sei; er beherrsche auch den Dukat der Provinz.

Um es diesem nachzutun, beschloß der Bremer Bischof Adalbert, der bekanntlich unter dem jungen Heinrich IV eine große Rolle spielte, alle Grafschaften, die in seiner Diözese Jurisdiktion besaßen, unter die Herrschaft der Kirche zu bringen. Und so bekam er binnen kurzer Zeit: einmal die größte Grafschaft Frieslands, den Fivelgoe; diese Grafschaft hatte der Graf Ekbert inne, gleichwohl erlangte sie jener vom Kaiser; weiter die Grafschaft des Uto, die durch die ganze Bremer Parochie zerstreut war, hauptsächlich indes zu beiden Ufern der Elbe lag, indem der Bischof dem Grafen soviel als *precarium* vom Kirchengut lieh, daß

jener tausend Pfund Silber als Einkünfte daraus bezog; für die dritte Grafschaft, Emisgoe, versprach der Erzbischof dem Herrscher tausend Pfund Silber, und weil er die Summe nicht gleich auftreiben konnte, verpfändete er ihm die kostbaren Kirchengeräte dafür.

An dieser Schilderung des Magister Adam interessiert nicht nur die Hervorkehrung des Umstandes, daß der eine Kirchenfürst dem andern nacheiferte, wenn der letztere ihm an Machtfülle vorausgegangen war, sondern vor allem die Anerkennung, daß die Stellung des Würzburger eine geradezu ausnahmsweise geworden war. Die Würzburger Kirche blieb auch zunächst nicht im ruhigen Besitz des Erlangten; sie konnte sich jedoch dasselbe, eben mit Hilfe der gefälschten Diplome, immer wieder bestätigen lassen.

So restituierte Heinrich V. am 1. Mai 1120 dem Bischof Erlung von Würzburg die richterliche Gewalt im ganzen östlichen Franken, die diesem von seinen Vorfahren verliehen und erst unter Heinrich selber entfremdet worden war; nur der Bischof und seine Nachfolger sollten diese richterliche Gewalt besitzen.

Eine ähnliche Urkunde wurde vom Kaiser Friedrich I. dem Bischof Herold am 10. Juli 1168 ausgestellt, welcher letzterer zu diesem Zwecke drei neue Fälschungen vorgelegt hatte. Der Kaiser verlieh ihm: die ganze Gerichtsgewalt und die uneingeschränkte Fähigkeit, Recht zu sprechen im gesamten Bistum und Dukat Würzburg und in allen Grafschaften, die im selben Bistum und Dukat liegen, und zwar Hochgerichtsbarkeit, nämlich solche über Räubereien und Brandstiftungen, über Allode und Benefizien, über den status der Menschen und über Blutrache; nur der Bischof und dux sollte hier, in den innerhalb der Grenzen des Bistums und Dukats gelegenen Grafschaften die richterliche Gewalt ausüben, oder wem er sie anvertraue.

Aber eine wichtige Ausnahme statuierte Friedrich I. Die Grafen nämlich, wird bestimmt, sollen auch fernerhin

von den freien Menschen, die gewöhnlich Bargilden heißen, und die in den Grafschaften wohnen, das festgesetzte Recht empfangen! Dagegen sollen innerhalb des Bistums und Dukats und der in ihm belegenen Grafschaften nur mit Genehmigung des Bischofsherzogs von Würzburg Hundertschaften errichtet und Niederrichter eingesetzt werden dürfen.

Durch solches Vorgehen hatte Würzburg die völlige Exemption erlangt; es war damit auch die Landeshoheit, worauf schon der seltsame Ausdruck *episcopatus et ducatus* hindeutet, angebahnt; und die andern Stifter sind ihm darin gefolgt. Denn was man neuerdings für das Kloster Werden an der Ruhr nachgewiesen hat, das ist typisch für diese Entwicklung überhaupt. Für Werden nämlich „folgen sich einander ein Zeitraum mit vorwiegend privatwirtschaftlichem Gepräge, eine Zeit voll ausgebildeter Grundherrlichkeit und endlich ein Zeitraum, wo für Werdens Stellung vornehmlich das landesherrliche Walten des Abtes im Stift bezeichnend ist“ (R. Kötschke). Vom privaten Großgrundeigentum über die Großgrundherrschaft zur Landeshoheit: das ist der Werdegang.

Die zentrifugalen Tendenzen haben im früheren Mittelalter ihren Hauptvertreter in dem Klerus. Mit ihren Bestrebungen haben die Kleriker es fertig gebracht, das Staatsleben zu zersetzen. Das wäre nicht so schlimm gewesen, hätte nur die Kirche solche Ziele verfolgt; denn sie blieb stets altruistisch. Aber durch ihr Vorgehen entfesselte sie auch die Elemente, die sich nur durch krassen Egoismus leiten ließen: die Laiengewalten.

Die karolingische Beamtenschaft, die ordentlichen Richter waren, wovon bereits die Rede gewesen ist, in der Hauptsache auf Bezüge aus dem Richteramt, es sei nur an das bekannte Grafendrittel erinnert, und auf Emolumente aus ihrem Amtssprengel angewiesen. Wo solche nicht zu-

reichten oder der Art des Auftrags gemäß nicht angänglich waren, da wurden ihnen, zumal für den Reiterdienst, ebenso für das Amt als missus, Benefizien angewiesen.

Indem nun die Kirche in der soeben geschilderten Weise vorging, veranlaßte sie auch die Laienaristokratie, sich ihre Aemter mit den sämtlichen Pertinenzen erblich zu machen, sie in ihr Privateigenthum überzuführen; und bei dieser fiel der Zweck hinweg, den die Kirche verfolgte. Der Kirche nämlich war die Erlangung von Macht und Gewalt nur Mittel, die christlichen Vorschriften durchzuführen. Sie bemühte sich, die staatlichen Funktionen in die Hände zu bekommen, um sich die Einkünfte daraus zu sichern, die sie dann im Sinne des katholischen Christentums verwendete.

Daß dies die Triebkraft war, daß wir nicht in Herrsch- oder Habsucht die *causa movens* zu sehen haben, die ein solches Vorgehen der Geistlichen veranlaßt hätte, das läßt sich am besten erweisen aus dem Inhalt der *confoederatio*, die Friedrich II. 1220 mit den geistlichen Fürsten vereinbarte.

Gleich einleitungsweise wird hervorgehoben, daß Mißbräuche im Zoll- und Münzwesen und Kämpfe mit den Kirchenvögten vorgekommen seien, die abgestellt werden sollen. Den geistlichen Fürsten wird dann folgendes gewährt: ihr Nachlaß wird nicht mehr vom König eingezogen, ihre Testamente werden von Staats wegen anerkannt und durchgeführt; neue Zoll- oder Münzstätten sollen fernerhin nicht auf dem Gebiet der Kirchenfürsten errichtet, diese vielmehr im Besitz der ihnen verliehenen geschützt werden; die Leute, die in ihrer Abhängigkeit, sei es welcher Art immer, stehen, sollen nicht in die königlichen Städte aufgenommen werden, wenn sie sich aus irgendeinem Grunde jener zu entziehen trachten, noch dürfen Laien oder andere Geistliche sie bei sich zulassen und sie so ihren wirklichen Herren entziehen; die Vögte sollen die Kirchen, bei Gelegenheit der Vogtei über deren Güter, nicht schädigen,

tun sie es, sollen sie den Schaden doppelt ersetzen und 100 Mark Silbers an die kaiserliche Kammer zahlen; über ihre Lehen sollen die Kirchenfürsten völlig freie Hand haben, selbst der Kaiser wird nur dann ein Lehen von der Kirche nehmen, wenn sie es ihm freiwillig anträgt; es dürfen weder Burgen noch Städte auf geistlichem Gebiet errichtet werden, weder von den Vögten zur Ausübung der Vogtei, noch aus einem andern Grunde, weil die geistlichen Fürsten darunter immer zu leiden gehabt hätten, bzw. ihr Besitz dann ständig bedroht war; überhaupt soll, gemäß des Vorgehens Friedrichs I., das Gebiet exempt von der Einwirkung weltlicher Gewalten sein, keiner der kaiserlichen officiales soll eine Gerichtsgewalt — weil Gericht und Verwaltung noch ungetrennt sind, wird auch die letztere in der Form der Gerichtsbarkeit gehandhabt —, sei es wegen der Zölle, der Münzen oder der anderen officia sich anmaßen; nur wenn der Kaiser in der betr. civitas eines geistlichen Fürsten öffentlichen Hoftag hält, findet eine Ausnahme statt, und zwar für acht Tage vor und acht nach dem Hoftage; sonst „soll der Fürst und Herr sich voller Macht erfreuen“.

Diese Garantien ließen sich die Geistlichen für ihre Kirchen gewähren, nicht für sich; nur das Interesse der Kirche lenkte und leitete sie. Vor allem lag ihnen am Herzen der Schutz gegen ihre Vögte und Lehnsmannen, der denn auch vom Kaiser scharf betont wird, sowie die in dieser Zeit recht notwendigen Vorkehrungen zur Verhinderung einer Befreiung der Kirchenhörigen.

Konnten sich Lehnsmannen von dem Senior emanzipieren, so war ihm ein Teil seines Eigentums unwiederbringlich verloren; dasselbe ist von den Hörigen zu sagen, die durch ihr Unterschlüpfen anderswo oder ihre Selbstbefreiung durch Abwanderung in die Städte der Herrschaft einen Verlust an Arbeitskräften verursachten.

Aber schlimmer als das war das Vorgehen der Vögte,

das die Kirche in ihrem ganzen Besitzstand bedrohte, was dieser um so näher gehen mußte, als ihre Vertreter sich doch große Mühe gegeben hatten, ihn zusammenzubringen, und als ihre Machtstellung darauf beruhte. Zähl, Schritt für Schritt waren die Geistlichen zu Werke gegangen, in negativer und positiver Hinsicht. Wie sie sich bei der Einführung von Steuern eifrigst Befreiung davon erwirkten, so hatten sie durch Verleihungen von seiten frommer Herrscher, denen sie sicherlich manchmal mit großem Geschäftseifer zugesetzt, und durch Fälschungen großen Stiles allmählich überhaupt den Eingriffen des Staates und seiner Beamten ihren Besitz, Land und Leute, zu entziehen gewußt, damit alle Gefälle, die aus der Grundherrschaft emanirten, in die Kammer ihrer Kirche geleitet. Der Weg hatte geführt bis zur völligen Exemption der kirchlichen Großgrundherrschaft vom Staat und seinen Hoheitsrechten.

Sie ward ganz ähnlich eingerichtet wie der pagus, wie wir des näheren in Worms verfolgt haben. Freilich haftete der kirchlichen Großgrundherrschaft eine Schwäche an: nach kanonischem Recht durfte ein Geistlicher nicht Blutrichter sein, nicht einmal einen damit beauftragen.

Durch das Institut der missi hatte der Staat seinerseits den Versuch gemacht, die Kontrolle über die Rechtspflege auch der Immunität zu behalten, wie ja die Gerichtshoheit des Staates in dieser Zeit wenigstens noch darin ihren Ausdruck fand, daß der König die Immunität verlieh bezw. bestätigte. Indes, das Institut der missi war bald wieder in Verfall geraten; und hatte der Herrscher die Immunität einmal verliehen, so hatte er sich des Rechts, sie wieder aufzuheben, begeben.

Doch der Umstand, daß kein Kleriker Blutrichter sein durfte, bot für den Staat die Handhabe, in diesem einen Punkte die staatliche Oberhoheit aufrecht zu erhalten: die Hochgerichtsbarkeit blieb Staatssache, den

Blutbann lieb der König. Deshalb trat in Deutschland „im IX. Jahrhundert das Immunitätsgericht in den Organismus der regulären Gerichtsbarkeit ein, die Vögte wurden bevollmächtigte Gerichtsorgane und wirkten unter königlicher Autorität. Der Vogt wurde oberster Immunitätsrichter, er wurde der Richter, ihm standen zwar andere Organe zur Seite, die von der Herrschaft bestellt waren, aber sie blieben ihm untergeben“ (G. Seeliger).

Es durfte fürderhin der Vogt, den freilich der Abt, der Großgrundherr ernannte, nur dann seine Kompetenz ausüben, als Hochrichter fungieren, wenn er den Blutbann vom König hatte: nur dann durfte er unter Königs Bann dingen. Ganz korrekt drückt dies der Sachsenspiegel — während der Schwabenspiegel es schon nicht mehr kennt — aus, der normiert: Sechzig schillinge wettet man deme grâven, unde ouch dem vogete, der under kunges banne dinget, ab her den ban von deme kunge selben hât. Kunges ban en mûz nieman lîhen wen der kung selbe. Der kung en mac mit rechte nicht geweigeren den ban zu lîhene, deme ez gerichte gelîgen ist, wobei die letztere Bestimmung besonders interessiert; ist einem das Gericht geliehen, muß auch der Königsbann dazu geliehen werden.

Damit war bis zum Interregnum doch wenigstens eine Verbindung mit der Zentralgewalt aufrecht erhalten: der Vogt mußte sich mit dem Blutbann vom Herrscher belehnen lassen und durfte dann erst unter Königsbann dingen. Allerdings den materiellen Vorteil daraus — und darauf kam es von jeher ihr hauptsächlich an —, den genoß die Kirche. Sie trat an die Stelle des Königs, d. i. des Staates, während der Vogt, wie er als Graf fungierte, auch dessen Bezüge hatte; denn „als Regel galt dabei, daß zwei Drittel der Bußen dem Immunitätsherrn, ein Drittel dem Vogt zukamen — die Herrschaft hatte das Erbe des Königs, der Vogt das der königlichen Beamten angetreten“.

Unterhalb dieses Vogtgerichts besteht das Nie-

dergericht des *villicus*, der über „die Gebäude und die Ackerwirtschaft“ sein Gericht hält, der auch die schuldigen Zinse eintreibt; daran hat der Vogt keinen Anteil (*Si villicus vel de aedificiis vel de agricultura placitum habuerit, nullam inde partem vel iustitiam quaerat advocatus.* 1056). Ebenso ist der Vogt ausgeschlossen von dem sogen. *buding* des Grundherrn, in welchem dieser die Streitigkeiten über Grundeigentum schlichtet.

Freilich war hier der Willkür und privater Abmachung großer Spielraum gegeben, weil die Staatsgewalt sich in diese Zustände nicht einmischen durfte. Seit dem X. Jahrhundert nimmt die Herrschaft mit dem Vogt die Regelung dieser Verhältnisse vor durch besondere Vereinbarungen. Dabei wurde nicht durchgehends eine Teilung in der Art vorgenommen, daß die Hochgerichtsbarkeit dem Vogte zugewiesen wurde, die niedere Rechtspflege der Herrschaft vorbehalten blieb. Häufig umfaßt ja die Gewalt, die zwischen Herrschaft und Vogt zu verteilen war, gar nicht die Hochgerichtsbarkeit, sondern es handelt sich in den meisten Fällen nur um die niedere Rechtspflege und um die Vogtei über die Grundholden. Da kommt es auf den jeweiligen Vertrag an, den Herrschaft und Niedervogt mit einander geschlossen haben, oder auf die sonstige Auseinandersetzung der beiden Gewalten; dadurch wird die große Mannigfaltigkeit der vogteilichen Rechte erklärlich; das Vogtgericht ist also durchaus nicht immer Hochgericht.

Die Vögte aber, die mit Blutgerichtsbarkeit betraut waren, die den Bann vom Könige hatten, bildeten für die geistlichen Herrschaften eine ständige Gefahr. Die minutiösen Bestimmungen in der Abgrenzung der Kompetenz zwischen Herrschaft und Vogt waren darauf berechnet, allen Uebergriffen vorzubeugen, die die Vögte sich erlauben konnten hinsichtlich des ihnen unterstellten Gebietes und seiner Bewohner. Die oben erwähnte Festsetzung aus der *confoederatio cum principibus ecclesiasticis* zielten in die-

selbe Richtung. Namentlich machte man sich durch besondere Verträge von der Vogtei frei, die als Schirmvogtei über einzelne Kirchen bestand, und die sich in Analogie der des Kaisers über die römische Kirche gebildet hatte. So erlangte der Erzbischof von Trier am 6. April 1157 die Vogtei über sein Territorium, denn unter diesem Datum verzichtet Heinrich, Pfalzgraf bei Rhein, zugunsten des Erzbischofs auf die Schirmvogtei über Kirche und civitas von Trier.

Damit war die Bedrohung der geistlichen Grundherrschaften durch die weltlichen Gewalten abgewehrt: beide konnten sich zur Landeshoheit fortbilden. Und seltsam, während in Frankreich dies den Feudalherren nicht gelungen ist, obwohl daselbst die Zersetzung des Staates weiter vorgeschritten war, gelangten unter demselben System die geistlichen und weltlichen Großen in Deutschland zur Territorialhoheit, vielleicht gerade deshalb, weil der Staatsgedanke hier noch besser aufrecht erhalten war.

In Frankreich war der Staat fast völlig aufgelöst; da war, wie wir gesehen haben, der König eigentlich nur der größte Grundherr neben anderen, etwas weniger großen; aber diese verabsäumten, mit der allgemeinen Fortentwicklung auch ihre Befugnisse, ihre Position weiter zu bilden: bei der Trennung von Justiz und Verwaltung blieben sie bei ihren angestammten Rechten und kümmerten sich nicht um das Werden oder bereits Neugewordene. Auf die Verwaltung gingen ihre Aspirationen nicht, und hier war es, wo das französische Königtum erfolgreich einsetzte; denn A. de Tocqueville weist mit Klarheit nach: „que la centralisation administrative est une institution de l'ancien régime, et non pas l'œuvre de la révolution et de l'empire, comme on le dit;“ des alten Königtums also; und diesem war die Sache erleichtert, weil es im Besitz von Paris war, das schon früh eine überragende Stellung in Frankreich einnahm.

Indem der französische König konsequent die Verwaltung in seine Hand nahm, bezw. durch seine Beamten ausüben ließ, schaffte er erst wieder einen wirklichen Staat, dem freilich gewisse wichtige Hoheitsrechte, namentlich die Justiz, entfremdet waren und blieben, der indes dennoch auf Grund der zentralisierten Verwaltung wieder den Namen eines wirklichen Staates sich verdiente.

Als dagegen in Deutschland mit dem Interregnum die zentrale Gewalt wegfiel, da bemächtigten sich sofort die Untergewalten, die dem Staate ja so manche Hoheitsrechte entrissen hatten; der letzten, die noch übrig waren; und so entstand jenes System der Staatszersplitterung und Kleinstaaterei, das Pufendorf zu der bekannten Charakteristik des Deutschen Reiches veranlaßte: *irregulare corpus monstro simile* benannte er es.

Indessen, für uns kommen hier nur die beiden ersten, gewissermaßen die Vorperioden zu jenem Stadium in Betracht. Und wir haben die Kardinalfrage zu beantworten: wie verhielten sich die freien Bauern und die Grundherren zu einander?

Für die rein private Grundherrschaft, für das Großgrundeigentum haben wir als Ergebnis bereits gefunden, daß gegen dieses die freien Bauern sich zu behaupten vermochten. Das blieb, solange jenes nur als größerer Besitz anzusehen war. Denn zumal seine Zersplitterung verhinderte, daß er den freien Markgenossenschaften durchaus gefährlich wurde. Gewiß nahm der Grundbesitz der Großen, mehr noch der der Kirchen und Klöster stetig zu, denn sie benutzten jede sich bietende Gelegenheit, ihn zu mehren. So gestattete beispielsweise im Jahre 1036 der Erzbischof Poppo von Trier dem trierischen Vogt Thiefried die — nach kanonischem Recht verbotene — Ehe mit einer Blutsverwandten, da beide dem Erzbischof zwölf Hufen und ebensoviele Knechte tradierten. Und es war besonders den kleinen Freien leicht gemacht, sich der Kirche als hörig

zu ergeben, indem sie einfach zwei Schillinge zahlten, woraufhin sie künftig zur familia der Kirche gehörten; dann konnte ihr Gut der Kirche nicht mehr entfremdet werden.

Es gab zwar zwei Klassen auf diesem Gebiet: die familia und die servi; staatsrechtlich aber war zwischen ihnen kein Unterschied; der bestand nur innerhalb des sogen. Hofrechts, denn da war die Abhängigkeit der Knechte noch drückender als die der ziemlich behaglich lebenden Fiskalinen.

Doch damit war die Großgrundherrschaft zunächst noch nicht aus dem Kreise der Markgenossen herausgetreten. Für ihr Eigentum bestanden dieselben Rechte und Pflichten, wie für das übrige: es wurde im Thing der Markgenossen aufgelassen; man erwarb dadurch die Markgenossenschaft, namentlich die Allmendnutzung.

Freilich ging das nicht immer ohne Kämpfe ab; vor allem mehrten sich die Uebergriffe der Großgrundherrschaften.

In den Städten sah man sich im XIV. Jahrhundert veranlaßt, ein Verbot zu erlassen, daß man Kirchen oder Klöstern ein Erbe oder unbewegliche Güter, die innerhalb der Mauern oder der Stadtflur, also des Weichbildes lagen, vermache oder schenke, während man das Schenken von Geld ausdrücklich freigab. Der Grund dafür war, daß man einem zu großen Wachstum des Kirchengutes, und zwar des immobilien, vorbeugen wollte. Denn damit hatte man seit je die schlechteste Erfahrung gemacht; jenes Anwachsen war, sehr zum Nachteil der Freibauern, im früheren Mittelalter geschehen: und wo die Kirche sich eingenistet, hatte sie allmählich das ganze Land erworben und sich die Eingewohnten unterworfen, ein Vorgehen, dem sich die weltlichen Großen nur allzugern anschlossen.

Es war das die zweite Phase der bereits angedeuteten Entwicklung: die der voll durchgebildeten Großgrundherrschaft, die sich auf Grund der Villen-

verfassung herausgebildet und in dem sogen. Hofrecht Burchards von Worms ihre Kristallisation gefunden hatte.

Zwar kannte man bereits zur Zeit der Abfassung des *capitulare de villis* eine freie Pacht, denn es ist die Rede von Freien, die fiskalische Grundstücke gepachtet haben; „*quid de liberis hominibus*“, heißt es, „*et centenis* — also Markgenossenschaften —, *qui partibus fisci nostri deserviunt, habuerint*“. Doch ein anderes ist die bloße Kenntnis, ein anderes die durchgängige Verwendung einer Institution des Rechts. Sicher ist, daß vor allem die Kirche sich nur entschloß, Grundstücke an Leute zu geben, die sich ihr dafür unterordneten, kirchenhörig wurden; die Prekarienverträge reden da eine deutliche Sprache.

Doch selbst das hätte den Besitz der Großgrundherrschaft nicht so sehr gesteigert, wenn nicht die Gerichtsgewalt, teilweise also im vollen Umfang, mit Einschluß der Hochgerichtsbarkeit, hinzugekommen wäre; denn „die Leiherrschaft genoß nur dann eine Gerichtsbarkeit, die über die grundherrlichen Fragen hinausreichte, wenn sie zugleich Gerichtsherrschaft besaß, und nur in dem Maße, als ihr solche zukam“. Nun rundete man sein Gebiet auf Grund der Gerichtsgewalt ab und führte die Villenverfassung für den ganzen Besitz, für Land und Leute, durch.

Jetzt treten ausgeprägt die grundherrlichen Markgenossenschaften den freien gegenüber. Die ersteren sind dadurch entstanden, daß sich eine Genossenschaft auf Privateigentum eines Herrn niederließ, oder aber dadurch, daß eine ursprünglich freie Mark unter eine Grundherrschaft geriet. Es bilden sich dann für beide die gleichen Rechtsgrundsätze aus.

Für die letzte Art geben ein Beispiel vornehmlich die *civitates*, was wir des genaueren für Worms verfolgt haben. Für die erste bestimmt der Sachsenspiegel: wenn Bauern ein Dorf von wilder Wurzel, d. h. neu besiedeln, so soll ihnen der Herr des Grund und Bodens Erbzinsrecht darauf

geben, wenn sie auch zu seinem Gute nicht geboren sind; doch bleiben sie — wenn sie bis dahin Freibauern waren — im übrigen noch dem gewöhnlichen Landrichter, dem ordentlichen Richter also unterworfen; denn weder darf ihnen der Herr ein Recht geben, noch dürfen sie sich selber eins wählen, womit sie des Landrichters Recht ändern oder die ihm zustehenden Bußen mindern noch mehrten. Für die Sachen aber, die die grundherrlichen Gerechtsame angehen, besteht ein eigenartiges Gericht; in diesem aber werden nur die Grundholden abgeurteilt, denn, heißt es weiter, ein auswärtiger Mann ist nicht pflichtig, in dem Dorfe sich nach dessen sonderlichem Dorfrecht zu verantworten, sondern nur nach gemeinem Landrecht, außer wenn er in dem grundherrlichen Dorfe um Erbe, um Gut oder um Schuld klagt, worüber dann in dem bereits erwähnten buding, auch dem Niedergericht des villicus usw. entschieden wird.

Des näheren werden wir noch eingeführt in diese Verhältnisse durch den Schwabenspiegel, der den Abschluß dieser Entwicklung widerspiegelt. „Swa man eins niwen dorfes beginnet, — wird daselbst festgesetzt —, mit niwen buwe, da mac des ertriches herren wol gelt oder zins abe werden, also daz den buliuten halbez korn belibe und dem pfaffen der zehende. Und swelhiu reht ander dörfer habent, diu sol ouch ez haben.“ Die Zustände sind bereits so konsolidiert, daß man normieren kann: welches Recht andere Dörfer haben, soll das neue Dorf auch haben.

Daß damit die Praxis richtig wiedergegeben ist, das kann uns eine Verordnung des trefflichen Erzbischofs Rainald von Köln vom Jahre 1166 lehren. In der Nähe von Soest lag ein Hain, das Altholz genannt, welcher der kölnischen Kirche gehörte; doch hatte diese so gut wie keine Emolumente daraus, da er von den Umwohnern, sowohl von den Hörigen der Kölner Kirche als auch von Fremden abgeholzt wurde. Der Erzbischof verordnete deshalb, daß der Hain ganz niedergeschlagen und eine Dorfanlage darauf

errichtet werden sollte; es sollten dann von jeder Hufe 6 Schillinge Soester Gepräges dem Erzbischof als Zins und der Soester Kirche 18 Denare als Zehnt gezahlt werden; die Hufen wurden nach Erbzinsrecht ausgetan. —

Auf diese Weise war es den Grundherren, vornehmlich der Kirche gelungen, sich einen immensen Grundbesitz zu verschaffen. Man ging darum noch über die Bestimmungen des capitulare de villis hinaus, indem man sie organisch fortbildete. Man gliederte das Gesamteigentum an Land und Leuten in Oberhöfe und villae, indem man mehrere der letzteren zu einem Oberhof zusammenschloß. Und auf diesem Wege schritt man fort, so daß wir im späteren Mittelalter durchgehends die Lage vorfinden, daß der Ackerbauer sein Gut nach Erbzinsrecht, aber nicht als eigen besitzt, was bis ins XIX. Jahrhundert herein dauerte und erst durch die sogen. Bauernbefreiungen aufgehoben wurde: erst nach Ablösung der Grundlasten erhielt der Bauer sein Gut wieder zu vollem Eigentum.

So finden wir also die eigentümliche historische Tatsache, daß es hauptsächlich die Kirche war, die in konsequentem Vorgehen, unter Mitwirkung auch der Laiengewalten, die germanischen Freien ihres freien Eigentums beraubte.

Doch das ist völlig erst im Ausgang unserer Periode durchgesetzt worden; während derselben blieben die alten Ansichten über Freiheit und Unfreiheit, wenschon oft durchbrochen, in Geltung; und trotz ihres großen Umfangs hat die Großgrundherrschaft doch nicht die alles überragende Bedeutung gehabt, die man ihr beizumessen pflegt.

Auf ihrem Gebiet, soweit es geschlossen war, da hat sie die Villenverfassung durchgeführt und eine Art Halbfreiheit für ihre Hintersassen konstituiert. Aber ihr unter-

stand im früheren Mittelalter nicht die ganze Masse des Volkes, wie man behauptet hat.

Es ist das eine Uebertreibung, zu der man gelangt ist auf Grund einer falschen Verwertung der vorhandenen Urkunden. Man hat sich durch deren Zahl, überhaupt durch ihr Vorhandensein bestechen lassen. In dieser Zeit lag bekanntlich das Urkundenwesen gerade in der Hand der Leute, die als Träger jener staatszersetzenden Entwicklung anzusehen sind. Da nun innerhalb deren Gebiet die obgen. Tendenz bestand, da die Bewegung von ihnen ausging, so haben sie alle Errungenschaften urkundlich festgelegt. Aber die Mehrzahl hat vom Urkundenwesen nichts verstanden, gegen Diplome das ausgesprochenste Mißtrauen gezeigt. Die allgemeine Lage läßt sich darum aus den vorhandenen Urkunden, den Traditionsformeln und dergl. allein nicht eruieren. Man hat nun aber das, was aus diesen nackt und kraß herausblickt, auf ganz Deutschland übertragen. Jedoch das ist ein schwerer methodischer Fehler; dadurch wird die ganze Auffassung des historischen Lebens während des früheren Mittelalters falsch, die Bedeutung der Grundherrschaft während dieser Epoche ins Fabelhafte geradezu vergrößert.

Sie war — in Deutschland wenigstens — nicht die alles beherrschende Macht; die Untersuchung der Markgenossenschaft hat uns vom Gegenteil überzeugt. Sie war ferner nicht so verbreitet, wie man anzunehmen gewohnt ist.

Ein weiterer Fehler — neben dem falschen Schluß aus den Urkunden — ist nämlich der gewesen, daß man, wo eine solche villa begegnete, sofort auf ein Eigentum des betr. Grundherrn nicht nur über die villa, sondern über die ganze Gegend schloß. Aber schon G. L. von Maurer hat dargetan, daß die alten Königshöfe, die Pfalzen, die villae des Königs mitten in Dörfern und civitates gestanden haben; „der Hof“, sagt er, „lag insgemein in dem Dorfe, später

in der Stadt, war aber nicht das Dorf oder die Stadt selber, sondern nur die Pfalz in derselben. Darum darf auch von dem Besitz eines Königshofes im Dorfe oder in der Stadt noch kein Recht auf den Ort selbst oder auf die Grundherrschaft über die ganze Feldmark gefolgert werden, wiewohl die alten Königshöfe meistens auf Reichsboden gelegen haben. Dasselbe gilt — er betont das ausdrücklich, und wir schließen uns ihm darin an — hinsichtlich der Höfe der alten Herzöge und der übrigen Reichsfürsten, so der Bischöfe insbesondere.“ Sie waren die größten Grundbesitzer, aber das Deutsche Reich ist niemals in Großgrundherrschaften aufgelöst gewesen; der Sachsenspiegel spiegelt gerade das Gegenteil wieder.

Da ist auf ein weiteres Moment noch besonders hinzuweisen. Die Tendenz der Großgrundherrschaft nämlich, sich möglichst viel einzuverleiben, schlug bald in das Bestreben um, die Landeshoheit zu erlangen. Sie wurde immer staatsähnlicher, indem sie ein Hoheitsrecht des Staates nach dem andern sich erwarb. Sobald sie dann ihren staatsähnlichen Charakter strenger betonte, konnte sie ihre Macht vollgültig ausstrecken auch über die bisherigen freien Bauern, und deren Reaktion gegen ein solches Vorgehen fiel in sich zusammen, denn sie wurden ja durch die Territorialhoheit, die sich über ihnen ausspannte, nicht verknechtet, wenigstens nicht unmittelbar. Mittelbar freilich gerieten sie in eine Abhängigkeit, die sich von ihrer alten Vollfreiheit scharf unterschied: sie hatten, soweit es sich nicht um Reichsdörfer handelt, ihr freies Eigen eingebüßt und waren damit zu Grundholden geworden. Das ist wohl der Hauptgrund, weshalb in der nun folgenden Periode der deutschen Geschichte das platte Land so gar keine Rolle spielt, wenn auch die Lebenslage des Bauernstandes eine ganz erträgliche war.

Dieses dritte Stadium fällt aus der von uns behandelten Epoche bereits heraus. Wir beschränken uns also auf die

beiden ersten und konstatieren abschließend, daß sich gegen die private Grundherrschaft die in der Markgenossenschaft zusammengeschlossenen Freibauern sehr wohl zu schützen verstanden; daß dann allerdings die voll ausgebildete Großgrundherrschaft, wie sie sich im Anschluß an das capitulare de villis entwickelte, gewiß manche Bresche in die alte vollfreie Bauernwirtschaft schlug. Aber doch hatte in diesen Jahrhunderten die große Mehrheit der Bauern ihre ökonomische Unabhängigkeit und damit ihre alte Vollfreiheit bewahrt. Noch der Sachsenspiegel basiert auf dieser Sachlage. Erst das Interregnum räumte jäh damit auf; bis in die tiefsten Tiefen wurde der deutsche Staat erschüttert; die Zentralgewalt war weggefallen, die zentrifugalen Kräfte hatten freien Spielraum bekommen.

Auch das hatte seine zwei Seiten. Dem platten Lande war es verderbenbringend; die Großgrundherrschaft konnte sich vollkommen durchsetzen und das freie Eigen in ihre Fänge reißen, konnte sich zur Territorialhoheit fortbilden. Doch bekamen dadurch auch die aufstrebenden Städte, die sich bislang recht wenig der Fürsorge der Herrscher erfreut, wenn wir von dem unglücklichen und doch so hervorragenden vierten Heinrich absehen, sie bekamen Luft, und in dieser allgemeinen Zügellosigkeit setzten sie sich gerade ihre Ordnung, in einer Weise, daß sie rasch und sicher die Träger der Kultur des sogen. späteren Mittelalters wurden, obwohl sie eine starke Zentralgewalt entbehren mußten.

Mit diesem Hinweis müssen wir uns begnügen. Auf die Einzelheiten kann erst eingegangen werden, wenn jene gewaltige wirtschaftliche Wandlung und soziale Evolution untersucht wird, die bei uns im XI. und XII. Jahrhundert durchbrach und ein neues Zeitalter heraufführte: das der Geldwirtschaft und der Stadtsiedlung.

Drittes Kapitel.

Das magisterium und das freie Handwerk.

Bei den Germanen war schon während der nomadischen Periode eine gewisse Hand- und Kunstfertigkeit vorhanden. Die Angeln und Sachsen hatten leinene Segel, wie überhaupt Spinnen und Weben von jeher bekannt war. Weiter war es das Bearbeiten von Metallen, vornehmlich von Bronze, das sich frühzeitig, ohne römischen Einfluß auf germanischem Boden herausgebildet hatte. Ebenso war die Töpferei schon uralt.

Einen größeren Umfang mußte diese handwerkliche Tätigkeit annehmen, nachdem die Germanen sesshaft geworden waren. Die Zeit, die sie nicht zum Ackerbau oder zur Herrichtung und Konservierung der daraus gewonnenen Produkte für den unmittelbaren Bedarf nötig hatten, die konnten sie nun verwenden zur Verbesserung der Dinge, die zur Befriedigung der weiteren Lebensbedürfnisse nötig sind, der Kleidung, der Wohnung, vor allem aber zur Anfertigung von besseren Ackergerätschaften und Wirtschafts-utensilien, sowie von Handwerkszeug und von Waffen.

Freilich war in dieser Hinsicht eine Arbeitsteilung noch nicht durchgeführt, daß sich etwa einer der Anfertigung bestimmter Gegenstände gewidmet hätte, weil er einen besonderen Nutzen daraus ziehen konnte, oder weil er dafür ein besonderes Geschick hatte. So ist „Schmied“ der Künstler, der geschickte Mann, nicht der Metallarbeiter; erst mit der Zeit hat der Ausdruck sich auf den spezialisiert, der sich mit der Eisenbearbeitung befaßte.

Darum war der Begriff Handwerk unbekannt; man gebrauchte das Wort: hántuuérche für das, was es besagt: der Hände Werk, der Hände Tat, ganz allgemein. Wie der

Bauer zunächst noch Krieger war, so war er für seine Wirtschaft auch der Handwerker, der alles das beschaffen mußte, durch seiner Hände Werk, was der Betrieb erforderte.

Nur bestand natürlich jene alte Scheidung in der Arbeitsaufgabe der beiden Geschlechter, die sich nunmehr noch vertiefte und sich auf neue Dinge erstreckte; und wie die Männer, so hatten nunmehr auch die Frauen gleichfalls mehr Zeit für das, was noch heute auf dem Lande als spezifisch weibliche Arbeit gilt.

Was damals auf diese Weise erzeugt wurde, wieweit die Entwicklung in dieser Hinsicht schon gediehen war, das ersehen wir aus dem *capitulare de villis*. Denn eine villa sollte ja nur dasselbe darstellen, wie eine Einzelwirtschaft und sollte darum alles bergen wie die letztere; im genannten Kapitular wird ausdrücklich bestimmt: *Omnia, quidquid homo in domo sua vel in villis suis habere debet, iudices nostri in villis nostris habere debeant*.

Wer aber fabrizierte auf der villa aus den Rohprodukten die Dinge, die zur Befriedigung der primären oder weiteren Bedürfnisse der Herrschaft dienten?

Da sind einmal die *Mägde*, die die weiblichen Arbeiten eben verrichten. Sie sind in besonderen Arbeitsräumen untergebracht; die Gerätschaften sowie das nötige Rohmaterial, kurz, was sie für ihre Arbeit brauchen, wird ihnen geliefert vom *iudex*; und zur rechten Zeit soll es immer geschehen; natürlich, damit sie ständig Beschäftigung haben und es niemals an den von ihnen herzustellenden Erzeugnissen fehlt.

Weiter aber wird angeordnet, daß jeder *iudex* in seinem Bereich gute Handwerker habe, und zwar werden folgende angeführt: Eisen-, Silber- und Goldschmiede, Schuster, Zimmerleute, Dreher, Schilderer, Fischer, Falkenabrichter, Seifensieder, Brauer, Semmelbäcker, die nur für den Bedarf der Herrschaft backen, und Netzmacher, die gute Netze sowohl zum Jagen, als zum Fischen und Vogelfang stricken.

Sie sitzen also auf der Großgrundherrschaft und arbeiten für diese, insbesondere für die Herrschaft selbst. Was sie produzieren, soll der iudex aufschreiben und zu Weihnachten der Herrschaft mitteilen, soweit diese außerhalb weilt; nämlich alles, was an Leder, an Fellen, an Körnern, an Fett und Seife, an Maulbeer- und Würzwein, an Essig, Meth und Bier, an altem und neuem Wein, an Backtrögen und Laden vorhanden ist, ferner was die Gold- und Silberschmiede, die Schilderer und Schuster, die Dreher und Sattler angefertigt haben.

Die Liste der Handwerker ist nicht vollständig, denn es wird besonders erklärt, daß es zu umständlich sei, sie alle aufzuführen, wie man in der Tat ganz wichtige und bestimmt vorhandene, z. B. den Häfner, ahd. háfenære (Notker) nicht erwähnte. Aber wir erfahren doch im allgemeinen, welchen Umfang der damalige Handwerksbetrieb auf den Fronhöfen hatte; ferner in welcher Weise und unter welchen persönlichen Bedingungen die Handwerker ihre Handfertigkeit ausgeübt haben. Vor allem das eine wird sofort klar, daß die Handwerker abhängige Leute gewesen sind, mochten sie nun unfrei oder hörig sein; denn sie sind verpflichtet, was sie erarbeiten, an die Herrschaft abzuliefern.

Diese Handwerke nun sind organisiert; die Knechte oder Hörigen, die ein Handwerk ausüben, unterstehen einem magister; sie sind zusammengeschlossen zu einem magisterium.

Nur wenig erfahren wir im capitulare de villis über den magister, aber doch gerade das, was grundlegende Schlüsse erlaubt. Den Knechten nämlich ist es erlaubt, wenn einer über seinen magister etwas, was die Herrschaft angeht, zu sagen hat, sich an diese selber zu wenden; das darf der magister dem betr. servus nicht verbieten. Der magister steht zu den Handwerkern in ähnlichem Verhältnis wie der iudex zu der gesamten Hintersassenschaft

der villa. Denn anschließend an die soeben genannte Bestimmung wird dann über den iudex statuiert, daß dieser bei einer etwaigen Appellation eines seiner nächsten Untergebenen an die Pfalz einen Rechenschaftsbericht in der anhängig gemachten Sache einschicken soll. Es handelt sich also, das wollen wir gleich prinzipiell feststellen, um Gerichtsgewalt. Der magister ist nicht Handwerksmeister im Sinne des späteren Mittelalters, er ist Richter über die Handwerker der villa. Denn, wie wir mehrfach dargetan haben, Gericht und Verwaltung sind noch ungeschieden, die letztere wird in den Formen der Gerichtsbarkeit vollzogen, ist Gerichtsbarkeit.

Das wird zur Evidenz erhoben durch die weitere Vorschrift, daß der magister mit aller Aufmerksamkeit für das Recht seines Knechtes kämpfen soll, wenn dieser nämlich sein Recht auswärts suchen muß; erlangt es der Knecht nicht an dem betreffenden Ort, darf man den Fall nicht etwa auf sich beruhen lassen, sondern der magister soll solches der Herrschaft mitteilen, indem er selber kommt oder einen Boten in der betreffenden Sache schickt.

Iudex und magister haben also eine ähnliche Kompetenz. In den kleineren villae, denen zumal, die aus einem Haupt- hof mit nur wenigen dazu gehörigen Mansen von Grund- holden bestanden, war der iudex über die Handwerker ebenfalls gesetzt. Denn es gab daselbst nur wenige oder gar keine eigentlichen Handwerker (*artifices, operadores*), so daß die Bestallung eines besonderen magisters unnötig war; die *servi* konnten auch den *iuniores* des iudex, dem *villicus* insbesondere unterstellt sein, selbst als eigentliche Handwerker. Andererseits war da, wo nur ein magister eingesetzt war, weil nur Handwerker vorhanden waren, in Bergwerken, in Mühlen, in Brauereien, in einer villa von lauter Fischern, der magister völlig Richter über seine Leute, hatte ganz die Stellung des iudex. Hierin mag der Grund

zu suchen sein, daß der magister seine Leute vor fremdem Gericht zu vertreten hatte.

Daß aber iudex und magister nicht durchgehends identisch sind, dafür zeugt die Bestimmung, daß der iudex, wenn die Reihe mit dem Dienst an ihm ist, sein Malz zur herrschaftlichen Pfalz bringen lassen muß; mit dem eigentlichen Handwerksbetrieb, dem Brauen also, hat er nichts zu schaffen; die Aufsicht darüber ist Sache des magister oder der magistri; denn diese, heißt es, sollen kommen und gutes Bier daselbst brauen lassen.

Hier haben wir die andere Seite des magisterium: der magister hat die Aufsicht über die Tätigkeit der Handwerker, über den Handwerksbetrieb. Darin berührt er sich wieder mit dem iudex; dieser hat die Aufsicht über die gesamte Wirtschaft, der magister übt die des Handwerks aus. Um ihrer Aufgabe gerecht werden, ihre Leute in Botmäßigkeit halten, sie zur Arbeit und den sonst nötigen Verrichtungen anhalten zu können, haben sie Gerichtsgewalt über die Hintersassen bzw. über die Handwerksknechte; die Gerichtsbarkeit ist das Korrelat vom Oberaufsichtsrecht.

Ein weiteres bietet uns das capitulare de villis nicht, schon aus dem Grunde, weil es in eine verhältnismäßig frühe Zeit fällt und die Institutionen der Großgrundherrschaft darum noch nicht völlig durchgebildet waren. Deshalb müssen wir uns danach umsehen, was sonst in den Urkunden derselben Zeit unter magisterium verstanden wird, wer als magister figuriert, und welche Befugnisse dem magister zugeschrieben werden.

Was zunächst das magisterium anlangt, so ist es eine kirchliche Institution; der Ausdruck wird entweder gebraucht, um das Aufsichtsrecht eines höheren Klerikers, eines kirchlichen Vorgesetzten, insbesondere des Bischofs (magisterium episcopale) zu bezeichnen, oder es heißt direkt die Befugnis zum Unterrichten von Scholaren, wozu die Gewalt des Magisters über diese eingeschlossen ist.

Dem entspricht die Anwendung des Wortes *magister*. Es wird darunter ein Vorgesetzter verstanden, insbesondere von Mönchen und Nonnen, und weiter ein Lehrer.

Den Titel hat man — die kirchlichen Institutionen haben ja sehr häufig auf die rechtlichen eingewirkt — auch angewendet zur Bezeichnung eines Vorgesetzten in weltlichen Angelegenheiten. So werden gelegentlich *magistri* über die Bettler und Armen gesetzt und ihnen anbefohlen, daß sie für ihre Schützlinge Sorge tragen. Es gibt ferner *magistri* über die Mansen, ohne deren Zustimmung die Hintersassen ihre Ländereien nicht verkaufen dürfen, es sei denn, daß sie von der Herrschaft selbst dazu autorisiert worden sind. Vor allem aber hat der *magister*, wie ausdrücklich normiert wird, die Gerichtsvertretung seiner Untergebenen, und der *magister*, „*qui liber est*“, wird auf gleiche Stufe mit dem *advocatus* gestellt, wird mit diesem zusammen genannt, hat die gleiche Kompetenz wie dieser. Die Untergebenen des *magister* sind hörig, sind unfrei, sind Knechte.

Sehen wir uns nach der entsprechenden deutschen Bezeichnung um, so ist das Wort bekanntlich in *Meister* germanisiert worden. Notker gebraucht es im Sinne von einem, der etwas hervorragend kann und zur Bezeichnung eines Lehrers. Die Kaiserchronik eines Regensburger Geistlichen übersetzt *artifex* mit *listwurchaere*, mit *maister* oder des *listes maister* und bezeichnet damit einen Erzgießer.

Eine germanische Bezeichnung für *magisterium* ist *Amt* (ahd. *ampaht*, ags. *ambiht*, davon *ampahtman*, *ambihtscealc*, *ambetguot* = *ius officiale*). Freilich bezeichnet es nicht unsere Institution, sondern es kann für sie angewendet werden, weil alle derartigen Ueber- und Unterordnungsverhältnisse damit bezeichnet werden.

Dieser Ueberblick hat die Bestimmungen des *capitulare de villis* weniger ergänzt als bestätigt; vor allem wichtig ist die Gleichsetzung des *magister* mit dem *advocatus*, mit

dem er in der Tat viel Ähnlichkeit hat. Und soviel geht aus dem, was wir gefunden, hervor, daß die Handwerker nicht selbständig, keine vollfreien Leute sind, fehlt ihnen doch das Wichtigste für eine solche Stellung, das freie Eigen. Sie sind hörig; sie unterscheiden sich nur durch ihre Arbeitsart von der übrigen Hintersassenschaft; sonst arbeiten sie ganz wie diese für die Herrschaft. Insofern ist ihre Stellung jedoch noch prekärer, als sie gezwungen sind, ihre ganze Arbeitsleistung nur im unmittelbaren Dienste der Herrschaft zu vollziehen, was eben mit dem Handwerksbetriebe zusammenhängt, während die sonstigen Grundholden, die Hörigen zumal, doch ein Leihgut selbständig bewirtschaften.

Das ist bereits erkannt worden, und darum hat man das genannte capitulare an den Anfang einer Entwicklungsreihe verwiesen. Den Beginn — so stellt man diese Evolution dar — bildet volle Unfreiheit; der Handwerker arbeitet nur für die Herrschaft. Dann beginnt er, auch für den Markt zu arbeiten. Ein drittes Stadium ist das, wo der Handwerker in der Hauptsache für den Markt und ganz wenig für die Herrschaft arbeitet. Den Abschluß bildet jene Periode, in der der Handwerker nur für den Markt und gar nicht mehr für die Herrschaft tätig ist; damit ist er völlig frei geworden.

Dies Schema ist so schön, daß man von vornherein sagen kann, es sei zusammengekünstelt: denn so regelmäßig baut sich die Entwicklung der Einzelercheinungen der Menschheitsgeschichte niemals auf. Indes, damit können wir die Behauptung, jene Evolution sei so glatt und organisch verlaufen, nicht abtun, sondern wir müssen Kritik üben an den Unterlagen für dieselbe. Sie sollen sein: das capitulare de villis, die lex Burgundionum, das erste Straßburger Stadtrecht und die sententia Kaiser Friedrichs I. für Worms vom Jahre 1182.

Man könnte immerhin der lex Burgundionum einen entwicklungsgeschichtlichen Vorrang vor dem capitulare de

villis zugestehen und in ihr eine höhere Kulturstufe kristallisiert sehen, sie darum später ansetzen als dieses; jedoch selbst dann ist es nicht erlaubt, auf diese vereinzelte Gesetzesbestimmung eine ganze Epoche des Handwerksbetriebs zu gründen; „daß der unfreie Handwerker ausnahmsweise für den Markt arbeitet, bildet überhaupt nicht den Uebergang zu einem Stadium, in welchem er regelmäßig für den Markt arbeitet“ (G. von Below).

Der Gegensatz, in den man das erwähnte capitulare zur *lex Burgundionum* gebracht hat, ist hinfällig; denn beide beruhen auf den gleichen sozialen Verhältnissen. In der *lex* wird die Bestimmung getroffen, daß, wer einem Sklaven erlaubt, als Gold-, Silber-, Eisen- oder Erzschmied, als Schuster oder Schneider öffentlich sein Handwerk auszuüben, dafür einzustehen hat, wenn jener das, was er an Rohstoff zu seinem Werk vom Besteller bekommen hat, verdirbt; der Herr muß entweder den angerichteten Schaden ersetzen oder den Sklaven dafür abtreten.

Für diesen Fall deckt sich die römische Rechtsauffassung ganz mit der germanischen, das Gesetz gilt für Römer und Burgunder hierin gleich. Denn wie nach römischem Recht hat auch nach germanischem der Herr für den Knecht — wie allgemein für die seiner Munt Unterworfenen — einzustehen, kann sich indessen von der Pflicht, für Vergehen und Schädigungen seitens eines Knechtes aufzukommen, dadurch befreien, daß er ihn an den Verletzten abtritt.

Nicht anders wie nach der *lex Burgundionum* ist die Sachlage nach dem capitulare de villis. Wenigstens läßt sich die Vorschrift, es solle jeder iudex dafür sorgen, daß die Hintersassenschaft sich nicht auf den Märkten umhertreibt, dahin erklären, daß die Handwerker ihre Erzeugnisse gelegentlich auf dem Markte absetzen. Das um 300 Jahre spätere capitulare regelt die gleichen sozialen Verhältnisse.

Die Straßburger Zustände klarzulegen, davon müssen wir hier zunächst absehen; wir gehen später noch darauf

ein. Es sei nur bemerkt, daß das erste Straßburger Recht gründlich mißverstanden worden, daß man seinen Institutionen bislang nicht gerecht geworden ist.

Noch gründlicher hat man sich geirrt hinsichtlich der *sententia* Friedrichs I. für Worms. Wir wollen uns einmal streng an den Wortlaut der Urkunde halten und herausholen, was sie wirklich enthält.

Vor den Kaiser kamen Kanoniker der Wormser Kirche und beschwerten sich, daß die Wormser Bürger die Hörigen der Kirche ungerechterweise brandschatzten und dieselben zu den Steuern, die in der Stadt für den Kaiser erhoben würden, mit ihrem Vermögen beizögen. In Gegenwart der beiden Parteien bestimmte der Kaiser auf einem Hoftag in Mainz, daß die gesamten Grundholden und sonstigen Abhängigen, die Diener der Wormser Kirche, wie es heißt, von derartigen Auflagen frei und immun sein sollten, „nämlich die, welche den Brüdern und der Kirche täglich in eigener Person dienen, die sich weder mit Verfertigung von Waren abgeben, noch sich auf dem Markt mit dem Verkauf von Waren befassen, es sei denn, daß sie sich, um sich unsern Auflagen zu entziehen, in den Schutz und Gehorsam der Kleriker begeben haben“. Er befreit „die Diener der Wormser Kirche, die sichere und öffentliche Kaufleute nicht sind“, von den erwähnten Schatzungen und deren Beitreibung und ordnet an, daß sie dagegen immun sein sollen, damit sie der Kirche und den Klerikern frei, d. h. uneingeschränkt und ergeben dienen können.

Es dürfte demnach klar sein, daß es in Worms zwei ganz verschiedene Klassen von Bewohnern gibt — worauf allerdings an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden kann —, wenn wir vom Klerus absehen: auf der einen Seite stehen die Bürger, die Kaufleute, auf der andern die ministri der Kirche. Diese ministri aber decken sich vollständig mit den *servi des capitulare de villis*,

sie bilden die familia der lex Burchards. Sie sind so wenig frei, daß sie der Herrschaft, d. h. in unserem Falle den Klerikern, sogar tagtäglich dienen, wie es wörtlich heißt. Wer ein solcher minister ist bezw. wird, der ist frei von den Auflagen, die von den Bürgern von Worms erhoben werden für den Kaiser, also von den öffentlichrechtlichen Abgaben — hier sind schon die ersten Spuren einer neuen Zeit! —, nur darf jener nicht in der offenbaren Absicht, sich denselben entziehen zu wollen, unter die Fittiche der Kirche geflüchtet sein.

Die Bürger allerdings, die *certi et publici mercatores*, die arbeiten für den Markt, und zwar nur für den Markt; sie haben mit der Hintersassenschaft der Kirche nichts gemein; sie stehen im schärfsten Gegensatz zu jenen *ministri*, und von ihnen werden die Auflagen für den Kaiser erhoben, ohne daß sie aber dessen Hintersassen sind — sie sind vielmehr Bürger einer neuen Zeit!

Für unsre Frage beweist die soeben untersuchte Urkunde gerade das Gegenteil von dem, was man ihr imputiert hat; noch im Jahre 1182 dienen die *ministri*, worunter also auch Handwerker, täglich. Diametral zu ihnen stehen Bürger, die keiner Grundherrschaft unterworfen sind; diese Bürger, über deren status wir nichts erfahren, sind vom Beruf *certi et publici mercatores*, Kaufleute.

Man wäre gar nicht zu jener künstlich konstruierten Entwicklungsreihe gekommen, hätte man sich die rechtliche Natur der Abhängigkeit der hörigen Handwerker genügend klar gemacht. Juristisch ist es nämlich völlig das gleiche, ob der Handwerker seine Erzeugnisse an die Herrschaft direkt abliefert, oder ob er für den Markt arbeitet und seine Leibabgabe nur an die Herrschaft bezahlt. In beiden Fällen ist seine Abhängigkeit eine vollständige, die mit seiner Person auch seine Habseligkeiten ergreift. Ein Aufsteigen der unfreien Arbeiter insgesamt anzunehmen

infolge ihrer gelegentlichen Tätigkeit für den Markt, das ist wissenschaftlich unstatthaft, weil mit den historischen Tatsachen nicht zu vereinbaren; es waren ganz andere Momente, die ich freilich hier nicht aufzählen kann, die eine Befreiung des Handwerks und der Handwerker herbeiführten. Selbst für den einzelnen war es nur ausnahmsweise möglich, frei zu kommen; denn einmal war der Handwerksbetrieb im früheren Mittelalter keine von Freien für Freie als vollgültig anerkannte Arbeitsart, es gab nur freie Beter, Krieger und Ackerbauer; andererseits waren eben die Handwerker zu fest gebunden, durch die Organisation, die wir bereits erwähnten, durch das *magisterium*, das sie in unentrinnbarer Abhängigkeit erhielt.

Das *magisterium*, dessen Aufriß wir gegeben haben, müssen wir nunmehr völlig fertig zu zeichnen versuchen. Nach dem *capitulare de villis* und den Urkunden derselben Zeit haben wir lediglich die Konturen festgelegt, jetzt müssen wir an der Hand weiterer Quellen das Bild zusammenstellen und jene ausfüllen.

Wir betrachten also Deutschland; da stoßen wir auf einen *magister loci*, den das Hofrecht Burchards erwähnt. Er hat die Gerichtsbarkeit in Feld- und Weinbergstreitigkeiten und den leichteren Sachen. Der Hinweis auf seine Zuständigkeit, sowie der Umstand, daß *magister* und *minister* alternierend für denselben Beamten gebraucht werden, erregt doch einigen Zweifel, ob wir es hier mit einem über das Handwerk gesetzten *magister* zu tun haben und nicht vielmehr mit einem Niederrichter über eine villa, der statt *maior* oder *villicus* hier eben *magister* genannt wird.

Ganz anders ist es bestellt mit dem Einblick, den wir durch die *vita Gebhardi* — im XII. Jahrhundert verfaßt — in unsre Institution bekommen. Es wird uns da geschildert, wie der Bischof Gebhard von Konstanz, nachdem er seine Knechte zusammengerufen hat, die Handwerke ergänzt, bezw. sie erst begründet.

Er wählte, so heißt es da, aus den um ihn versammelten Knechten gerade die besten aus und bestimmte aus diesen die Köche und Bäcker, die Schenken und die Tuchwalker, die Schuster und die Gärtner, die Zimmerleute, und für die einzelnen Handwerke die *magistri* (et *singularum artium magistros*); er setzte für sie fest, daß sie an dem Tage, an dem sie den Brüdern dienten, auch aus den Vorräten dieser Kleriker in Brot und Kost genommen werden sollen, weil der Handwerker seine Speise verdient — während im späteren Mittelalter, dies *ad marginam*, es heißt: jeder Handwerker ist seines Lohnes wert. Damit jene aber recht bereitwillig ihren Herren zu Diensten seien, gewährte er ihnen das Privileg, daß beim Tode eines der gerade Gegenwärtigen oder ihrer direkten Nachkommen die hinterlassene Erbschaft ohne Abzug, ohne *excusiae*, d. h. die beim Todesfall Höriger herkömmlichen Abgaben, an den oder die Erben gelangen sollte; kommt einer von anderer Abstammung ins Handwerk, soll er an dieser Vergünstigung nicht teilhaben.

Mit klaren Worten wird hier also gesagt, daß der Bischof Handwerker aus seinen Knechten auswählt und über die einzelnen Handwerke — ebenfalls aus ihnen — *magistri* bestellt. Nun ist die *vita Gebhardi* erst im XII. Jahrhundert geschrieben; der betr. Verfasser hat also die Verhältnisse seiner Zeit im Auge, und wie es häufig von Chronisten geschieht, schreibt er alles Gute, was er vorfindet, seinem Helden zu. Doch für die im XII. Jahrhundert bestehenden Zustände sind seine Angaben sicher richtig.

Es finden sich also zur Zeit der Abfassung der *vita Gebhardi* voll ausgebildet die *magisteria*. Die Handwerker sind organisiert, unterstehen einem *magister*. Weiter sind die Handwerker von den Abgaben für den Todesfall befreit; und es besteht endlich auch hier das, was in dem klassischen Lande der Villenverfassung und damit des *magisterium*, das nur im Gefolge der Großgrundherr-

schaft erscheint, in Frankreich nämlich, sich genau so vorfindet: die Amtsbürtigkeit; das Handwerk erbt sich vom Vater auf den Sohn. „Die Amtsbürtigkeit schließt Fremdbürtige aus nicht vermöge eines im einzelnen Fall erteilten Privilegs, sondern infolge eines qualifizierten Amtsbegriffs“ (R. Eberstadt).

Damit hat die Zunft später gebrochen, indem sie zunächst gewerbefreiheitlichen Regungen zum Siege verhalf und so einen neuen großen Fortschritt in die Wege leitete. Doch das gehört in einen andern Zusammenhang.

Das *magisterium* ist eine zur Villenverfassung gehörige Institution; es findet sich deshalb da, wo die Großgrundherrschaft sich durchgesetzt hat. Und wie die Klöster, trotz beschränkterer Verhältnisse, mit den Bischofssitzen, den *civitates*, rivalisierten, so auch in dieser Hinsicht.

Da ist gleich äußerst lehrreich eine Anmerkung, mit der Abt Cäsarius im Jahre 1222 das aus dem Jahre 893 herstammende Urbar von Prüm kommentierte.

In jedem Hofe, legt er dar, kann der Abt seine *camba* und auch seine Mühle haben. Die *camba* heißt in der gewöhnlichen Sprache Backhaus und Brauhaus. In derselben sind die *homines*, die sich da aufhalten, gehalten, Brot zu backen und Bier zu brauen. Wenn der Abt dahin kommen will, und wenn daraufhin den *mansionarii*, den Inhabern von Mansen, vom *maior* (*id est villico*) oder von einem Boten des Abtes es unmittelbar vorgeschrieben wird, dann sind diese gehalten, Getreide vom Herrenhof nach der Mühle zu fahren, es daselbst zu vermahlen; das Mehl dann nach der herrschaftlichen *camba* zurückzubringen und Teig daraus zu kneten und Brot zu backen; ebenso sollen sie auch Bier brauen. Schließlich, wenn die Hintersassenschaft für die Herrschaft frondet (*quando familia operatur opera dominica*), soll sie Brot und Bier erhalten; beides aber soll sie selber, die Leute der Reihe nach, backen bezw. brauen. Aus der

camba bezieht das Kloster sonst keine Emolumente, so wenig wie aus den Mühlen.

Daß wir es hier mit einer Großgrundherrschaft zu tun haben, ist klar. Das alte Eifelkloster Prüm, das die regsten Beziehungen zu den Karolingern unterhielt, da es ja inmitten von deren Stammsitzen lag, war sicherlich eins der ersten, das die Villenverfassung nach dem bekannten capitulare durchführte; und nach dem eben Angeführten hat es dieselbe bis in alle Einzelheiten übernommen, wenn sie nicht schon vorher ähnlich bestand.

Erinnern wir uns zunächst, was das capitulare de villis über die eben erwähnten Dinge festgesetzt hat. Unter den Handwerkern, die auf jedem Fronhof vorhanden sein sollen, werden aufgezählt Brauer und Semmelbäcker. Kommt der betreffende iudex an die Reihe, dann soll er das nötige Malz zur Pfalz bringen lassen, und die magistri sollen kommen, um gutes Bier daraus zu brauen. Das gilt nur, wenn die Herrschaft dahin kommt; im übrigen befinden sich auf den villae ständige Backhäuser, die in gutem Zustand erhalten werden müssen.

Ganz so hier in Prüm, nur daß wir es mit einem Kloster, also mit eingeschränkteren Zuständen zu tun haben. Von dreierlei berichtet nun die herangezogene Stelle. Das weiteste ist, wenn die ganze familia frondet und dabei, wie herkömmlich, Brot und Bier erhält; dann müssen in bestimmtem Turnus die Leute der familia selber das nötige Brot backen und das erforderliche Bier brauen; es wird also immer eine bestimmte Anzahl aus den Fronenden genommen, und anstatt landwirtschaftlichen Arbeiten müssen diese dem Brauen und Backen obliegen; natürlich da, wo solches in größerem Umfang geschehen kann, in der camba, dem Back- und Brauhaus der villa.

Kommt der Abt nun selber einmal auf eine solche — hier wieder eine Sachlage ganz wie im capitulare de villis —, so wird den mansionarii vom Niederrichter oder einem Boten

des Abtes direkt dies mitgeteilt. Die mansionarii haben dann für den Unterhalt des Abtes und seines Gefolges zu sorgen, wenigstens soweit es die Beschaffung von Bier und Brot betrifft. Das ist eine Arbeitsleistung, die den mansionarii als solchen auferlegt ist; sie haben Mansen von der Abtei erhalten und müssen dafür gewisse Dienste prästieren. Es besteht also für sie die Pflicht, für den Abt die erwähnten Arbeitsleistungen vorzunehmen, wenn er mit Gefolge in eine curia oder in eine villa kommt.

Die Fälle nun, daß die ganze familia frondet, oder daß der Abt mit größerer Begleitung anlangt, sind Ausnahmen; aber regelmäßig wird für Beamtete, für Handwerker, für die übrigen Knechte und die Mägde der gesamten villa Brot und Bier gebraucht; und diesen gewöhnlichen Bedarf decken die homines, die in der cama verweilen, wie es heißt, die also ständig dem Backen und Brauen in der cama obliegen; „für Bäcker und Brauer, sagt F. Keutgen, hatte man regelmäßig Arbeit, und nötig war dazu ein Back- und ein Brauhaus. Ihre Kunst brauchte nicht über das hinauszu-gehen, was jeder Bauer, jede Bäuerin konnte.“

Ueber eine Organisation dieser hofhörigen Handwerker, über einen etwaigen Zusammenschluß derselben zu einem magisterium wird nichts erwähnt. Betrachten wir daher noch weitere Klöster, um diese Sache aufzuhellen.

Das Kloster, das sei vor allem festgestellt, verfolgt ein ganz ähnliches Prinzip wie die villa, und man kann gewiß behaupten, daß diese jenem darin gefolgt ist. Die Klöster des früheren Mittelalters waren teilweise geradezu wirtschaftliche Musteranstalten. Wie die villa sollte nämlich auch das Kloster nichts anderes darstellen als eine Einzelwirtschaft, nur eben eine reicher ausgestattete; denn es ist „das Grundprinzip der Regel des heiligen Benedikt: jedes Kloster soll ein treues Abbild einer wahrhaft christlichen Familie sein“ (L. Heimbucher).

Es wird ein Vorratsmeister bestellt, der für die Lebens-

bedürfnisse seiner Mitmönche zu sorgen hat. Die Benediktinerregel schreibt ausdrücklich vor, das Kloster solle so konstituiert sein, daß alles hierfür Erforderliche, nämlich das Mahlen, die Gärtnerei, das Backen und die verschiedenen Handwerke, innerhalb des Klosters ausgeübt werden, damit die Mönche nicht draußen umherzuschweifen brauchen. Damit ist nicht das Halten von besonderen Handwerkern vorgeschrieben, wie gelegentlich behauptet wird, sondern eigentlich sollen die Mönche alle einschlägigen Verrichtungen selber machen. Freilich, dazu waren sie bei dem sich stetig mehrenden Besitz des Klosters an Land und Leuten nicht imstande, und so hielten sie nur insofern an der Regel fest, daß sie nach Möglichkeit wenigstens alles im Kloster herstellen ließen, von besonderen Handwerkern aus der Zahl ihrer Hörigen und Knechte; sie beteiligten sich dann entweder selber an der Produktion oder übernahmen die Oberleitung über dieselbe, fungierten als *magistri*; es kam freilich auch vor, daß sie sich mit dem Handwerksbetrieb gar nicht befaßten, sondern ihn den Hintersassen überließen und, zumal bei reicheren Klöstern, zur Leitung besondere Beamte einsetzten.

Sehen wir uns daraufhin einmal einige Klöster an. So das Castorstift von Koblenz, nach einer Aufzeichnung aus dem XIII. Jahrhundert. Wir erhalten da einen guten Einblick in die handwerkliche Organisation, die mit der gesamten wirtschaftlichen aufs engste verknüpft ist.

Die *decimatores* und *villici*, so wird festgestellt, gehören mit den *officia* der Bäcker, des Kochs und des Zimmermanns zum Gewaltbereich des Kellerers, der den Beschäftigungen der Brüder vorsteht, also der Vorratsmeister im Sinne der Benediktinerregel ist. Das *officium* nun ist nichts anderes als das, was wir bisher unter dem Namen *magisterium* vorfanden. Dafür zeugen die weiteren Vorschriften. Aber, heißt es nämlich weiter, weder dem Dekan noch dem Kellerer ist gegen jene eine solche freie Gewalt eingeräumt,

daß sie ohne Zustimmung und Befragung des gesamten Konvents irgend ein Recht selbständiger Art darauf hätten. Jene sind eben auch lediglich Beauftragte des Konvents, die officia unterstehen der Gewalt des Klosters.

Da ist es jedoch nicht unangebracht, daß die officiales, die dem Kellerer als dem Verwalter der stipendia unterstellt sind, durch dessen Hand, zum Vorteil und nach dem Ratschlag der Mönche, ein- und abgesetzt werden. Nachdem dem Kellerer jedes persönliche Recht an den officia abgesprochen ward, wird nunmehr konstituiert, daß er die officiales ein- und absetzen darf, freilich auch dies unter Mitwirkung des Konvents.

G. von Below hat nun behauptet, das Castorstift hätte danach mehrere Bäcker, dagegen bloß einen Koch und Zimmermann gehabt, und diese hätten mit den andern Beamten des Stifts, eben den decimatores und villici unter der Gewalt des Kellerers gestanden. Läßt sich das aufrecht erhalten?

Dem widerspricht vor allem, daß die officiales Inhaber von officia sind; es heißt wörtlich: die officia der Bäcker, des Kochs und des Zimmermanns; und die weiteren Bestimmungen schlagen in dieselbe Kerbe. Man soll wissen, fährt die Aufzeichnung fort, in betreff der bereits erwähnten officiales, daß, wenn irgendein Gewinn aus der Uebernahme eines officium oder der wirtschaftlichen Umänderungen von seiten der villici oder decimatores, was zuweilen vorkommen kann, erzielt wird, dann soll der Kellerer, der ja kein Recht an diesen Aemtern hat, ein Drittel dem Propst, zwei Drittel den Brüdern geben. Daraus geht doch zur Genüge hervor, daß officialis und villicus gleiche Stellung haben, daß man insbesondere einen officialis, einen Beamteten, nicht als bloßen unfreien Handwerker ansprechen darf. Darum wird für die dem Kellerer unterstellten officiales nicht festgesetzt, daß sie mit ihrer Hände Werk dem Kloster dienen sollen, sondern sie sollen

— es sei an den *iudex des capitulare de villis* erinnert! — immer zum Dienste für den Propst und die Mönche bereit sein, für die Herrschaft also: *in opere sui officii*, im Handwerk ihres Amtes.

Es dürfte danach kein falscher Schluß sein, wenn wir als Tatsache hinstellen, daß sowohl die erwähnten Bäcker, als auch der Koch oder der Zimmermann nicht Einzelhandwerker waren — eine solche Schätzung eines einzelnen Handwerkers, daß er mit dem *villicus* auf derselben Stufe rangierte, ist für diese Zeit unerhört; nein, jene hatten noch eine Anzahl von Handwerkern als Untergebene, sie waren *officiales* ihres officium, Niederrichter von hofhörigen Handwerksämtern.

Sehen wir uns zur Unterstützung dieser Ansicht nach gleichen Verhältnissen um, so finden wir solche gelegentlich der Festsetzung der Abgaben, die an den Vogt der Abtei der heiligen Rictrudis zu machen waren.

Der Vogt hatte als Lehen zwei Mühlen und zwei Hufen Ackerland; er empfing weiter Abgaben von den Meiern, den *villici*; dagegen sollen ihm der Koch der Abtei, der *magister* der Bäcker, der *cambarius*, und der auf dem Karren Holz aus dem Haine herbeischafft, nichts geben, weil sie überhaupt von jeder Abgabe an die Vogtei für immer frei bleiben sollen.

Auch hier würde man auf Grund einer wörtlichen Interpretation schließen können, daß es zwar einen *magister* der Bäcker für die Abtei gegeben hat, aber nur einen Koch, einen Brauer (*cambarius* von *camba*, Back- und Brauhaus) und einen Holzhacker, der das gesamte Holz auf seinem Wagen aus dem Walde herbeischaffen mußte. Diese Annahme fällt aber schon um deswillen in sich zusammen, als es sich um eine Abtei handelt, die mehrere Meier hat, die also eine bedeutende Großgrundherrschaft darstellt; für sie dürfte ein Holzhacker oder ein einzelner Koch wohl kaum ausgereicht haben. Vor allem zeigt die Zusammenstellung mit

dem magister der Bäcker und die Gegenüberstellung zu den maiores, daß die andern Erwähnten ähnliche Funktionen verrichteten und sicherlich für ihre Aufgabe Untergebene gehabt haben.

Wieviel nun der letzteren es gewesen sind, ist das wirklich das Ausschlaggebende? Zumal die Bevölkerung im früheren Mittelalter in Deutschland äußerst dünn gesät war. Wo sich nun, wie in der Regel bei den kleinen Klöstern — auch den wenig umfangreichen Grundherrschaften —, nur wenige Vertreter eines einzelnen Handwerks vorfanden, da organisierte man eben mehrere Handwerke zusammen, unterstellte sie einem magister, was um so eher geschehen konnte, als die Arbeitsteilung noch nicht strikte durchgeführt war, man bei Bedarf die Handwerker einfach aus der übrigen Hintersassenschaft auswählte, sie also, anstatt sie mit Landarbeit zu beschäftigen, im Handwerk tätig sein ließ.

In solcher Sachlage war die Oberaufsicht wohl gar nicht von einem besonderen Niederrichter ausgeübt, sondern der villicus besorgte sie mit; oder es genügte doch ein magister, auch wenn die Handwerker in verschiedenen Orten zerstreut lagen. So überließ Herzog Heinrich I. von Schlesien 1204 dem Kloster Trebnitz Handwerker, mehrere lagenarii, d. h. Anfertiger von Lägeln, von Gefäßen für Flüssigkeiten, zwei Böttcher, einen Maurer, zwei Drechsler, sowie Bäcker, Fleischer und Zeidler, deren Abgaben bestimmt festgesetzt waren; sie saßen in mehreren Ortschaften.

Daß man die Handwerker ähnlich organisierte wie die übrigen Hörigen und Knechte, war nur natürlich. Nicht der Zerstreungsbedürftigkeit der Handarbeiter wegen, nicht zur Ergötzlichkeit bei der sauren Arbeit hat man jene Institution eingeführt; auch nicht kriegerrischen Zwecken diente sie, denn mit Recht ist schon darauf hingewiesen worden, daß die gewerbetreibenden Grundholden nicht für den Krieg bestimmt waren; ebensowenig kommen kirchliche Interessen in Frage. Nein, einzig und

allein der Umstand, daß die Handwerker andere Arbeit verrichteten und durch ihre Arbeitsweise aus dem allgemeinen Gerichtsverband der Hintersassenschaft, dem Niedergericht, das sich auf die landwirtschaftliche Tätigkeit mit erstreckte, herausfielen, war der Grund zur Errichtung des *magisterium*, des Niedergerichts nur über die Handwerker. Als solches hatte es die gleiche Kompetenz über die zu ihm Gehörigen wie das Niedergericht über die, welche landwirtschaftliche Dienste verrichteten. Der *magister* ist *Niederrichter* wie der *villicus*, dieser über die *villa*, jener über die Handwerker. Das gilt also für die Grundherrschaften überhaupt.

Bei wenig bedeutenden, gewiß, da wird diese Institution, das *magisterium* also gefehlt haben; da ist die Trennung von landwirtschaftlicher und handwerklicher Tätigkeit überhaupt nicht durchgeführt gewesen.

Dagegen „kennt jede bedeutendere Grundherrschaft die Organisation nach den vier großen Hofämtern des Truchseß, des Schenken, des Kämmerers und des Marschalls, neben denen häufig noch Keller- und Küchenmeister und ähnliche vorkommen. Dem einen oder dem andern dieser Beamten pflegen nun die etwa vorhandenen Handwerker unterstellt zu sein: nicht durchaus alle einem, sondern häufig geteilt, je nachdem sie in den einzelnen Departments Verwendung finden“ (F. Keutgen). So ist in der Hofhaltung des Erzbischofs von Köln neben Marschall, Schenk, Kämmerer und Truchseß auch ein *magister coquinae* da, dem die fünf anderen Köche, die also das eigentliche Handwerk ausüben, weiter derjenige, welcher die Messer besorgt, sowie der *bacherarius* (Becherer) und der *buttelarius* (von *butella*, Flasche, frz. *bouteille*, span. *botella*, ital. *bottiglia*), dieser mit zwei ihm bei der Arbeit helfenden Bediensteten, unterstellt sind.

Die Küche mit ihrem Personal ist also als eigenes *magisterium* konstituiert; andere *magisteria* sind wohl

den einzelnen Hofbeamten zugewiesen, denn die ganze Hofhaltung hat ihr deutliches Vorbild an der Pariser des französischen Königs.

In Paris nämlich finden sich die *magisteria* ganz ausgeprägt vor, und sie sind in den Händen der höchsten Hofämten.

So ist das *magisterium* der Bäcker (*la mestrise des talemeliers*) im Besitze des königlichen Haushofmeisters; das der Schmiede, das im XIII. Jahrhundert die Huf-, die Grob-, die Bohrschmiede und die Helmmacher umfaßt, hat als *magister* der Hofmarschall unter sich; weiter steht an der Spitze der Althändler, Handschuhmacher und Kürschner der königliche Kämmerer (*chambier*); der Kammerherr des Königs (*chambellan du roy*) hat das *magisterium* der Korduaner und Stiefelmacher inne; ein Teil der Einkünfte fiel an den Kämmerer, der später das ganze Amt erwarb; die Altflicker stehen unter den königlichen Stallmeistern.

Anfänglich mag ja immer der betreffende Beamte, der die nächsten Beziehungen zu der jeweiligen Kategorie der Handwerker hatte, auch *magister* über dieselben geworden sein, nämlich der Truchseß über die Bäcker, der Schenk über die Brauer, der Marschall über die Schmiede. Indes, bald traten andere Gesichtspunkte, wie Bewidmung eines verdienstvollen Hofbeamten mit einem solchen Amt, um ihm die Erträgnisse zuzuwenden, oder bloße Willkürlichkeiten hierfür auf.

Die Klöster, um zu diesen zurückzukehren, zeigen wiederum manche Besonderheiten, schon ihrer beschränkten Verhältnisse wegen. So gehören beispielsweise zum *officium* der Nonne Elisabeth, die *custos* des Nonnenklosters von Essen ist, nach einer Urkunde vom Jahre 1164 ein Bäcker und zwei Kürschner.

Es ist das *magisterium* oder *officium*, wenn überhaupt vorhanden, auf den kleineren ganz wie auf den bedeutenderen Großgrundherrschaften die gleiche Institution.

Wo in Deutschland die Bezeichnung *magister* oder *officialis* begegnet, haben wir es mit demselben Beauftragten oder Berechtigten zu tun wie in Frankreich.

Die hörigen Handwerker sind auf dem Fronhofe zu einer Organisation, dem *magisterium* zusammengeschlossen, und dieses ist als Niedergericht gebildet, ist eine unkörperliche Immobilie des deutschen Privatrechts. An der Spitze steht der Niederrichter, der in der Regel den Titel *magister* führt; er hat die niedere Gerichtsbarkeit — worein eingeschlossen ist das Oberaufsichtsrecht über den Handwerksbetrieb — über die ihm unterstellten Handwerker, wie der *maior* oder *villicus* über die Landarbeiter; beider Kompetenz ist die gleiche.

Das ist also auch in Deutschland der Fall, wo eben sich eine Großgrundherrschaft ausgebildet hat, ganz wie in Frankreich. Insbesondere ist die Verfassung der *civitates* der Bischöfe mit Bezug auf den Handwerksbetrieb und die Handwerker ganz nach den französischen Einrichtungen zugeschnitten. Zumal, und wohl am reinsten mit in der *civitas*, die Frankreich so benachbart ist, in Straßburg.

Die Verfassung der *civitas* Straßburg ist nach dem aus dem Ende des XII. Jahrhunderts stammenden Stadtrecht ganz die einer französischen *villa* oder *civitas*, denn der Bischof hat sie vollständig in seiner Hand. Insbesondere setzt er alle Beamten ein, bzw. nur die von ihm bestellten können wieder Organe bestimmen, die unter ihnen stehen; und nur einem aus seiner *familia* darf der Bischof ein öffentliches Amt anvertrauen.

Es findet sich hier nur die deutsche Modifikation, daß ein Vogt bestellt ist, der den Blutbann vom Kaiser hat. Dieser Vogt übt jedoch die Gerichtsbarkeit nicht selber aus, sondern hat seinerseits wieder den vom Bischof vorgeschlagenen Schultheißen — also ein weiteres Abbröckeln staatlicher Macht zugunsten der Großgrund-

herrschaft — damit betraut. Ja, der Vogt ist sogar ausdrücklich dazu verpflichtet, denn er ist in erster Linie bischöflicher Beamter, er darf keinem, den der Bischof damit beauftragen will, die Gerichtsbarkeit vorenthalten, da er seine Vogtei vom Bischof hat und ihm gehorchen muß.

Wir wollen uns vor allem die Organisation der Handwerker näher betrachten.

Sämtliche Bürger, und darin eingeschlossen die Handwerker, sind hörig, denn sie sind der Herrschaft, d. h. dem Bischof also, pflichtig zu Frondiensten; es wird normiert, daß die einzelnen Bürger in jedem Jahre fünfmal eine Anzahl von Tagen im Herrschaftsdienst arbeiten müssen.

Davon werden indes gewisse Ausnahmen statuiert; diese sind nicht als solche anzusehen, wie sie etwa für Vollfreie gelten könnten; sondern es werden von jener regelmäßigen, fünfmaligen Arbeitsleistung die befreit, die der Herrschaft zu anderen, zu besonderen Frondiensten verpflichtet sind; sie sind nicht etwa Vollfreie, sondern haben nur besondere Fronen zu prästieren.

Da sind einmal alle Münzer ausgenommen, die ausdrücklich als zur familia des Bischofs gehörig angeführt werden. Schon dieser Zusatz beweist, daß wir es mit sogenannten Halbfreien zu tun haben. Sie sind zu einem officium zusammengeschlossen und unterstehen einem magister. Das Recht, Münzer zu sein, erlangt man durch den Amtskauf. Der magister der Münzer ist für den technischen Betrieb verantwortlich, hat auch das Aufsichtsrecht gegen Verausgabung falschen Geldes, freilich zur Durchführung deshalb notwendig werdender Strafen muß er sich an das ordentliche Gericht des Bischofs wenden: wir werden noch mehrfach finden, daß wir hier an der Schwelle der Trennung von Justiz und Verwaltung stehen.

Die Münzer stehen im ständigen Dienst des Bischofs, und er regelt ihre Verpflichtungen.

Unter den Gerbern brauchen zwölf die fünfmalige Fronarbeit nicht zu machen. Diese müssen aber auf Kosten des Bischofs dafür Felle und Leder zubereiten, so oft er solches nötig hat. Das Rohmaterial hierzu kauft der magister der Gerber mit dem Gelde des Bischofs zu Köln oder Mainz ein; und zu seinen Einkäufen nimmt er so viele von den erwähnten Gerbern mit, als er für notwendig erachtet. Erleiden diese unterwegs einen Schaden, sei es an ihrem Eigentum oder durch etwaige Gefangenschaft, so muß der Bischof ihnen denselben ersetzen. Diese zwölf stehen dem Bischof also zur besonderen Verfügung. Das magisterium der Gerber aber erstreckt sich, wie aus der Diktion hervorgeht, über alle Gerber.

Was für bloß zwölf Gerber festgesetzt ist, das gilt für die Schmiede insgesamt; dafür ist indes ihrer Gesamtheit manches Besondere auferlegt, auf das wir hier nicht näher einzugehen brauchen. Es handelt sich um besondere „Dienste“, Abgaben und Fronden, für den Bischof.

Aehnlich verhält es sich mit acht von den Schustern, vier von den Handschuhmachern, mit den Sattlern und Schwertfegern insgesamt; ebenso mit allen Bechermachern und Küpern, den Wirten, den Müllern und Fischern.

Diese Ausnahmen sind gemacht für solche, die für besonderen Bedarf des Bischofs — namentlich bei plötzlichem Eintreten desselben — sorgen müssen, oder die besondere Frontage haben. So sollen die Zimmerleute jeden Montag auf Arbeit für den Bischof gehen, auf seine Kosten. Sie müssen frühmorgens zur Pfalz kommen, und erst wenn sie bis zum Läuten der Glocke für die Frühmesse nicht verwendet worden sind, sollen sie an dem betreffenden Tage wieder weggehen können; natürlich sind sie nicht gehalten für einen andern zu arbeiten als den Bischof, eben den Großgrundherrn.

Die Handwerke unterstehen fast alle dem Burg-

grafen; es sind dies die zehn namentlich aufgeführten, nämlich Sattler, Gerber, Handschuhmacher, Schuster, Schmiede, Müller, Küfer, Schwertfeger, Obsthändler und Schenkwirte; deren *magistri* setzt der Burggraf ein, und er hat das Recht, über sie zu richten, wenn sie in ihrem *officium* etwas versäumen. Andere Gewerbe, wie die der Bäcker, Fleischer, Fischer, Zimmerleute werden dabei also nicht erwähnt; aber sie sind nicht als freie Handwerke anzusehen; von Fischern und Zimmerleuten werden ausdrücklich besondere Dienste verlangt; es ist möglich, daß diese mit anderen Handwerkern zu einem *magisterium* vereinigt sind, wie ja Fischer und Müller zusammengenannt werden.

Wie kommt nun der Burggraf zu seinem Aufsichtsrecht über die Handwerker?

Er war wohl ursprünglich der Befehlshaber der Altstadt, später der Stadt Straßburg. Dazu paßt es noch einigermaßen, wenn die *baupolizeilichen* Befugnisse in der Hand des Burggrafen liegen. So hat er vor allem im Interesse der Stadtverteidigung die Ueberbauten auf den Straßen zu verhindern, etwaige Strafen dafür zu verhängen. Aus dem gleichen Grunde bedarf es zur Neuanlage von Märkten seiner Erlaubnis.

Doch er hat weiter, ganz wie der Kölner Burggraf, die *Probenedenare* zu verwahren. Des ferneren untersteht ihm der Markt in der Altstadt; er bezieht die daraus herrührenden Einnahmen, während in der Neustadt der Marktverkehr Angelegenheit des Zöllners ist, mithin dieser die Abgaben erhebt.

Diese Zuständigkeit des Burggrafen läßt sich nicht aus seinem militärischen Dienstverhältnis herleiten, und ebenso wenig können wir die Beziehungen des Burggrafen zu den Straßburger Handwerkern „in der militärischen Bedeutung des Handwerks erblicken“. Ihm sind, ganz wie in Paris den Hofbeamten, fast alle oder gar alle *officia* in Straßburg unter-

stellt, weshalb er deren magistri ernennt. Dies aus dem einfachen Grunde, weil es einer Aufsicht über die Handwerke bedurfte.

Und hier in Straßburg ist eine bedeutungsvolle Aenderung angebahnt: die Trennung von Gericht und Verwaltung.

Straßburg befindet sich um diese Zeit im Uebergang von der Natural- zur Geldwirtschaft, vom Dorfe zur Stadt. Die neuen Verhältnisse, die sich herausbilden, die Wandelung der sozialen Zustände, der reichere Kulturbetrieb, all das macht die eben erwähnte Differenzierung des Rechtslebens notwendig.

Zöllner und Burggraf teilen sich in die Verwaltung; sie haben die spezifischen Verwaltungsmaßnahmen in der civitas durchzuführen. Einen Anteil nach bestimmter Richtung hat der magister der Münzer, wie wir gesehen haben.

Aber noch ist die Trennung von Justiz und Verwaltung, von Gericht und Polizei nur in den Keimen vorhanden; bloß die dahingehende Tendenz läßt sich nachweisen. So hat insbesondere der Burggraf noch Gewalt zu urteilen über die von ihm eingesetzten magistri, wenn sie in ihrem officium etwas verabsäumen; seine Gerichtsstätte befindet sich in der bischöflichen Pfalz; wollen sich die magistri seinem Urteil nicht fügen, so bringt jener die Sache an den Bischof selber.

Ganz ähnlich verhält es sich übrigens auch mit dem Burggrafen von Augsburg, der eigentliche militärische Befugnisse überhaupt nicht hat. Er ist Richter, „ausdrücklich wird ihm das Richten über unrecht Maß und Gewicht beilegt“ (S. Rietschel). Das ist gerade das, womit die besondere Tätigkeit des Rates der Städte ihren Anfang nimmt, die Verwaltung also sich von der Justiz sondert.

Daß die Straßburger Zustände nicht etwa singulär in Deutschland dastehen, dafür ist der beste Beweis Trier.

Hier finden wir das *magisterium* in Blüte, als ausgeprägte Institution in dem Trierer Verfassungs- und Rechtsleben. Es untersteht ganz dem Erzbischof, ist Pertinenz seiner Kammer.

Als wichtigstes Stück wird gleich das Münzwesen geordnet. Der Handwerksbetrieb wird besorgt von sechs *discipuli*, die in der Münze sind, und der siebente ist der *magister* der Münze.

Auch die Juden unterstehen einem *magister*, dem Kämmerer nämlich; dieser hat die geringeren Vergehen zu büßen, als *magister* ist er eben Niederrichter. Für die schweren Friedensbrüche innerhalb des Ghetto ist das Gericht des Schultheißen zuständig.

Zur Kammer des Erzbischofs gehören und dessen Kleider müssen besetzen sechs Kürschner; und wieder ist ein siebenter ihr *magister*; ähnliche Verpflichtungen haben die Schuster; die Schmiede; die Fleischer, die auf Befehl des Kämmerers Botendienste für den Erzbischof leisten bis auf sechs Meilen weit rings um Trier, wie ja auch von den Kürschnern gesagt ist, daß sie ohne Lohn arbeiten, aber auf Kosten des Kämmerers, der ihnen also das Rohmaterial zu stellen und die Nahrung zu verabreichen hat, wenn sie für den Erzbischof tätig sind.

Ueber diese Handwerke hat der Kämmerer die niedere Gerichtsbarkeit in allen Sachen und Vorfällen; die schweren Friedensbrüche dagegen gehören vor das Schultheißengericht. Doch findet sich auch eine Einwirkung des Schultheißen — Abweichungen im einzelnen kommen überall vor, weil die Herrschaft willkürlich vorgehen kann — auf das *magisterium*; denn er ernennt den *magister* der Fleischer, der aber ein *discipulus* des Kämmerers ist.

Der Kämmerer ist weiter, wie es ausdrücklich heißt, der *magister* über die Schar-, Glas- und Pergamenthüfner. Deren Hufen sind nicht etwa besonders privilegiert, sondern

sie gehören zur untersten Klasse der Hufen, zu den schlechthin eigenhörigen Hufen; nur schulden ihre Inhaber besondere Dienste bezw. Abgaben statt der gewöhnlichen Fronden, so daß sich „nach dem Gegenstand der von den hörigen Hufen geschuldeten Leistungen Pergament-, Glas-, Kohlen-, Schiffer-, Fischer-, Forst-, Silberschmied- u. a. Hufen“ finden. In Trier haben z. B. die Scharhüfner Saumtiere auf Befehl des Kämmerers zu stellen, wenn der Bischof an den Hof des Kaisers oder über die Alpen zieht; die Glashüfner liefern die Fenster für die Kirchen, die Pergamenthüfner das Pergament für den Notar des Bischofs. —

Aus den bisherigen Ausführungen dürfte hervorgehen, daß sich auf den Großgrundherrschaften ein ziemlich reger Handwerksbetrieb entfaltete und schon ausgeprägt einzelne Handwerke sich ausgebildet haben. Dies hat zu der Behauptung Anlaß gegeben, daß gegen das Ende der Regierung Karls des Großen die fränkischen Gewerbe sich in einem Zustande blühender Entwicklung befunden hätten.

Aber davon kann zunächst keine Rede sein. Gewiß, „wo dies System der unfreien oder hörigen Arbeit Platz greift, ist eine weitergehende Arbeitsteilung und eine größere Verfeinerung der Bedürfnisse möglich“ (K. Bücher). Doch einmal bedeutete dies keinen Fortschritt gegenüber dem Altertum, sondern mehr eine bloße Nachahmung; und dann wurde dadurch die frühmittelalterliche Wirtschaftsweise nicht gesprengt bezw. weiter gebildet. Das hörige Handwerk ist nicht zum Träger der Evolution geworden, wie sie im späteren Mittelalter erscheint. Im Gegenteil, gerade mit Hilfe desselben wird das Prinzip der Selbstgenügsamkeit der Eigenwirtschaft strikte durchgeführt und der Hausfleiß geradezu stabilisiert. Das frühere Mittelalter ist kulturell etwas glänzender geworden dadurch, daß die hörigen Handwerker im Rahmen der Fronhofwirtschaft ihren speziellen Berufen obliegen, handwerkliche Leistungen schaffen konnten; aber gerade diese rechtlichen

Formen, in die sie eingezwungen waren, mußten erst zerbrochen werden, ehe eine neue Zeit heraufziehen konnte.

Wir erinnern uns, daß die villa ganz wie die Hufe den Bedarf ihres Eigentümers aus sich heraus decken sollte. Beide produzieren also nicht auf Ueberschuß, sondern nur für den Eigenbedarf. Für die Großgrundherrschaft wie für den Freibauern ist das Hauswerk, der Hausfleiß, d. h. die Arbeitsleistung ohne Zuziehung von freien auswärtigen Arbeitskräften und von Rohmaterialien von auswärts, die Bedürfnisbefriedigung nur aus dem Eigentum, das regelmäßige System im früheren Mittelalter. Obwohl dann beim Fortschreiten der Arbeitsteilung Grundholden nur für bestimmte handwerkliche Beschäftigungen verwendet werden, obwohl sie lediglich je ein bestimmtes Handwerk betreiben, bleiben sie doch nur für den Eigenbedarf der villa tätig, fügen sie sich ganz in die Großgrundherrschaft ein.

Sie sind es ja gerade, die verhindern, daß ein selbständiges freies Handwerk emporkommen kann. Die wirklich kaufkräftigen Leute, die größeren Grundbesitzer und die Großgrundherren, lassen alles bei sich selber produzieren oder bestreben sich wenigstens, dies nach Möglichkeit zu erreichen; sie ahmen darin also die Freibauern nach, und damit haben wir wieder ein Zeugnis dafür, daß die letzteren das Wirtschafts- und Rechtsleben bestimmen. Wie sie selbst den reichsten Adligen nötigen, ein vollfreies Eigen als Beweis seiner Freiheit stetig aufzuzeigen, so gilt ihnen der geschickteste Handwerker als Knecht, wenn er nicht seine freie Hufe besitzt. Das Handwerk als solches ist rechtlich nicht anerkannt, hat Bedeutung nur innerhalb der Großgrundherrschaft: es kann nicht der vollgültige Beruf eines freien Mannes sein.

Darüber darf nicht die Arbeitsteilung, auf die wir gestoßen sind, täuschen; vom Standpunkt des öffentlichen Rechts aus war es völlig dasselbe, ob einer land-

wirtschaftliche oder ob er handwerkliche Fron verrichtete; „die Arbeitsteilung, die wir in der Verschiedenheit der Handwerker erblicken, hat sich daher zwar für die Produktion mit allen ihren Folgen, für die Produzenten aber nur, weil sie ihre Arbeit berührt, nicht auch, soweit sie den Arbeitsvertrag und die Verteilung der Güter betrifft, vollzogen“ (G. Schönberg).

Deshalb ist grundsätzlich daran festzuhalten, daß das Handwerk im früheren Mittelalter von Unfreien oder Halbfreien betrieben worden ist.

Gleichwohl hat es, allerdings ganz vereinzelt, einige freie Handwerker gegeben, die somit frei waren, trotzdem sie nur ein Handwerk ausübten, nämlich die Schmiede. Die gemeingermanische Sage vom Schmiede Weland zeigt, in welcher hohen Achtung sich das Schmiedehandwerk überall befand. Man brauchte eben dies Gewerbe; hier versagte der Hausfleiß. Wenn schon jeder Bauer sich etwas auf die Schmiederei verstand — „bei den Norwegern finden sich die Schmiede wie die Mühle in manchen Landstrichen bei jedem Bauernhof, so daß fast alles, was das Haus bedarf, aus der Arbeit aller Hausgenossen hervorgehen kann“ (K. Bücher), also ganz der alte Zustand —, zur Bearbeitung der Metalle oder gar zum Anfertigen von Waffen hat er es doch nur vereinzelt gebracht. Das war Sache des Schmiedes, des Künstlers *κατ' ἐξοχήν*; *fabrica*, *smidstat*, *smidwerch* erwähnt, als in besonderem Schutze stehend, schon die *lex Baiuvariorum*.

Die Schmiede, die wir ebenfalls frühzeitig bereits genannt finden, werden ausdrücklich als Freie bezeichnet (*ingenuus faber*, *Alfbaldus nomine* u. dgl. m.). Ferner der Umstand, daß Schmiede als solche überhaupt ausdrücklich verzeichnet werden, da, wo man die andern Handwerker nicht im geringsten berücksichtigt, beweist schlagend, daß wir es mit Vollfreien zu tun haben.

Damit ist freilich noch nicht anzunehmen, daß nun der

Schmied schlechthin als Freier anerkannt worden wäre, also auf Grund seines Handwerks. Er hat sicherlich noch Landwirtschaft mit getrieben und sich erst allmählich mehr und mehr auf das eigentliche Gewerbe beschränkt, je mehr sich Nachfrage nach seinen Erzeugnissen einstellte. Ueberhaupt „dürfen wir uns die ersten Anfänge des Handwerks wohl nach dem Bilde vorstellen, das uns die späteren mittelalterlichen Quellen von dem ländlichen — auch städtischen — Handwerk liefern. Wir finden, daß die ländlichen Handwerker des Mittelalters regelmäßig zugleich mehr oder weniger Landwirtschaft trieben“ (G. von Below).

Die Möglichkeit, Handwerkerdienste zu verrichten und Lohn dafür zu empfangen, die bestand schon lange. Das letztere war ja auch möglich bei rein landwirtschaftlichen Arbeitsleistungen. So hatten die Normanneneinfälle eine Art „Sachsengängerei“ hervorgerufen. Aus den verwüsteten und darniederliegenden Gegenden waren die Hörigen in die gewandert, die von den Verheerungen unberührt geblieben waren; es wird darum angeordnet, daß sie mindestens zur Zeit der Aussaat und der Ernte in ihre Heimat und zu ihrem Seniorat zurückkehren sollen, um ihrem Senior zu dienen; die übrige Zeit dürfen sie wieder sich in die andern Gegenden begeben, um da durch Weinbergsarbeit oder sonstigen landwirtschaftlichen Lohndienst sich Verdienst zu verschaffen, von dem sie keine Abgaben zu leisten brauchten; vielmehr, was sie hier durch ihren Dienst sich erworben oder sich auf andre redliche Weise beschafft haben, darüber dürfen sie frei verfügen.

Wirkliches Handwerk gegen Lohnzahlung war bei Kirchenbauten möglich. Es können die königlichen Vasallen, heißt es bei Ansegis, mit dem Bischof oder Abt vereinbaren, daß diese, statt Fronarbeit bei der Ausbesserung einer Kirche leisten zu lassen, dafür lieber Silber, d. i. Geld, geben, und zwar entsprechend der von ihnen schuldigen Arbeitsleistung. Mit jenem soll dann der betreffende rector der Kirche zur

nötigen Wiederherstellung derselben Handwerker mieten (*operarios conducere*) und Baumaterialien kaufen.

Aehnlich war es beim Brückenbau und andern derartigen öffentlichen Arbeiten; diese mußten die Kirchenleute mit dem andern Volke zusammen vornehmen; dem Vorsteher der betreffenden Kirche wurde sein Teil zugewiesen; war er nun damit an dem festgesetzten Termin nicht fertig, dann sollte der Graf ihn gemäß der für die Vollendung des angefangenen Werkes nötigen Kosten pfänden, damit dieses zustande käme.

In beiden Fällen arbeiteten dann Leute, die von dem betreffenden Bauleiter unabhängig waren, während die Bauhandwerker ebenfalls unter einem *magister* standen. Es konnten unter jenen Freie sein, da es sich teilweise um öffentliche Dienste handelte; in der Mehrzahl werden es aber Hinterlassen, sogenannte Halbfreie gewesen sein, wie die oben genannten *Sachsengänger*; so entließ noch 1295 das Kloster Scheiern hörige Handwerker nach München, wo sie ihrem Handwerk oblagen, ohne frei zu sein bzw. zu werden.

Waren also ursprünglich bis auf verschwindende Ausnahmen nur hörige Handwerker vorhanden, insofern es sich um reinen Handwerksbetrieb handelte, so konnten infolge jener Möglichkeit, Lohn in freier handwerklicher Tätigkeit zu empfangen, sich die Freien mehr und mehr dem Handwerk widmen und sich schließlich nur durch dieses ihren Lebensunterhalt beschaffen. „Je mehr die Germanen sich entwickelten, sagt sehr richtig W. Stieda, desto häufiger legten die Freien das alte Vorurteil ab und begannen sich dem Gewerbebetrieb zuzuwenden.“

Es war eben gar nicht anders mehr möglich: die Deutschen mußten zum Handwerk übergehen. Denn das Land konnte seine Bewohner bei der bisherigen Wirtschaftsweise, dem Hauswerk, der Naturalwirtschaft, nicht mehr ernähren. Alles Land, soweit es in Anbau genommen war, überhaupt genommen werden konnte, befand

sich in festen Händen. Auch die Großgrundherrschaften hatten genug Menschen, konnten kaum noch welche fassen und gingen teilweise selber zum Gewerbebetrieb über.

Freilich, auf dem platten Lande konnte sich das Handwerk nicht entfalten.

Daran war einmal schuld, daß die Großgrundherrschaft, auch noch im späteren Mittelalter, das Handwerk beschränkte; fremde Handwerker wurden gar nicht zugelassen; das Aufsteigen der einheimischen wurde dadurch gehemmt, daß streng an der Abhängigkeit derselben festgehalten ward.

Aber auch die freien Gemeinden suchten das Handwerk möglichst fernzuhalten; die Wirkung der frühmittelalterlichen Anschauungen reichte bis tief ins spätere herein. Nur wenige, ganz unentbehrliche Handwerke wurden geduldet, nur einzelne Handwerker zugelassen; „man ging nämlich hinsichtlich der Handwerker von der Ansicht aus, daß das Erwerbsleben im Interesse der Mark und der Markgenossen selbst möglichst zu beschränken sei, ein Bestreben, das nicht nur zu Bann- und Zwangsrechten, sondern auch, um die Markwaldungen zu schonen, zu anderen großen Beschränkungen geführt hat“ (G. L. von Maurer).

Nur für das Dorf selber, nicht für den Absatz nach auswärts sollten die Handwerker produzieren, ein Prinzip, das ja auch in der Stadt beobachtet wurde, wo das Handwerk in der Hauptsache den lokalen Bedarf befriedigte. Freilich durch den sich immer mehr entwickelnden Handel wurde für die Stadtwirtschaft jenes Bestreben illusorisch gemacht.

Dagegen ging man ihm auf dem Lande also unentwegt nach. Andererseits sorgte man gelegentlich dafür, daß man für jedes Handwerk einen Vertreter in der Mark hatte. Doch hat sich dieses erst im späteren Mittelalter hier herausgebildet, denn das ganze frühere hindurch ist es Grundsatz in der Wirtschaftsweise: sich durch Hauswerk die

Güter der Bedürfnisbefriedigung selber zu beschaffen.

Unter diesem Zeichen steht der frühmittelalterliche Markt und sein Verkehr.

Man ist nicht unbedingt auf den Tauschverkehr angewiesen. Doch man bedient sich seiner, da man gar bald die Annehmlichkeiten zu schätzen versteht, die er mit sich führt. Freilich, gerade durch diesen Verkehr und durch das aufkommende Marktwesen wird das Prinzip der Naturalwirtschaft, wird das Hauswerk, der Hausfleiß durchbrochen. Eine neue Wirtschaftsweise beginnt, eine völlige soziale Wandlung wird durchgeführt, und neue Rechtsformen bilden sich aus. Der Markt mit seinem Handelsverkehr wird zum Substrat eines neuen Rechts, oder besser, er führt zu einer weiteren Differenzierung der rechtlichen Institutionen; damit bildet er den Uebergang zur Stadtwirtschaft und Stadtsiedlung, zum Stadtrechte und zur Stadtverfassung.

Viertes Kapitel.

Der Handelsverkehr und das Marktwesen.

Von einem durchgreifenden Handel kann in einem Zeitalter der Naturalwirtschaft nicht die Rede sein. Hauswerk herrscht im früheren Mittelalter, und seine Erzeugnisse genügen: für den Einzelhaushalt wie für die villa. Was jede Familie, bezw. Herrschaft für sich, zu des Lebens Nahrung und Notdurft gebraucht, produziert sie selber und ist nicht auf Ergänzung von auswärts angewiesen. Eine reine Bauernkultur also, begründet auf den Ackerbau und die dazu notwendige Viehzucht.

Darum ist auch der Besitz von Grundeigentum für den einzelnen so eminent wichtig; und er konzentriert auf dasselbe sein ganzes Interesse, weil seine Existenz davon abhängt, weil er ohne jenes sein Leben nicht zu fristen vermag. Es ist deshalb nur natürlich, daß diese Lage der Dinge auch ihren rechtlichen Ausdruck gefunden, daß das Grundeigentum im Mittelpunkt des ganzen Rechtslebens gestanden hat, und daß neben dem Ackerbau keine andere wirtschaftliche Tätigkeit als gleichberechtigt anerkannt ist.

Auf eine solche Kulturstufe darf man nicht geringschätzig zurückblicken, wenngleich sie etwas sehr einfach, ja ärmlich vorkommen mag. Es ist das aber ein zum weiteren kulturellen Aufstieg eines Volkes notwendiges Durchgangsstadium; und es haben auch da die Menschen gewirkt und geschaffen, die Zukunft vorbereitet. Das Kriterium ist nicht, ob sie alle andern Kulturstufen überflügelt, sondern ob sie in ihrer Lage das geleistet haben, was sie vermochten.

Unter solchem Gesichtswinkel betrachtet, können wir den Germanen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, die ihnen solange vorenthalten worden ist. Der Vorwurf der

Barbarei, mit der sie die Antike erfüllt haben sollen, kann sicherlich nicht aufrecht erhalten werden. Gewiß, sie haben allenthalben jene höhere Kultur, die sie vorgefunden, zertrümmert; aber wo sie es konsequent getan, da ist es ihnen mehr als Verdienst denn als Sünde anzurechnen; denn nur dadurch ist ihre harmonische Entwicklung gewährleistet, nur dadurch ist es möglich geworden, an die Stelle der faulenden antiken eine neue jugendfrische Kultur zu setzen.

Das gereicht ihnen zum Lobe, daß sie auf diese Weise eine originale Kultur erzeugt haben: unsere Geschichte ist nicht ein bloßer Abklatsch der Antike geworden, unser gesamtes historisches Werden war von den antiken Errungenschaften beeinflußt, aber nicht überwuchert worden. Und nochmals sei es betont: es war ein Zeichen von Kraft, daß die Germanen alles zerstörten, was für sie noch nicht paßte.

So geriet mit den andern Institutionen auch das römische Handelswesen in Gallien und Germanien in völligen Verfall. Was an Handelsverkehr blieb, stellt sich dar als ein gelegentlicher Tauschhandel, vermittelt durch fliegende Händler. Es ist das die primitivste Art, dieser Austauschverkehr durch vagierende Kaufleute (von *caupo*); es fehlt vor allem der Wertmesser der Ware, das Geld, in dem der Tauschwert des betreffenden Gutes festgesetzt werden konnte.

Bis es zur Durchbildung dessen kommt, ist der Vorgang recht einfach, darum von keiner großen wirtschaftlichen und rechtlichen Bedeutung. Der Händler, wie heutzutage der Hausierer, stellt seine Waren öffentlich aus, auf dem Dorfplatz oder in jedem Gehöft, und läßt sich nun Gegenstände, Produkte der Wirtschaft oder Jagdbeute dagegen bieten; dabei fehlt jeder Maßstab, und es ist bezeichnend, daß tauschen und täuschen als synonym gelten.

Indes, bald erlangen besondere Güter und Gegenstände Geldfähigkeit, da eben das Bedürfnis vorliegt, einen allgemeinen Wertmesser zu haben, nach dem die Tauschwaren abgeschätzt werden können. Einen solchen gibt namentlich

das Vieh ab; so werden die Schillinge noch in dem sächsischen Gesetz Karls des Großen in Viehhäupter umgerechnet. Bei den Friesen sind es Wollstoffe, im Norden Felle von Eichhörnchen.

Es ist klar, daß dabei der ganze Handel, der überhaupt einen recht abenteuerlichen Anstrich hat, nur in bescheidenem Umfang betrieben werden kann. Erst wenn nicht mehr Produkt gegen Produkt — ein recht umständlicher Vorgang — getauscht wird, sondern wenn der Tauschwert in Geld berechnet und ausgezahlt werden kann, kurz erst dann, wenn der Kaufhandel den primitiven Tauschverkehr verdrängt, vermag der Handel einen großen Umfang anzunehmen.

Das Handelsleben wirkt seinerseits wieder befruchtend auf die allgemeine Wirtschaft ein; das Geldwesen zumal erfährt den notwendigen Ausbau, denn Geld ist das Blut des Handels; auf diese Weise wird der Uebergang zur Geld- und Kreditwirtschaft in die Wege geleitet.

Also erst mit dem Verständnis für Geld und Geldwesen, zumal nachdem die Edelmetalle Geldwert erlangt haben, vermag sich ein intensiver, ein Kaufhandel zu entwickeln, und dieser bedingt den Ausbau des Geldwesens, eben den Uebergang zum Münzwesen; beides geht Hand in Hand, das eine folgt aufs andere. In Franzien geschieht das verhältnismäßig früh und rasch, weil hier die antiken Institutionen nicht völlig verschwunden sind, sondern von der einheimischen Bevölkerung bewahrt wurden; freilich läßt man im allgemeinen die Entwicklung zu rapid vor sich gehen. Erst mußten die Franken damit vertraut sein, vorher war ein allgemeiner Handelsverkehr nicht möglich.

In Franzien bot sich Gelegenheit zum Absatz von Waren an zahlreiche Menschen, weil diese bei bestimmten Anlässen an einem und demselben Orte zusammenströmten. So kamen zum Märzfeld die Waffenfähigen aus dem ganzen Reiche, zum Thing des Grafen die Vollfreien des betreffenden Gaus zusammen; namentlich aber waren es die religiösen

Feste, die großen Zulauf hatten, und nach der eigentlichen kirchlichen Feier hatte man Gelegenheit zu anderem Tun und Treiben. „Sowie aber diese gelegentlichen Berührungen zu regelmäßigen werden, der Verkehr einen gewissen Umfang erhält, so nimmt er die Form des Marktes an, d. h. er konzentriert sich auf bestimmte Orte und bestimmte Zeiten, wo der Kaufmann sicher ist, eine größere Zahl von Abnehmern, der Käufer sicher ist, die gesuchte Ware zu finden“ (K. Rathgen).

Nun die Germanen selber so weit waren, übernahmen sie teilweise die römischen Institutionen, die bisher unter der einheimischen Bevölkerung, wenschon mehr geduldet als von Staats wegen anerkannt, fortgelebt hatten. Der Name: Markt deutet darauf hin; denn er ist ein Lehnwort wie Turm und Mauer (von mercatus; Notker kennt *mercate*; davon, durch Inversion, in der Regensburger Kaiserchronik z. B. *marchet*, *market*).

Im Anschluß daran wurde auch dem Münzwesen die Aufmerksamkeit zugewendet; und hierin übernahm man, da in dieser Beziehung die Franken noch völlig unselbständig waren, die römische Währung und den römischen Münzfuß, nur daß die fränkischen Könige ihr Bildnis auf die Münzen, freilich nur Silbermünzen, der Goldsolidus war nur Rechnungseinheit, prägen ließen.

Es wurde anfänglich streng daran festgehalten, daß die Regelung des Münzwesens Sache des Staates, bzw. des Herrschers war. Es können die Münzregulierungen und die Bestimmungen gegen Falschmünzerei, die von Staats wegen erlassen und getroffen werden, beinahe den Glauben hervorrufen, als befände man sich bereits inmitten eines geldwirtschaftlichen Zeitalters. So wird normiert: es sollen nur in acht Pfalzen Münzstätten sein, sonst aber an keinem Orte im ganzen Reiche, was man geradezu als Beweis dafür anführen könnte, daß die Münzverfassung so vortrefflich geord-

net gewesen sei, wie später kaum einmal wieder — wir werden das Nähere noch verfolgen.

Jedoch dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß das Münzwesen zunächst nur dem romanischen Teil der Bevölkerung vertraut war. Die Franken konnten sich gar lange nicht damit befreunden, und es bedurfte harter Strafen, um sie zu zwingen, echte vollwichtige Denare nicht zurückzuweisen. Denn i. J. 818 wird festgesetzt und 864 wird es wiederholt, daß ein Freier, der sich einer solchen Handlung schuldig macht, den Königsbann bezahlen soll; ein Knecht soll statt dessen sechzig Schläge mit Ruten auf den nackten Körper erhalten, oder es muß für ihn sein Herr oder sein magister, wenn er ihn nicht zur Bestrafung stellen will, den Königsbann entrichten.

Solche im Vergleich mit dem Vergehen geradezu ungeheuerlichen Strafen wendete man an, um die Annahme des Geldes durch alle Einwohner von Franzien zu erzwingen. Demnach hatte man sich hier noch keineswegs ins Münzwesen eingelebt; der Staat war erst dabei, dieses mit Gewaltmitteln einzuführen.

Diese Bestimmungen werden getroffen im Interesse des Marktverkehres, der den Anfang der Geldwirtschaft darstellt.

Der Hausierer sucht, wie bereits erwähnt, die Leute auf und bietet seine Waren an, wogegen der Betreffende, der Gefallen an einem Gegenstand findet, soviel an Produkten dafür gibt, bis der Wanderhändler sich mit dem Austausch einverstanden erklärt. Sowie nun dieser Vorgang an einem und demselben, eigens dazu bestimmten Orte mehrfach und vielfach wiederholt wird, am selben Tage noch dazu, kommt man ohne weiteres dahin, den Tauschwert immer der gleichen Gegenstände oder Gewichtsmengen festzusetzen; und dies geschieht, indem man ihren Wert an einem allgemeinen Wertmesser, dem gemünzten Edelmetall, dem Geld, orientiert. So kann man die entsprechende Summe Geldes geben, um die denselben Wert repräsentierenden Gegenstände zu er-

langen, nachdem einmal das Geld von Staats wegen bestimmt ist.

So gehörten bald Markt und Münze zusammen. In Franzien wurde die Münzprägung zunächst von Staats wegen ausgeübt. Doch sie geschah regelmäßig auf private Bestellung, es wurde nur ein Schlagschatz erhoben. Das erleichterte die Verleihung dieses wichtigen Regals an die Großgrundherren, die zuerst unter Ludwig dem Frommen sich findet.

Die Entwicklung vollzieht sich in vier Stufen.

Die erste ist die, daß an Orten, wo keine königliche Münzstätte besteht, Privaten das Recht erteilt wird, königliche Münzen nach dem Staatsmünzfuß zu schlagen. „Von einem Rechte, eigene Münzen zu schlagen, ist nicht entfernt die Rede, und der direkte finanzielle Vorteil aus der Münze wird auch nicht beansprucht“ (A. Soetbeer).

Indes, das letztere geschieht bald, und damit befinden wir uns im zweiten Stadium. Das war ja der eigentliche Stimulus für die Großgrundherren, sich mit der Münzprägung zu befassen, daß sie daraus materielle Vorteile ziehen konnten.

Das dritte ist dann dadurch charakteristisch, daß dem Belieben die Befugnis eingeräumt wird, eine eigene Münze mit seiner Namensaufschrift oder seinem Bilde zu prägen. Es wird ihm die „*percussura proprii nomismatis*“ gewährt.

Die letzte Stufe endlich wird im XII. Jahrhundert erreicht. Dem betreffenden Privilegierten wird das volle Münzregal verliehen, das er in vollständig willkürlicher Weise benützen und ausbeuten darf.

Damit ist das Ziel erreicht, zu dem die drei andern Stufen nur Vorstadien sind. Schrittweise wieder wird von seiten der Großgrundherrschaften, geistlichen wie weltlichen, vorgegangen. Die Tendenz ist, das Münzregal völlig in die Hand zu bekommen, und das gelingt. Wir treffen hier wieder auf dieselbe Entwicklung — freilich wiederum Entwicklung zum Schlechteren — die wir oben schon bei der Großgrund-

herrschaft im ganzen charakterisiert haben: dem Staate werden mehr und mehr Befugnisse entzogen, die Hoheitsrechte werden zu privaten Berechtigungen gestempelt; das öffentliche Regal wird hier in ein privates Nutzungsrecht verwandelt, mit dem Rechtscharakter einer unkörperlichen Immobilie, das öffentliche Recht in Privatrecht korrumpiert.

Das Marktwesen, in dessen Gefolgschaft also die Münzprägung auftrat, war für den fränkischen Staat anfangs eine quantité négligeable. Es hatte sich wohl im Anschluß an die aus der Römerzeit her bestehenden *nundinae* noch einigermaßen erhalten. Diese früher genau geregelten öffentlichen Märkte wurden zu bloß faktisch bestehenden, um die sich das öffentliche Recht, die Staatsgewalt nicht kümmerte. Daneben fanden sich schon in der Römerzeit private Märkte, die die Latifundienbesitzer auf ihren Gütern eingerichtet hatten. Solche wurden nunmehr auf den Großgrundherrschaften, denen des Königs und der Domkirchen namentlich, begründet.

Dadurch wurde vor allem die Kirche veranlaßt, sich näher mit dem Marktverkehr zu befassen; sie tat es besonders wegen der sittlichen Gefahren, die er mit sich brachte. So setzte sie das Verbot vom *turpe lucrum*, dem unrechten Gewinn (*uuuôcher* ist nach Notker gleich Frucht, erlangt erst durch die Kirche den unangenehmen Beigeschmack) für die Kleriker fest, und in Verbindung damit das Verbot des Zinsnehmens, während die Geldleihe nicht untersagt wurde, denn: *iustum foenus est, qui amplius non requirit, nisi quantum praestitit*. Weiter gab sie die Vorschrift, daß Maße und Gewichte überall gleich und gerecht seien; und vor allem suchte sie damit durchzudringen, daß an Sonntagen keine Märkte abgehalten würden, wie ja auch kein Krieg stattfinden und man alle Arbeit an den Tagen des Herrn ruhen lassen sollte.

Endlich befaßte sich auch der Staat mit dem Marktverkehr, einmal veranlaßt durch die Kirche, die sich seines

Armes zur Durchführung ihrer Bestimmungen bediente, und dann durch die Wichtigkeit, die bald das Marktwesen für das politische Leben erlangte.

So wurde die Lehre vom unrechten Gewinn rezipiert; das kanonische Verbot des Zinsnehmens wurde von Ludwig dem Frommen auch auf die Laien ausgedehnt. Freilich ist man damit nie durchgedrungen, so sehr sich die Kirche Mühe gab und der Staat ihr darin beistehen wollte; das tat dieser auch darin, daß er das Abhalten von Märkten an Sonntagen verhindern wollte. So verbot Karl der Große 809, am Sonntag Markt zu halten, außer wo es seit alters schon geschah; und 813 wurde die Bestimmung aus den *canones* einfach übernommen, also das generelle Verbot ausgesprochen, dieses den *missi* gleichfalls eingeschärft.

Danach dürfte es klar sein, daß das Marktrecht ursprünglich kein Regal war, daß aber vom Staate mehr und mehr die Beachtung demselben zugelenkt wurde. Es ist das wieder einmal ein Zeichen für den gesunden Zustand des frühmittelalterlichen Staates; das Marktwesen konnte sich *praeter legem* ausbilden, und als es weit genug gediehen war, als es Bedeutung für das öffentliche Leben gewonnen hatte, da griff der Staat mit starker Hand ordnend in diese Verhältnisse ein und machte seine Autorität über diesen neuen Verkehr geltend, begründete, wenn auch auf dem Umwege über das Zoll- und Gebührenwesen, ein Marktregal.

Mit der Zollerhebung nämlich war es ganz ähnlich ergangen; „die Auffassung des Zollrechts als grundherrlichen Rechtes wird bestätigt durch die Zollprivilegien der Merowinger und der ersten Karolinger; nie aber wird in einer Königsurkunde die Genehmigung zur Errichtung einer neuen Zollstätte erteilt“ (S. Rietschel). Hierin hatte der Staat ebenfalls sein Hoheitsrecht nicht geltend gemacht, sondern die Dinge — er war eben reiner Ackerbaustaat von Hause aus — sich erst in Ruhe entwickeln lassen.

Freilich, als der Fortschritt soweit gediehen war, daß das Gemeinwohl dadurch berührt wurde, als sich durch das Gewährenlassen unangenehme Folgen für die Gesamtheit ergaben, griff der Staat ein und durch.

Ansätze finden sich schon früh. So ist in dem bekannten Edikt Chlothars II. vom 18. Oktober 614 normiert, Zoll dürfe nur an den Orten erhoben werden, wo es bereits unter seinen Vorgängern geschehen sei, und nur von den Warengattungen wie bisher. Ebenso hat Pippin schon bestimmt, von Lebensmitteln und Fleisch, mit denen kein Handel getrieben werde, dürften keine Zölle erhoben werden, desgleichen nicht von den Saumtieren, wo immer diese gingen, und nicht von den Pilgrimen, und Strafen für den Verstoß dagegen festgesetzt.

Auf diesem Wege schreitet Karl der Große fort, der ja mit aller Kraft dem Staatsgedanken emporzuhelfen sucht. Er bestimmt, man solle Zölle nur da erheben, wo sie seit alters bestanden haben; das ist dann *teloneum legitimum*; im andern Fall handelt es sich um *teloneum iniustum*, und wer dieses erhebt, soll gesetzliche Entschädigung leisten und überdies den *missi* den Königsbann bezahlen. Gerade dies letztere ist ein stringenter Beweis, daß die Zollerhebung nunmehr unter der Autorität des Staates vor sich geht, weil Uebertretungen der diesbezüglichen Vorschriften mit dem Königsbann gebüßt werden; und aus dem Verbot der Zollerhebung da, wo sie nicht von alters vorgenommen wird, folgt, daß ohne königliche Erlaubnis keine neuen Zollstätten errichtet werden dürfen. Auf diese Weise wird das Zollregal konstituiert, das wiederum zum Marktregal drängte, weil der Markt die hauptsächliche Zollstätte ist.

Indessen, das wäre nicht durchzuführen gewesen, wenn die staatliche Autorität, repräsentiert durch den König, sich nicht als so fest erwiesen hätte, wie wir für das frühere Mittelalter überhaupt gefunden haben. Der Staat vermochte also die Zollerhebung von seiner Genehmigung abhängig zu machen und damit Einfluß zu gewinnen auf das Markt-

wesen; es erforderte auch das Interesse der staatlichen Münzprägung solches Eingreifen des Staates.

Dahin zielt eine Bestimmung Karls des Kahlen. Damit die Aufsicht über gute Denare, die man nicht zurückweisen darf, und über falsche Denare besser und bequemer durchgeführt werden könne, wird festgesetzt, daß jeder Graf in seiner Grafschaft alle Märkte aufschreiben läßt. Er soll dann dem König zu wissen tun, welche Märkte zur Zeit Karls des Großen bereits bestanden haben, und welche erst unter Ludwig dem Frommen errichtet worden sind; bei diesen ist zu bemerken, welche ohne und welche mit dessen Genehmigung gegründet worden sind; auch die unter Karl dem Kahlen selber errichteten Märkte sind aufzuzeichnen, sowie jede Veränderung, die mit ihnen vorgenommen worden, und durch wessen Erlaubnis diese erfolgt ist; demgemäß soll auch angemerkt werden, ob die Märkte noch an ihrem alten Ort abgehalten werden. Auf Grund dieser Berichte, behält der König sich vor zu entscheiden über das Weiterbestehen oder die etwaige Aufhebung dieser Märkte: soweit sie nämlich nötig und nützlich sind und durch königliche Autorität bestehen, sollen sie erhalten bleiben, wogegen die überflüssigen untersagt, bezw. an den alten Ort zurückverlegt werden sollen. „Damit ist das Marktregal geltendes Recht geworden“; der Staat hat das Hoheitsrecht über das Marktwesen, denn der König untersagt sogar Märkte oder läßt sie an ihre alte Stätte zurückverlegen; was mit dem Marktverkehr zusammenhängt, das liegt in der Hand des Königs.

Damit im innigen Zusammenhang, worauf bereits hingewiesen, stehen einige andere Regale: das Zoll- und das Münzregal. Ebenso wird das Maß- und Gewichtssystem von Staats wegen geordnet und die Regelung aufrecht erhalten. Alle Verfehlungen dagegen werden mit dem Königsbann gebüßt, was auf den ganzen Marktverkehr ausgedehnt wird.

Es ist ein Charakteristikum dieser Zeit, die man deshalb als die Höhe des früheren Mittelalters bezeichnen kann, wie ja gerade da der größte Herrscher dieser Epoche, Karl der Große regiert, daß nämlich der Staat machtvoll seine Aufgaben erfüllt und zumal den Handelsverkehr mit starker Hand ordnet. So wird sogar gelegentlich der Korn- und der Brotpreis staatlich geregelt; es wird verboten, Waffen über die Reichsgrenzen hinaus auszuführen, wie ja der Grenzverkehr auch ganz gesperrt wurde; im Osten werden bestimmte Grenzorte festgesetzt, bis wohin die Kaufleute ziehen und Handel treiben dürfen, nämlich Bardewik, Magdeburg, Erfurt, Forchheim, Regensburg und Lorch a. d. Donau.

Es war also tatsächlich die Regelung des Handelsverkehrs und des Marktwesens Sache des Staates, und alles, was damit zusammenhängt, wurde von Staats wegen beaufsichtigt und gehandhabt. Freilich blieb das nicht so; und erst mit dem Beginn der Neuzeit, da der Staat gewissermaßen sich wieder auf sich selbst besann, knüpfte man da, wenn auch unbewußt, an, wo man zur Zeit der Karolinger in Frankreich aufgehört hatte. Das Münzrecht und die Hoheit über das Maß- und Gewichtswesen wurden wieder als staatliche, als Souveränitätsrechte in Anspruch genommen, und man beklagte es nunmehr, daß diese Rechte allzuhäufig durch Verleihung oder Ersitzung in die Hand von Privaten gelangt waren.

Wir treffen hier auf dieselbe Entwicklung wie bei der Großgrundherrschaft im ganzen.

Das Bestreben derer, die einen Markt errichtet oder die Erlaubnis dazu verliehen bekommen haben, geht dahin, alle Hoheitsrechte des Staates darüber diesem zu entziehen und sich zu verschaffen, zum Schalten und Walten nach eigenem Belieben. Es darf nicht verwundern, daß mit dem Markt, dem Zoll-, dem Münz-, dem Maß- und Gewichtsregal es ihnen ebenso gelungen ist wie mit der Gerichtshoheit.

Da jene in den Formen der Gerichtsbarkeit bestanden und so ausgeübt wurden, folgten sie einfach der Gerichtshoheit nach. Das Marktwesen und alles, was damit zusammenhing, wurde dem Staate entzogen und ging als privates Nutzungsrecht in die Hände der Beliehenen über. Die Kompetenz des Herrschers schrumpfte schließlich auf das vage Recht ein, den Markt und seine Pertinenzen verleihen zu dürfen.

Auch in Deutschland. Hier tut es der Kaiser, indem er seinen Handschuh schickt; damit hat er nach dem Reichsweistum von 1218 dem betreffenden Marktherrn alle staatliche Hoheitsgewalt über den Markt und seinen Verkehr verliehen, Graf wie jeder andere öffentliche Richter sind von jedweder Befugnis daselbst ausgeschlossen, mag es sich nun um einen Jahr- oder einen Wochenmarkt handeln. Nur wenn der zur Zeit funktionierende Marktrichter, der also auch die Hochgerichtssachen aburteilt, einen zum Tode verurteilt, soll er den Delinquenten dem sonst zuständigen ordentlichen Richter zur Exekution vorführen. Das ist der dünne Faden, mit dem Sondergerichtsbarkeit des Marktes und Gerichtsgewalt des Reiches mit einander verknüpft sind — davon natürlich abgesehen, daß der Marktrichter den Blutbann vom Kaiser haben mußte, wenn er dem Hochgericht vorsitzen, die Blutgerichtsbarkeit ausüben wollte.

So wurden also auch diese öffentlichen Institutionen in private Berechtigungen umgeprägt. Freilich war und blieb Quelle des Markt- und Zollrechts die Verleihung seitens des Herrschers, denn sonst „hätte der Spruch des Fürstengerichts von 1224 keinen Sinn, wonach jemand einen vom Kaiser verliehenen Markt innerhalb seiner Besitzungen sollte verlegen dürfen, wenn das Marktrecht einfach auf der Grundherrschaft beruht hätte“ (K. Rathgen).

Der Markt ist während des eigentlichen Marktverkehrs eine Immunität; er ist gewissermaßen eine Abzweigung

der Großgrundherrschaft, er steht einer solchen juristisch gleich.

Während der Markttage ruhen die Befugnisse des Staates, selbst wenn der Markt auf öffentlichem Gebiet errichtet ist, und die privaten Berechtigungen setzen ein. Dem Herrscher ist bloß das Verleihungsrecht der Markterrichtung und die Blutbannleihe verblieben, den öffentlichen Richtern die Exekution des vom Marktrichter verhängten Todesurteils, was, wie bereits erwähnt, das Reichsweistum von 1218 festsetzt.

Weiter konnte das Marktwesen, sollte die staatliche Hoheit auch nur dem Namen nach aufrecht erhalten bleiben, gar nicht den Privaten überlassen werden. Der Sachsenspiegel, der später als jenes Weistum, nämlich zwischen 1218 und 1235 zu datieren ist, gibt den Beweis dafür, daß mindestens in Sachsen die Staatshoheit noch etwas erweitert aufrecht erhalten wurde, denn es heißt daselbst: Nieman en mûz cheinen markt noch munze erheben âne des richtêres willen, in des gerichte ez ligt. Ouch sal der kung sînen hantschû durch recht dar zû senden, zu bewîsene, daz ez sîn wille sie.

Hiernach hat also der Richter noch Kompetenz in Marktsachen, während dem König nur ein Scheinrecht belassen worden ist: er darf den Markt verleihen, hat aber sonst kein Anrecht weiter daran. Der Schwabenspiegel stellt dann den Schluß der ganzen Entwicklung dar, denn hier heißt es: Nieman mac erheben niuwe merkede noch niuwe münze wan mit des herren willen, in des gerihte ez lit; dannoch mac ez niht geschên, da sende der künic sînen hantschuch zu; daz ist darumbe gesezet, daz die liute innan werden daz ez sîn wille sî.

Die Entwicklung in Deutschland kam also schließlich auf dasselbe hinaus wie die in Frankreich, wenssichon sie sich bedeutend langsamer vollzog.

Die Reichsteilung, die nach des frommen Ludwig

Tod, endgültig dann nach dem Aussterben der Karolinger stattfand, war ein Ding der Notwendigkeit; es war gut, daß man die künstliche Zusammenschweißung löste.

Das hatte für Deutschland die Wirkung, daß es anscheinend wieder in Barbarei versank. In Wirklichkeit aber entwickelte sich Volk wie Reich nun erst in ungehemmter Weise, nachdem die überrasche Aufpflropfung der karolingischen Renaissance wieder abgestoßen worden war.

Das machte sich sofort für den Marktverkehr und insbesondere für die Marktgründungen geltend. Diese sind unter Ludwig dem Deutschen und seinen Nachfolgern ganz minimal, während im Westreiche gerade in dieser Zeit der dortige Herrscher, Karl der Kahle, eine bedeutsame Tätigkeit für Handel und Verkehr ausübt und sich hierin als würdiger Enkel des großen Karl erweist.

In Deutschland beginnt es sich erst mit den sächsischen Kaisern zu regen, um dann stetig aufwärts zu gehen, so daß es schließlich im Sachsenspiegel heißt: man solle keinen Markt dem andern eine Meile nah errichten. Diese Bewegung reißt nicht eher wieder ab, bis eine neue Evolution, die Stadt mit ihren Erscheinungen, an die Stelle tritt. Am dichtesten sind die Märkte im Westen und Süden des Reiches; aber auch in den Stammsitzen der sächsischen Kaiser finden sie sich recht zahlreich.

Man muß sich nun hüten, wenn vom Marktverkehr die Rede ist, dabei an Stadtwirtschaften zu denken. Von einer Stadtsiedlung, von Städten im Rechtssinne kann für diese Periode in Deutschland noch keine Rede sein; die civitates sind gleichfalls nichts anderes als — wenn schon größere — Dörfer.

Die Ortschaften nun, in denen Markt abgehalten wurde, sind am ehesten unsern Marktflecken zu vergleichen. Doch Markt fand statt auch bei einem Kloster, bei einer königlichen Pfalz, an wichtigen Handelsplätzen, wie Flußüber-

gängen oder Landeplätzen, oder wo besondere Produkte gehandelt wurden.

Dem entsprach die Lage der Marktplätze; der Markt fand auf einem besonderen Platz statt, wo eben die Gelegenheit zum Handelsverkehr günstig war, oder aber, wo es dem betreffenden Marktherrn am besten paßte. Das geschah im Interesse der Markteinrichtungen selber, weil die Marktherren am ehesten da für dieselbe Sorge tragen konnten, wo sie ihre Macht zur Verfügung hatten, inmitten ihrer Großgrundherrschaft namentlich, wo keine andere Gewalt ihnen dazwischen reden konnte.

Die Kehrseite davon war freilich, daß sie die Abgaben dann gleichfalls am besten daselbst nach Gutdünken festsetzen und erheben lassen konnten, weil keine andre Herrschaft oder Gewalt sich einmengte. Die Abgabenerhebung war ja das Ausschlaggebende für die Marktgründung. Nicht Uneigennützigkeit war die Veranlassung, sondern der Anreiz für die Marktherren, einen Markt zu errichten, war die Erhebung der Marktabgaben, der Zölle.

Man hat nun einen Unterschied konstruiert zwischen Wege-, Wasser- und Brückenzöllen, den Transitzöllen und dem Marktzoll; die ersteren sollen Gebühren, der letztere Verkehrssteuer gewesen sein. Aber weder die Scheidung ist richtig, noch die letztere Behauptung. Es liegt diesen Abgaben allen ein gemeinsames Prinzip, das Gebührenprinzip, zugrunde.

Als von Staats wegen daran gegangen wurde, das Zollwesen zu ordnen, da war man nachsichtig gegen die bisherigen Zölle; doch zuweilen ging man auch gegen diese vor, wo sie nämlich nicht einen Schein von Berechtigung aufweisen konnten. Neuen Zöllen dieser Art beugte man jedoch vor, indem man für die Abgabenerhebung ein Prinzip aufstellte, gegen das sich nichts einwenden läßt: irgendwelche Abgaben dürfen nur da erhoben werden, wo der betreffende pflichtig werdende Anstalten oder Einrichtungen

benützt, die in seinem Interesse hergestellt sind und unterhalten werden — wie ja auch unsere Gewerbeordnung normiert: „Der Marktverkehr darf in keinem Fall mit anderen als solchen Abgaben belastet werden, welche eine Vergütung für den überlassenen Raum und den Gebrauch von Buden und Gerätschaften bilden“. Dasselbe also im früheren Mittelalter; dabei darf ein Zwang zur Benützung der betreffenden Einrichtungen nicht angewendet werden.

Eine Unterscheidung zwischen Transitzöllen und Markt- abgaben wird nicht gemacht; beide Arten sind Gebühren, auch die letzteren sind nur für die Einrichtungen des Marktes zu prästieren.

Daß dies so gehandhabt wird, auch nachdem die Großgrundherren sich des Marktwesens völlig bemächtigt haben, dafür ist ein Beweis die Verordnung des Abtes Erkenbert in betreff der Marktstände zu Höxter vom Jahre 1115.

Es wird da angeordnet, daß auf dem Markt, der an der Brücke in Höxter liegt, die Kaufleute für die einzelnen Bänke und Stände, wo sie ihre Waren auslegen, 4 nummi an den Marktherrn entrichten, wie es an allen andern Orten geschieht, an denen Märkte gemäß königlicher Privilegien gegründet worden sind. Die Grundherrschaft gibt den Grund und Boden her, auf dem die Händler ihre Stände errichten können, sie gewährleistet ihnen deren ruhigen Besitz und die Ausübung des Verkaufs während der Markttag: dafür erhält sie die Gebühr. Wenn, heißt es weiter, diese einem zu hart dünkt, dann darf er die betreffende Stelle verkaufen, er darf sie ebenso als Pfand bestellen, wie es von jeher gebräuchlich war, gerade als handelte es sich um eine Manse und nicht um einen Verkaufsstand.

Das Marktwesen ist also ganz nach dem Vorbild der Grundherrschaft geordnet. Aber gegen eine Ausbeutung der Marktinteressenten gibt es doch ein Korrektiv: in ihrem eignen Interesse mußte die Herrschaft die Gebühren möglichst niedrig halten, damit möglichst viele ihren Markt auf-

suchten; sie durfte nicht mehr erheben, als es an den Nachbarmärkten geschah, damit nicht Händler und Einkäufer dahin abströmten. Wenn also die Grundherrschaft mit dem Gebührenprinzip brechen wollte, durfte sie um der Konkurrenz willen den Bogen nicht zu straff spannen.

Ein einheitlicher Tarif über diese Markt- und anderen Zölle hat sich nicht herausgebildet; wenigstens wissen wir darüber nichts, so wenig wir davon etwas erfahren, in welcher Weise die Zollerhebung gehandhabt wurde.

Die Zollbefreiungen, die sich ziemlich zahlreich finden, gelten bloß für den Einkauf der täglichen Unterhaltsmittel, nicht aber, wenn die betreffenden Privilegierten selbst Handel mit ihren Erzeugnissen treiben. Das besagt ein Privileg Burchards von Straßburg für das Kloster Schwarzach vom Jahre 1143, das wohl der Regel gemäß erteilt worden ist.

Aus solchen Festsetzungen erfahren wir, was hauptsächlich Handelsgegenstände gewesen sind, nämlich Salz, Knechte und Mägde, die besonders aus den slavischen Ländern eingeführt wurden, Tiere, Wein und Getreide, Webstoffe, namentlich Eisen- und Erzwaren.

Es sind das zum Teil Dinge, die die Landwirtschaft auch selber produzieren konnte; aber es war doch nur natürlich, daß derjenige, dem sie fehlten — man denke nur an Mißernten, die durchaus nicht selten waren, — sie sich zu verschaffen suchte, indem er andere Produkte dagegen gab oder Geld dafür zahlte, das er für andere Waren eingenommen hatte.

Bei Wein liegt die Sache schon eigenartig; da er nicht überall in Deutschland gedieh, sondern bezogen werden mußte, z. B. von den Kirchen, die den Abendmahlswein brauchten, so war er schon früh ein Produkt, das für den Handel angebaut ward.

Paßt dies noch in den Rahmen einer Naturalwirtschaft, so „sind es zweifellos vornehmlich Metallarbeit und Weberei

gewesen, welche zuerst ein besonderes Handwerk, eine Produktion für den Absatz an das große Publikum geschaffen haben. Diese beiden Gewerbe, wie sie später die Grundlage der Blüte vieler deutscher Städte gewesen sind, haben wohl den Hauptanstoß zur Bildung eines deutschen Handwerkerstandes gegeben“ (G. von Below).

Daß selbst sehr große Grundherrschaften Produkte dieser Handwerke von auswärts bezogen, dafür liegen bestimmte Nachrichten vor. Gewebe wurden zwar bei ihnen selber hergestellt, aber nur die groben; die feineren handelte man auswärts ein. So waren friesische Tuche berühmt; ihnen hatten die Friesen ihren Ruf als Kaufleute zu danken.

Geradezu unmöglich aber war teilweise Metallgewinnung wie -bearbeitung.

Metalle kommen nicht überall vor; zu ihrem Abbau, der nach einer bestimmten Art und Weise betrieben werden muß, bedarf es einer größern Zahl Bergarbeiter. Beides traf nur selten zusammen, und so waren selbst größere Grundherrschaften, mehr noch die kleineren und fast ausnahmslos die Freibauern nicht in der Lage, hierin selbst ihren Bedarf zu decken, sich selbst das nötige Eisen und Erz zu gewinnen. Auf dieses legte man großen Wert, wofür die genauen Bestimmungen des capitulare de villis sprechen, wo von Silbergewinnung die Rede ist und Eisenwerke, Erz- und Bleigruben erwähnt werden; auch Kaiser Friedrich I. tradiert dem Erzbischof Hillin von Trier die Silbergruben im Erzstift, sicherlich eine äußerst wichtige Verleihung.

Ebenso erforderte die Verarbeitung der Metalle soviele Vertrautheit, soviele technische Kenntnisse, daß sich immer mehr Leute nur damit befaßten, wovon schon die Rede war bei Gelegenheit der Erwähnung des Schmiedehandwerks; namentlich die Waffenschmiede traten auf, denn „die Masse der Ritter kaufte ihr Schwert auf dem Markt“. Damit im Zusammenhang bildete sich die Sattlerei aus, deutsche

Sattlerarbeiten wurden schon im X. Jahrhundert im Ausland geschätzt.

So begann man also nicht bloß für den Eigenbedarf — wenn der zunächst auch die Hauptsache blieb —, sondern auf Ueberschuß zu produzieren. Die Anfertigung von Handelsgegenständen, von Waren kam mehr und mehr auf, denn die Nachfrage nach solchen hatte sich eingestellt, Abnehmer, Kunden sich dafür gefunden. An dieser Produktion beteiligte sich Großgrundherrschaft wie Einzelwirtschaft, diese ebenfalls in den Artikeln, die sie auf Ueberschuß produzieren konnte.

Man verwendete nunmehr besondere Mühe auf alles, was gebraucht wurde. Man verbesserte die Geräte, spann feineres Leinen, gerbte sorgfältig die Felle und verarbeitete sie zu Schuhen, sammelte Honig und Wachs, schnitzte hölzerne Gefäße; kurz, man begann alle die Waren anzufertigen, die bald ausschließlich handwerklich hergestellt bzw. kaufmännisch vertrieben wurden. Nicht zu eigenem Gebrauch, sondern auf Ueberschuß arbeitete man hin, zum Tausch und zum Handel. Und was man so produzierte, das verwendete man, sich Gegenstände einzutauschen, die andere angefertigt, die man selber entbehrte und gebrauchen wollte.

Zeit zu dieser Produktion hatte man im Winter, wenn man die Herbstbestellung vollendet, das Korn ausgedroschen, Rauch- und Salzfleisch bereitet hatte, oder in der Sommerpause zwischen Saat und Ernte.

Wie da die Großgrundherrschaften ihren Grundholden freie Arbeit zubilligen konnten, daß eine Art „Sachsengängerei“ entstand, so waren in derselben Zeit die Freibauern imstande, ihre Arbeitskraft auf andere Tätigkeit zu verwenden als auf den Ackerbau. So löst sich mehr und mehr die spezifisch handwerkliche Tätigkeit von diesem los; jene Arbeitsteilung setzt ein, die die Produktionsweise des nächsten Zeitraums unsrer Geschichte be-

stimmt; und Schritt für Schritt folgt dem der Handel und erleichtert den vollen Durchbruch dieser Evolution.

Der Austausch der Produkte, ihr An- und Verkauf wurde anfänglich da vollzogen, wo sie gewonnen bzw. verarbeitet waren; dies konzentrierte sich aber später mehr und mehr auf das *mercatum publicum*, den Markt. Dieser binneländische Markthandel war schon unter den Karolingern nicht unbedeutend, während der Verkehr mit dem Auslande sich noch nicht heben wollte; dagegen waren in Frankreich St. Denis und Troyes, in Italien Ferrara und Pavia, in Deutschland Mainz ganz beträchtliche Märkte, und zwar Jahrmärkte.

Die Jahrmärkte sind entstanden im Anschluß an kirchliche Feste, die zu Ehren des Schutzpatrons der betreffenden Kirche oder sonst eines Heiligen abgehalten wurden, und die eine große Menge Feiernder herbeilockten. Noch aus anderen Gründen kamen sie auf; so verlieh z. B. noch im Jahre 1332 Heinrich VII. der Reichsstadt Dortmund, die durch eine nächtliche Feuersbrunst arg mitgenommen worden war, einen zweiten — vierzehntägigen — Jahrmarkt, von Michaelis ab, ohne Beeinträchtigung des bisherigen, der von Himmelfahrt bis Pfingsten dauerte.

Außerdem aber kommen, und diese sind für Deutschland wichtiger, Wochenmärkte vor. Während hier Jahrmarktsprivilegien ziemlich selten sind, finden sich Wochenmarktsverleihungen sehr häufig, allerdings erst seit der Ottonenzeit. Nachdem der Wochenmarkt einmal aufgetaucht ist, findet er sich regelmäßig in den Verleihungen der nächsten Zeit. Auch er genügt übrigens bald nicht mehr den Anforderungen des intensiver werdenden Verkehrs, sondern wächst sich teilweise zum täglichen Markt aus. So wird schon 996 für Freising ein *mercatum legitimum* „an jedem Tage“ verliehen; und 1030 wird dem Bischof von Würzburg ein *mercatum cotidianum* bestätigt.

Wer waren nun die Besucher des Marktes? Sicherlich

die, welche nach dem *mercatum mercatores* genannt wurden, zu deutsch die Kaufleute (*koufliute*, *choufliute*). Aber darunter sind weit mehr Leute zu subsumieren, als wir heute zu tun pflegen, und als bisher geschehen ist.

Wir erinnern uns, daß der Handelsverkehr den Germanen fremd war, daß er sich erst im Staate zu entwickeln begann, namentlich seit der Zeit der Karolinger. Für das aufkommende Marktwesen war derjenige, der verkaufte, nicht wichtiger als der, der einkaufen wollte. Darum findet sich in den Marktverleihungen, soweit diese mehr in die Einzelheiten gehen, gar nicht der technische Ausdruck: Käufer, Marktkunden also, sondern es wird schlechthin bestimmt: alle, die den genannten Markt zu besuchen wünschen, sollen sicher und in Frieden hingehen wie zurückkehren, auch ihr Geschäft dort betreiben, indem sie sich verschaffen, indem sie kaufen und verkaufen, — kurz alles tun können, was sich in dieser Hinsicht aufzählen läßt.

Auch die Leute aus dem Ausland sind ebensowohl Einkauf- wie Verkaufleute; und wenn wir in betreff des öffentlichen Marktes zu Weinheim die Bestimmung finden, daß alle Kaufleute (*negotiatores*), die den erwähnten Markt aufsuchen und daselbst handeln wollen, beim Hingehen und Zurückkommen Frieden haben sollen, so bezieht sich das nicht nur auf die eigentlichen Händler, die wir technisch Krämer oder Kaufleute nennen, sondern auf alle Marktbesucher, die eben den Markt aufsuchen, sei es um daselbst zu verkaufen, sei es, um einzukaufen. Denn sie alle brauchen Schutz und Frieden; nicht nur der, der die Produkte herbeischafft, um sie zum Verkauf auszustellen, nein auch derjenige, welcher mit dem eingehandelten Gute abzieht, hat solches in gleicher Weise nötig. Der ursprüngliche Marktverkehr ist ja in der Hauptsache ein Austauschverkehr gewesen, und dabei ist jeder zugleich Ein- wie Verkaufsmann.

Erst bei intensiverem Betrieb des Handels bildet sich

der Begriff des wirklichen Kaufmanns heraus, dessen Aufgabe es ist, die Güterverteilung vorzunehmen. Erst wenn das ‚negotium emtionis et venditionis‘ gewerbsmäßig von Leuten, eben von negotiatores, betrieben wird, lassen sich diese begriffsmäßig von den bloßen Einkäufern unterscheiden.

Dann haftet auch der Kaufmann nicht mehr am Markte, sondern er ist der Händler schlechthin. Da beginnt auch die weitere Scheidung durchzugreifen, nämlich die in Handwerker und Kaufleute, die in unserer Periode noch unter den gemeinsamen Begriff: *mercatores* fallen, weshalb unter den ‚certi et publici mercatores‘ in Worms beide zu verstehen sind, da „sie sich mit Waren Mühe geben und nach dem Markte der verkäuflichen Dinge trachten“, wie es heißt. Wirkliche Kaufleute i. t. Sinne kommen allerdings schon vor, nämlich Juden, Friesen und Venetianer; aber sie sind noch mehr Ausnahmen; die Regel ist, daß unter *mercatores* die verstanden werden, die auf den Märkten verkehren.

Durch den stetigen Verkehr auf dem Wochen- und täglichen Markt heben sich allmählich diese Marktbesucher von der übrigen ackerbautreibenden Bevölkerung ab; sie siedeln sich am und um den Markt an. So kommt es verhältnismäßig früh schon vor, daß diese Kaufleute, die Einwohner eines ganzen Ortes, mit einem bestimmten Rechte bewidmet werden. Ein solches gewährt nämlich Otto III. im Jahre 990 denen von Gandersheim: *ut negotiatores et habitatores eiusdem loci eadem leguntur, quia ceteri emptores Trotmanniae aliorumque locorum.*

Hier sind als Kaufleute die Verkauf- wie die Einkaufsleute zu verstehen, werden doch die Ausdrücke: *negotiatores* und *emptores* alternierend gebraucht. Der Begriff des Kaufmanns als des Händlers hat sich noch nicht herauskristallisiert, er wird mit dem Einkäufer zusammengetan; wer nur auf dem Markte zu tun hat oder um den Markt

herumsitzt, dem wird ein besonderes Recht gewährt. Was haben wir unter diesem zu verstehen?

Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns zunächst über den technischen Betrieb des damaligen Marktverkehrs Klarheit verschaffen.

War im späteren Mittelalter der Verkehr auf freiem Felde, außerhalb der bewohnten Orte und Städte noch recht unsicher, so war dies im früheren im erhöhten Maße der Fall. Ein Handel konnte eigentlich nur in der Weise betrieben werden, daß die Kaufleute sich zu Gesellschaften zusammentaten, um sich so gegen räuberische Ueberfälle zu schützen, wofür zahlreiche Beispiele vorliegen.

Doch dies genügte auf die Dauer nicht; zumal war damit für die Käufer noch keine Gewähr unbehelligten Einkaufs, eines sichern Heimschaffens der gekauften Waren gegeben. Als darum die Herrscher die Marktverleihung vornahmen, da trafen sie hierfür Sorge und gewährten allen, die zum Markte zogen und von demselben dann wieder zurückkehrten, den Schutz des Königs; wer sich gegen sie verging, der verfiel der erhöhten Buße, dem Königsbann: das war damit ausgesprochen, daß der Herrscher sie in seinen Frieden einbezog. „Dies Schutzversprechen war das stabilste des mittelalterlichen Marktrechts.“

Doch nicht nur für das Fluktuieren zum Markte und das Zurückströmen von dort wird jene Bestimmung getroffen; der Marktverkehr selber erfährt eine besondere Behandlung in rechtlicher Hinsicht. Das Schutzversprechen wird gewissermaßen lokalisiert, wie es gelegentlich in einem Diplom Heinrichs II. schon heißt: *praecipientes itaque, ut omnes homines in eiusdem loco mercati invicem negotiantes pacem et securitatem in circuitu per spatium milliarum tam certam nostri banni et defensionis teneant, quam in aliis civitatibus, oppidis, castellis, vicis, villis tenuerunt et tenere debuerunt, quotquot publicum petierunt mercatum.*

Die Einrichtung eines besonderen Friedens sowohl für die homines invicem negotiantes, die Kaufleute, als für den ganzen Markt — es geht also persönlicher und dinglicher Marktfriede bald Hand in Hand — hat „zur Voraussetzung einen Ausnahmestand, der einen besondern Frieden zum Bedürfnis machte. Dieser Ausnahmestand trat ein für den Kaufmann auf der Reise, während des Aufenthaltes in der Fremde und für den Markt, insofern als er auf kurze Zeit der Aufenthaltsort vieler von auswärts zusammengeströmter Menschen war. War der Markt zu Ende, die Menge auseinandergegangen, so hörte auch für den Marktplatz der besondere Friede auf“ (F. Keutgen).

Dieser Friede wurde unter Königsschutz gestellt, die Gerichtsbarkeit unter Königsbann ausgeübt, und zwar im Marktgericht.

Vor dieses sollten nur die Sachen, die mit dem Markte zusammenhingen, die aus dem Marktverkehr emanirten, gebracht werden, wie es gelegentlich heißt: *quod foro annuali, duobus diebus ante et post, iudicii rigore nullus hominum astringitur, nisi in recenti aliquid emergat*; es sollen nur die frischen Vergehen, die mit dem Marktverkehr zusammenhängenden Streitfälle anhängig gemacht werden. Darum tagt dieses Gericht bei einem Jahrmarkt von zwei Tagen vor Beginn desselben bis zwei Tage nach Schluß, beim Wochen- oder täglichen Markt — dieser immer außer Sonntag — am Markttage.

Die Marktsachen sind die *causae minores*, hauptsächlich Schuldsachen oder Handelsstreitigkeiten; das Urtheil finden alle diejenigen, „welche daselbst kaufen und verkaufen.“

Dieses Marktgericht ist somit Niedergericht, nur zu dem Zwecke konstituiert, um diejenigen, welche den Markt besuchten und in irgendeinen Rechtsstreit geriethen, einmal nicht zulange aufzuhalten. Das wäre geschehen, hätte man sie an die ordentlichen Gerichte gewiesen. In solchem Falle wäre

ihnen auch die Beweislast außerordentlich erschwert worden. Denn wenn die streitige Sache dann wirklich zur Verhandlung kam, waren die Zeugen des Vorgangs gewöhnlich längst davon; denen konnte man doch nicht zumuten, nach besorgten Geschäften dem Kläger zuliebe noch zu verweilen oder ihm zur Gerichtsstätte zu folgen, um da für ihn zu zeugen.

Weiter — und das kam noch mehr in Frage — sollten die Marktbesucher von Ihresgleichen abgeurteilt werden, nicht von den sonstigen Eingesessenen des Gerichts, die an den Streitfällen nicht das geringste Interesse hatten.

Diese Marktsachen mußten also sofort abgeurteilt werden. Derselbe Grund schlug auch für die schweren Sachen durch und erleichterte den Uebergang dieser an das Marktgericht. Die Freveltaten vertrugen ein Hinauszögern der Aburteilung bis zum nächsten Grafengericht oder Hochgericht des Vogtes nur schlecht, weil da ebenfalls die Zeugen der Tat sich verlaufen hatten. So ward, wie schon oben erwähnt, nach dem Reichsweistum von 1218 dem Grafen nur noch die Exekution des im Marktgericht verhängten Todesurteils überlassen.

Was nun das Recht anlangt, nach dem man im Marktgerichte urteilte, so blieb es beim gewöhnlichen Landrecht. Der Marktverkehr wirkte zwar modifizierend, weitergestaltend, aber nicht revolutionierend auf das Recht ein, wie dieses ja an sich die Tendenz hat, „sich fortzuerben“. Die Symbole schaffte man wohl ab, milderte auch das rein Formale, da die Rechtsprechung schneller vor sich gehen mußte — ganz wie in Rom das „*ius gentium*“, anfangs auch eine Art Marktrecht, damit aufgeräumt hat.

Ein eigenes Marktrecht bildete sich also zunächst nicht aus; es wird im Marktgericht nach demselben Recht geurteilt wie in jedem andern Gericht. Wäre es anders gewesen, dann hätte man vor allem die *Mobilienvindika-*

tion völlig umgestalten müssen. Denn diese stand mit einem ausgeprägten Handelsverkehr in Widerspruch.

Die *Fahrnisklage*, wie sie durch Anfang eingeleitet wurde, war Diebstahlsklage; hatte man eine Sache in Geweren, und wurde man mit der Formel: „*malo ordine possides, pone rationem*“ angegangen, so mußte man die Herkunft der Sache nachweisen; entweder, daß man sie ererbt habe, und wie, bezw. von wem sie der Erblasser erworben hatte; oder man mußte seinen Gewähren stellen; dann hatte dieser den Nachweis des ehrlichen Erwerbs zu führen.

Dieser Zug auf einen Gewähren — der Schub, wie er auch heißt — ist charakteristisch für den geringen Verkehr unsrer Zeit. Voraussetzung dafür ist, daß man regelmäßig nur von dem erwirbt, den man genau kennt; und das ist der Nachbar, der Markgenosse, den man darum stets als Gewähren stellen kann. Darauf ist das Verfahren zugeschnitten das ganze sogenannte frühere Mittelalter hindurch.

Das ist auch die Ursache, weshalb die gesetzlichen Bestimmungen in dieser Zeit darauf aufmerksam machen, vorsichtig beim Erwerb von Sachen zu sein. So wurde von Karl dem Großen der Abschluß eines Kaufes bei Nacht verboten und angeordnet, man solle am hellen Tage handeln, vor aller Augen, und solle Zeugen zuziehen, außer wenn es sich um Lebensmittel und Futter handele, da man diese Dinge auf der Reise auch des Nachts brauche. Es wurde ferner, besonders mit Bezug auf Vieh, da der Viehdiebstahl häufig vorkam, eingeschärft, daß man nur von einem Menschen kaufe, den man kenne, von dem man wisse, aus welchem Gau er stamme, oder wo er wohne, oder wer sein Senior sei.

Denn bei der strengen Handhabung des Gewährenzuges mußte man sich vorsehen beim Kauf. Man konnte in die schwerste Anklage versetzt werden, falls man verab-

säumt hatte, sich über die Person des betreffenden Gewähren zu vergewissern.

Solche Bestimmungen finden sich noch in den Stadtrechten. So beispielsweise in Dortmund; wenn ein Gast den andern, der keinen Gewährsmann hat, anschuldigt, er habe ihm ein bestimmtes Gut gestohlen oder geraubt, so gewinnt jener das Gut, wenn er selbsiebert es vor Gericht beschwört. Wird überhaupt Gut bei einem als gestohlen angesprochen: *de schuldeghet ist, de mot sich des gudes uteren unde swaren, dat he dat gut kocht bi lehteme daghe unde bi schynender sunnen, unde nicht en wyste, dat dat gud rovet eder stolen were, sonder arghest, unde hevet syn gheld verloren.*

Das war schon eine Vergünstigung gegenüber dem strengen Prinzip des Gewährzuges, wo eben der als Dieb galt, der keinen Gewähr hatte; das findet sich aber schon sehr früh, ist also nicht erst eine Folge eines neuen, etwa eines besonderen Marktrechts.

Eine Norm des Freiburger Stadtrechts bestimmt: wenn der um eine Sache Angesprochene erklärt, er habe sie auf offenem Markte für nicht gestohlen oder erbeutet gekauft, soll er dies durch Eid bekräftigen und keine Strafe erleiden, wenn er auch den, von dem er sie gekauft, nicht kennt und sein Haus nicht weiß; sagt er dagegen, er habe sie von einem ihm bekannten Menschen gekauft, soll er vierzehn Tage lang in der Grafschaft nach diesem suchen dürfen; findet er ihn nicht auf, und kann er keine Bürgschaft für sich stellen, dann soll er die Strafe des Raubes erleiden, obwohl er auf offenem Markte gekauft hat.

Neu ist hieran nur, daß der öffentliche Markt und sein Verkehr das genannte strenge Prinzip durchlöchern helfen. Der letztere hatte einen solchen Umfang angenommen, daß eine gesonderte Behandlung der auf dem Markt erstandenen Sachen dem allgemeinen Rechtsbewußtsein entsprach. Damit

wurde der Marktverkehr selber wesentlich erleichtert und konnte sich immer intensiver gestalten.

Das Recht der Kaufleute, von dem so häufig die Rede ist, oder das Marktrecht schlechthin ist also kein von dem gewöhnlichen Landrecht völlig verschiedenes. Nur Modifikationen mußten zugelassen werden, sonst wäre auch ein unbedeutender Marktverkehr nicht möglich gewesen, denn auf solchen war das Landrecht überhaupt nicht zugeschnitten. So bildeten sich also Besonderheiten sowohl hinsichtlich der Gerichtsbarkeit als hinsichtlich des Rechts heraus. Die Kaufleute — im weitesten Sinne — halfen sich, indem sie im Marktgericht nach ihren Gewohnheiten die Marktsachen ordneten und die Streitigkeiten des Marktverkehrs schlichteten; auf diese Weise entstanden durch Gewohnheit praeter legem, später gelegentlich auch contra legem die Ansätze zu einem neuen Recht, wie bereits Notker erläutert: *Negotiale ist tér strít, tér umbe daz keuuónehéite geshíhet; álso chóuflíute strítent, táz tér chóuf súle uuésen státe, dér ze iármércate getân uuírdet, ér sî réht álde únréht, uuánda iz íro geuuónehéite íst.*

Unter dem Marktrecht ist sonst die Marktgerechtigkeit oder die Marktberechtigung mit ihren Pertinenzen zu verstehen.

Dieses Marktrecht wurde in Deutschland vom Herrscher verliehen. So erlaubte schon Arnulf dem Bischof Egilmar von Osnabrück, einen Markt und eine Münze nebst einer Zollstätte in Osnabrück zu errichten. und den Zoll zu empfangen; keiner, also auch nicht der öffentliche Richter sollte etwas hineinzureden haben. Dasselbe gestattete Ludwig das Kind dem Abte Bovo von Corvey für Niedermarsberg; hier wird ausdrücklich hinzugefügt, daß er innerhalb der Mark des genannten Dorfes und des Berges Eresburg den Zoll von allen hier Handel treibenden Leuten durch seinen Vogt unter Königsbann erheben lassen darf.

Gerade an diese Abgabenerhebung unter Königsbann

knüpfte sich die rasche Ausbreitung des Marktverkehres; den suchte sich der Machthaber zunächst zu sichern, und so werden Zoll und Bann bald regelmäßig zusammengeannt, der letztere geradezu des ersteren wegen verliehen, wie im Jahre 993 für das Kloster Nienburg bestimmt wird: *cum regio banno teloneum deinceps a mercato accipiatur*.

Das war der Punkt, von dem aus die Grundherrschaft die staatlichen Befugnisse über den Marktverkehr eliminieren konnte. Es war dies noch dadurch erleichtert, daß sie sich der staatlichen Befugnisse, durch besondere Verleihung natürlich, im weitesten Maße bemächtigt hatte. Darum konnte sie desto leichter auch beim Marktverkehr ihr Bestreben durchsetzen.

Zwar findet es sich beim Marktwesen ebenfalls, daß der Marktherr nicht immer das erreicht, was er haben wollte, und was die andern hatten. So verleiht Otto III. dem Grafen Berthold das Recht, einen öffentlichen Markt zu errichten, mit Münze, Zoll und mit dem Bann in allen öffentlichen Angelegenheiten; doch wird hinzugefügt, dies sei in Villingen in der Grafschaft Bar, die der Graf Hildibald inne habe und mit voller Macht in Frieden hält; dieser hat darum die Gerichtsbarkeit weiter inne, er richtet auch die Friedensstörer des Marktes. Nur bekommt die kaiserliche Bannbuße, die dabei fällt, der Graf Berthold oder der, dem sie jener geben will, nicht der Kaiser; das Grafendrittel fällt selbstredend weiter dem ordentlichen Richter, dem Grafen Hildibald anheim. Ebenso liegen die Verhältnisse gemäß der Marktverleihungen Ottos I. für Herford vom Jahre 973 und Ottos III. für das Kloster Lorsch vom Jahre 1000; es wird zwar der Königsbann verwirkt, aber der betreffende Marktherr hat nicht die Gerichtsbarkeit.

Dagegen sind andere Stifter schon völlig mit ihren Bestrebungen durchgedrungen. Für sie bedeutet die Uebertragung des *bannus* oder *districtus* „die Uebertragung der höchsten Gewalt, die alle Aeüßerungen der staatlichen Auto-

rität umfaßt, welche sich in unserer Zeit im innern Staatsleben in der Hegung des Gerichts und in der Erhebung der Gefälle zeigt“, für den Markt und seinen Verkehr also. So verleiht Otto III. dem Abte Adaldag von Nienburg das Recht, in Hagenrode Markt und öffentliche Münze zu errichten und den Marktzoll unter Königsbann zu erheben; keine Person, weder mächtig noch gering, soll über Markt, Münze, Zoll oder Bann irgendwelche Gewalt haben, außer dem Abt Adaldag und seinen Nachfolgern oder dem Vogt, den Abt und Mönche gewählt und eingesetzt haben. Ebenso gewährt derselbe Herrscher dem Kloster Memleben für den Ort Memleben, daß keiner, er sei mächtig oder gering, den Abt und seinen Mönchen in betreff des Marktes, der Münze und des Zolles irgendwelchen Schaden oder Abbruch zu tun wage, ohne sofort der Kirche und ihrem Leiter oder dem Vogte, der zu diesem Zweck vom Abte gewählt und von der königlichen Macht bestätigt worden ist, den königlichen Bann wie dem *exactor regius*, dem öffentlichen Richter also, zu bezahlen.

Wir können hier also die gleiche Entwicklung verfolgen wie bei der Großgrundherrschaft im ganzen: mehr und mehr wurden die staatlichen Hoheitsrechte über den Markt und seinen Verkehr von den Marktherren usurpiert, bis sie jene ganz in ihrer Gewalt hatten. Hier war es wieder namentlich die Geistlichkeit, die die zentrifugalen Tendenzen bis zur äußersten Konsequenz mit der ihr eigentümlichen Zähigkeit verfolgte.

Dem Herrscher blieb nur noch das Recht der Marktverleihung, die er symbolisch vollzog, indem er seinen Handschuh schickte.

Dies erwähnen in gleicher Weise das Reichsweistum von 1218, der Sachsen- und der Schwabenspiegel. Der Handschuh ist Traditionssymbol, darin es heißt z. B. im Jahre 1091: *nam publice actum est, super reliquias nostras cum cyrotheca, sicut mos est liberis Saxonibus, tradidit curtim in*

Asanthorp. Bei der Marktverleihung findet er sich schon in der Zeit Konrads III. und in dem Diplom Kaiser Friedrichs I. vom Jahre 1161 über den Markt zu Staffelstein mit Bezug auf eine Verleihung Lothars, nämlich: *de mercato, quod Lotharius imperator tradiderat more solito per gravatonem publica donatione*. Aus dem letzteren zumal geht hervor, daß der König als Inhaber gilt, und daß er den Markt mehr schenkt als verleiht. Darum wird das ursprüngliche Schenkungssymbol, der Handschuh, für die Marktverleihung angewendet.

Noch ein anderes Symbol findet sich beim Markte: das Kreuz. Es war das christliche Zeichen für den aus der heidnischen Zeit herrührenden Strohwisch; „die Aufrichtung des Kreuzes ist schon von der fränkischen Zeit her das Zeichen für die *missio in bannum*, für die Beschlagnahme des Grundstückes im Namen des Königs, für die Fronung, d. h. für die Konfiskation“; als solches kennt es auch der Sachsenspiegel.

Auf dem Markte aufgerichtet, bedeutete das Kreuz, daß man daselbst unter Königsbann richte. Es wurde, wo diese Voraussetzung vorlag, während der Dauer des Marktes aufgestellt und hatte gewöhnlich noch andere Wahrzeichen des königlichen Marktbannes zu tragen, vor allem das Schwert.

Vom Marktgericht und vom Recht, nach welchem daselbst geurteilt wurde, war bereits die Rede; hier setzte die Entwicklung ein: der Marktverkehr bildete die Uebergangsstufe zu einer neuen Wirtschaftsweise, und durch die große soziale Umwandlung vom XI. bis zum XIII. Jahrhundert wurde auch ein neues Recht geschaffen, auf dessen Anfänge wir also gestoßen sind. Doch das fällt aus dem Rahmen dieser Untersuchung heraus; nur eine Frage haben wir noch zu beantworten.

Begünstigte der Jahrmarkt die Ausbildung einer spezifischen Stadtwirtschaft und Stadsiedlung, oder tat dies der

Wochenmarkt, der sich allmählich bis zum Tagemarkt gestaltete?

Der Jahrmarkt ist so recht eigentlicher Kaufleute-markt gewesen. Die Händler konnten ihn direkt entstehen lassen, indem sie zu einer bestimmten Zeit im Jahre an einem geeigneten Ort sich einfanden, wie bei den Messen. Sie machten hier ihr Hauptgeschäft, spielten auf dem Jahrmarkt die wichtigste Rolle. Doch gerade dieser seiner Spezialität wegen „wohnte dem Jahrmarkt eine stadtgründende Macht nicht inne“. Der Kaufmann zog von einem zum andern, er fand nicht am selben Jahrmarkt seinen Lebensunterhalt; der Jahrmarkt war überhaupt eine ausnahmsweise Erscheinung, der keine feste Siedelung hervorzurufen vermochte.

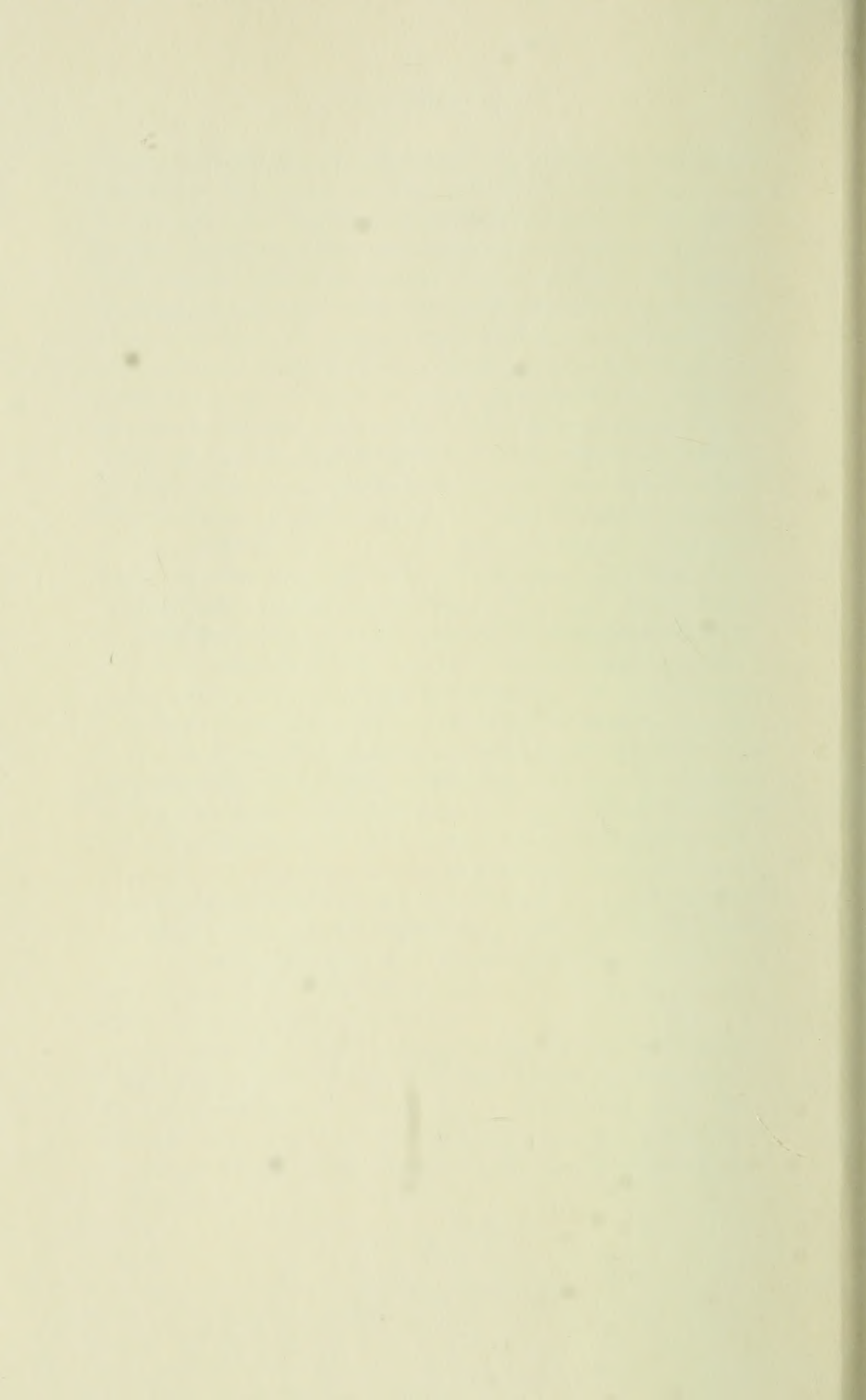
Anders steht es mit dem Wochenmarkt und erst recht mit dem täglichen Markt. Auf ihm vermochten die Handwerker ihre Produkte abzusetzen, denn hierher kamen die Landbewohner und die nur Ackerbau und Viehzucht treibenden Umwohner des Marktes, wie andererseits sich die Handwerker wieder mit deren Produkten gegen ihre gewerblichen Erzeugnisse versehen konnten; ein gleiches gilt von den eigentlichen Kaufleuten, die sich an einem solchen Markttorte ansiedeln und hier ihren Unterhalt finden konnten, indem sie die Waren von auswärts brachten und mit Gewinn absetzten, die heimischen Erzeugnisse in die Fremde führten.

Es war also um die Marktstätte her eine ständige Ansiedlung möglich, und zwar von Leuten, die sich hauptsächlich handwerklicher Tätigkeit oder dem Handel widmeten.

Sie überließen ihre Produkte bzw. Waren den Landleuten gegen deren Waren. Es fand weiter ein Austausch, ein Handelsverkehr innerhalb der Siedlung statt, denn die Arbeitsteilung erstreckte sich nicht nur auf die Scheidung von Ackerbau und Handwerk, sondern innerhalb

des letzteren bildete sich eine weitere heraus, die Berufsteilung oder Spezialisierung setzte ein, die einzelnen Handwerke entstanden. Und weiter holte man also zum eignen Markte die Erzeugnisse der Fremde, führte dahin wieder die heimischen überschüssigen Produkte aus. So entspann sich ein Fernhandel. Der Verkehr am eigenen Markte florierte, mancherorts täglich, und der Gewerbefleiß regte sich immer lebhafter: bis schließlich eine Siedelung sich entwickelt hatte, deren Bewohner nicht mehr vom Ackerbau und der Viehzucht lebten; die diese gewiß noch als Nebengewerbe zum Teil mitbetrieben, besonders der Produkte der letzteren wegen; die aber in der Hauptsache sich mit Handwerk und im Handel betätigten und daraus ihren Lebensunterhalt zogen.

So sind wir auf der Grenzscheide zweier Siedelungsarten: Dorf und Stadt, und damit zweier historischer Epochen angekommen; juristisch sagen wir also: die Dorfgemeinschaft wird von der Stadtgemeinde abgelöst, die Verwaltung von der Rechtspflege getrennt. Von rund 1200 an gewinnt Deutschland ein neues Aussehen: nicht mehr Märkte werden errichtet, wenigstens ist solches ohne große Bedeutung; denn der Uebergang hat sich vollzogen, das Hauptgewicht wird auf die Stadtgründung gelegt und auf den weiteren Ausbau des Neugewordenen. Die Stadt steht nunmehr im Mittelpunkt der gesamten Kultur, um die Stadt dreht sich das historische Leben des späteren Mittelalters und der Neuzeit.



HD
654
G76
1911a

Grosch, Georg
Markgenossenschaft und
Grossgrundherrschaft im
früheren Mittelalter

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

BRINDALE COLLEGE LIBRARY

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW



D RANGE BAY SHLF POS ITEM
39 15 02 11 11 020

